

## Presseschau

**28. Juli – 31. Juli 2017**

<b>1. PRESSEARTIKEL</b>	<b>3</b>
1.1. Zyprien kritisiert US-Sanktionen als völkerrechtswidrig (Die Zeit)	3
1.2. US-Sanktionen gegen Russland - "Wirtschaftsinteressen unter dem Deckmantel von Außenpolitik" (DF)	4
1.3. Trump unterschreibt Russland-Sanktionen (Wirtschaftswoche)	6
1.4. Russland beschließt erste Gegensanktionen (Ostexperte)	6
1.5. Das steckt hinter den neuen Russland-Sanktionen der USA (Stern)	7
1.6. Russland reagiert auf Sanktionen: US-Diplomaten müssen Land verlassen (Bilanzhot)	8
1.7. Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft warnt vor neuen US-Sanktionen (RBTH)	9
1.8. Siemens will Turbinen-Streit ähnlich wie Mistral-Fall lösen (Sputnik)	10
1.9. Ost-Ausschuss: Sanktionen sind Damoklesschwert (FAZ)	11
1.10. Gute und böse Sanktionen (FAZ)	12
1.11. Erhöhte Warnstufe (HB)	13
1.12. Russland-Geschäfte der deutschen Unternehmen ziehen an (HB)	14
1.13. Gute Geschäfte mit Russland - trotz Sanktionen (Tagesschau)	15
1.14. Deutschland warnt USA im Russland-Streit vor Handelskrieg (Reuters)	16
1.15. Trump will noch schärfere Russland-Sanktionen (Ostexperte)	17
1.16. Welchen Zweck haben die US-Sanktionen wirklich? (Die Welt)	18
1.17. Trotz Sanktionen: Geschäfte deutscher Firmen in Russland boomen (Focus)	19
1.18. Ostausschuss: Notfalls Sanktionen gegen die USA (Inforadio)	20
1.19. „Nicht akzeptabel“ – Ost-Ausschuss kritisiert US-Russlandsanktionen (OWC)	20
1.20. Ost-Ausschuss über neues Sanktionsdiktat aus Washington: "America first in einer neuen Dimension" (RT)	22
1.21. Russland-Geschäft zieht trotz Sanktionen wieder an (n-tv)	23
1.22. Deutsche Unternehmen bauen Geschäfte mit Russland aus (DWN)	24
1.23. Neue Sanktionen bedrohen Aufschwung im Ost-Handel – EU-Gegenmaßnahmen erforderlich (Sputnik)	25
1.24. Härtere Russland-Sanktionen – USA riskieren Handelskrieg (WR)	26
1.25. US-Sanktionspläne gegen Russland: Zyprien warnt vor Handelskrieg (Merkur)	27
1.26. Deutsche Wirtschaft schlägt Ausweg aus Situation um Siemens-Gasturbinen vor (Sputnik)	28
1.27. Die EU und ihr See aus trockener Milch (DW)	29

1.28.	Als Zypern raunte (Kommentar) (Die Welt)	29
1.29.	Deutsche Wirtschaft wegen Russland-Sanktionen alarmiert (TS)	30
1.30.	Die USA und Russland auf Kollisionskurs (ND)	31
1.31.	Schwierige Geschäfte mit Russland (SWP)	32
1.32.	Neue US-Sanktionen gegen Russland könnten Aufschwung im Ost-Handel bremsen (Top Agrar)	32
1.33.	Deutsche Wirtschaft kritisiert Russland-Sanktionen (Der neue Mann)	34
1.34.	Angst ums Russland-Geschäft (junge Welt)	34
1.35.	Riesen-Knall wegen Russen-Pipeline! (Bild)	36
1.36.	Ärger über US-Sanktionspolitik (Die Welt)	36
1.37.	AHK: „US-Sanktionen gefährden Energiesicherheit Europas und Wirtschaft Deutschlands“ (Sputnik)	37
1.38.	Sorge vor Handelskrieg mit Russland (RP Online)	38
1.39.	Europa gegen Trump (SZ)	38
1.40.	Germany Ponders Tit-for-Tat (HB Global)	39
1.41.	German-Ukrainian trade turnover increases by 22% - German statistics (Ukrinform)	40
1.42.	German manufacturers against politicisation of North Stream 2 (Construction)	40
1.43.	German industrialists oppose politicizing Nord Stream-2 project (Tass)	41
1.44.	The Sanctions Blowback From the EU Begins (The American Interest)	41
1.45.	In Europe, U.S. sanctions bill creates worries about a controversial Russian pipeline (Latimes)	42
1.46.	Furious German businesses call for EU to threaten US after Russia sanctions (Express)	43
1.47.	Russia sanctions bill exposes Trump's legislative tug of war (CTV News)	44
1.48.	EU must retaliate if hurt by U.S. sanctions on Russia: German business group (Reuters)	45
1.49.	EU warns US over sanctions bill targeting Russia (TRT World)	46
1.50.	Власти ФРГ заявляют о возможных негативных последствиях антироссийских санкций для немецкого бизнеса (1 TV)	47
1.51.	В Европе все громче звучат резкие заявления по поводу новых антироссийских санкций США (1 TV)	48
1.52.	Скандалы разъедают администрацию Дональда Трампа (Vesti)	49
1.53.	В Германии предложили выкупить турбины Siemens у РФ (Vestifinance)	51
1.54.	Евросоюз готовит контрмеры против санкций США (Politiksal)	51
1.55.	Войны до конца года точно не будет (NG)	53
1.56.	Санкции США подорвут торговлю между Россией и Германией (RG)	58
1.57.	Германия сообщила данные об уровне торговли с Украиной (NP)	58
1.58.	В Германии нашли выход из тупика с поставкой турбин Siemens (Rosbalt)	59
1.59.	Восточный комитет немецкой экономики призвал Россию вернуть турбины Siemens (Primechaniya)	59

1.60.	Восточный комитет немецкой экономики выступил против ухода Siemens с рынка России (Gazeta)	60
1.61.	В Германии предложили решение конфликта Siemens с Россией (TVC)	60
1.62.	Немецкий бизнес предложил решение проблемы с турбинами Siemens (NTV)	61
1.63.	Немцы предложили России выход из ситуации с турбинами Siemens (Lenta)	61
<b>2.</b>	<b>VIDEO</b>	<b>62</b>
2.1.	Ost-Ausschuss notfalls für Sanktionen gegen USA (Stern)	62
2.2.	Michael Harms, Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft, zum Handelsstreit (Tagesschau)	62
2.3.	В Европе все громче звучат резкие заявления по поводу новых антироссийских санкций США (1 TV)	62
2.4.	Власти ФРГ заявляют о возможных негативных последствиях антироссийских санкций для немецкого бизнеса (1 TV)	62
<b>3.</b>	<b>AUDIO</b>	<b>62</b>
3.1.	Interview Michael Harms, Ostausschuss zu Sanktionen gegen Russland (ARD, Deutschlandfunk)	62

## 1. Presseartikel

### 1.1. Zyprien kritisiert US-Sanktionen als völkerrechtswidrig (Die Zeit)

Die Zeit, 31.07.2017, <http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-07/brigitte-zyprien-sanktionen-usa-voelkerrechtswidrig>

#### **Die Bundesregierung ist alarmiert: Die neuen US-Sanktionen gegen Russland treffen auch deutsche Firmen. Die EU tue gut daran, über Gegenmaßnahmen zu entscheiden.**

Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zyprien hat die geplanten US-Sanktionen gegen Russland als illegal kritisiert und den Vereinigten Staaten mit Gegenmaßnahmen gedroht. Das US-Gesetz sehe auch Sanktionen gegenüber deutschen und europäischen Unternehmen vor. "Wir halten das schlicht und ergreifend für völkerrechtswidrig", sagte die SPD-Politikerin den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. "Die Amerikaner können nicht deutsche Unternehmen bestrafen, weil die sich in einem anderen Land wirtschaftlich betätigen." Zyprien bekräftigte erneut, man wolle keinen Handelskrieg. Daher habe man mehrfach dafür geworben, dass die Amerikaner die Linie der gemeinsamen Sanktionen nicht verlassen. "Leider tun sie es doch. Deshalb ist es richtig, wenn die EU-Kommission jetzt Gegenmaßnahmen prüft." Europa sei "bereit, auch kurzfristig Gegenmaßnahmen zu ergreifen – auch auf anderen Gebieten", sagte die Ministerin. Vergangene Woche hatten beide Kammern des US-Kongresses beschlossen, neue Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Damit sollen die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim und die mutmaßlichen russischen Hackerangriffe während des US-Wahlkampfes im vergangenen Jahr geahndet werden. Es ist das erste Mal, dass die USA eigenständig Sanktionen gegen Russland verhängen – bislang sprach Washington solche Maßnahmen mit seinen europäischen Verbündeten ab. Nachdem US-Präsident Donald Trump angekündigt hat, das Gesetz zu billigen, sind Bundesregierung und Wirtschaftsverbände alarmiert. Sie befürchten Nachteile für deutsche und andere europäische Unternehmen, die mit Russland im Energiesektor kooperieren, etwa bei gemeinsamen Projekten wie der Erdgaspipeline Nord Stream II. "Dies wäre ein fundamentaler Eingriff in unsere europäische

Energieversorgung und würde zu steigenden Energiepreisen und einer sinkenden Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft führen", sagte der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, Michael Harms. "Das Gesetz schwebt wie ein Damoklesschwert über den Firmen." Angesichts der Bedenken in Deutschland und anderen EU-Staaten kündigte US-Außenminister Rex Tillerson Beratungen mit den europäischen Partnern an. Er suche in der Frage die "enge Zusammenarbeit mit unseren Freunden und Verbündeten", sagte er. Mit den neuen Gesprächen wolle er sicherstellen, dass der neue Sanktionsbeschluss "richtig verstanden wird". Kritiker der US-Regierung halten ihr vor, die Sanktionen seien vor allem ein Mittel, um eigene wirtschaftliche Interessen – ganz im Sinne der "America First"-Politik von Präsident Trump – durchzusetzen. Sanktionspolitik sei "weder ein geeignetes noch ein angemessenes Instrument zur Beförderung nationaler Exportinteressen und der heimischen Energiebranche", hatte Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) dazu erklärt. Russlands Präsident Wladimir Putin gab bekannt, als Reaktion auf die Sanktionen die Zahl amerikanischer Diplomaten in dem Land um 755 zu verringern – "ein schmerzhafter Schritt für die Amerikaner".

## 1.2. US-Sanktionen gegen Russland - "Wirtschaftsinteressen unter dem Deckmantel von Außenpolitik" (DF)

Deutschlandfunk, 28.07.2017, [http://bdi.e-press-unicepta.de/mod\\_media/hbu7Vd2bS/customers/bdi/client951/pdf/3000010521.pdf](http://bdi.e-press-unicepta.de/mod_media/hbu7Vd2bS/customers/bdi/client951/pdf/3000010521.pdf)

**Michael Harms vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft hat die US-Sanktionen gegen Russland kritisiert. Die Vermischung mit amerikanischer Job- und Exportförderung untergrabe das außenpolitische Ziel der Sanktionen, sagte Harms im Df. Im schlimmsten Fall drohten nun weitere "handelsbehindernde Maßnahmen".**

Michael Harms im Gespräch mit Jonas Reese

**Jonas Reese:** In der Wirtschaftspolitik ist das eher selten: Europa und Russland sind einer Meinung! Beide kritisieren das Sanktionspaket der USA gegen Russland. Das Gesetz ist nun auf dem Weg, im Kongress wurden jetzt letzte Hindernisse beseitigt. Sanktionen, um Wirtschaftssanktionen durchzusetzen, und das auf dem Gasmarkt! Das kennt man ja eigentlich nur von Wladimir Putin bislang! Vor der Sendung habe ich deshalb Michael Harms, den Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft gefragt: Betreiben die USA jetzt also russische Wirtschaftspolitik?

**Michael Harms:** Ja, vielleicht so weit würde ich nicht gehen in dieser Analyse, aber Sie haben schon recht, das liest man ja im Gesetz auch selbst: Einerseits wird postuliert, dass man einen freien und liberalisierten Energiemarkt in Europa braucht und verschiedene Bezugsquellen erschließen muss; und im nächsten Absatz wird dann wieder gesagt: Aber wir entscheiden, welche Pipeline gebaut wird und was verboten wird und was erlaubt. Das ist ein Widerspruch direkt auch im Text und uns gefällt das gar nicht. Das ist eine Politik, die glaube ich auch marktwirtschaftlichen Prinzipien widerspricht. Und die Extraterritorialität der Sanktionen ist auch etwas, was viele deutsche Unternehmen sehr besorgt. "Auch noch amerikanische Jobs und Energieexporte fördern - untergräbt Ziel der Sanktionen"

**Reese:** Im Gesetzestext der USA heißt es ja auch, dass dieses Gesetz dazu dienen soll, die Energieexporte aus den USA nach Europa anzukurbeln. Kann man da nicht aber eigentlich sagen, dass das auch im Sinne Deutschlands ist? Denn es heißt ja eigentlich: Mehr Konkurrenz belebt das Geschäft – bedeutet mehr Unabhängigkeit und im Endeffekt eigentlich auch billigeres Gas!

**Harms:** Das ist absolut im Sinne Deutschlands und da haben wir auch überhaupt nichts dagegen. Wir treten dafür ein, dass die Politik einen klaren Rahmen, eine klare Regulierung für den Energiemarkt setzen muss und dass sich innerhalb dieses Regulierungsrahmens das bestmögliche Angebot durchsetzen muss, dass die Privatunternehmen, die großen Energiekonzerne entscheiden, wo Gas gekauft wird, welche Pipeline gebaut wird oder ob es Flüssiggas ist oder andere Bezugsquellen. Das muss letztendlich der Markt regeln. Womit wir ein Problem haben, ist, dass dieses Sanktionsgesetz ja

eigentlich der Durchsetzung klarer außenpolitischer Zielstellung dient. Und diese Vermischung, dass man einerseits sagt, man will außen- und sicherheitspolitische Ziele gegenüber Russland durchsetzen und sozusagen anbei auch noch amerikanische Jobs sichern und fördern und amerikanische Energieexporte fördern, das, glaube ich, ist etwas, was die Zielsetzung der Sanktionen untergräbt und dem Ganzen einen etwas schalen Beigeschmack gibt.

**Reese:** Wenn ich Sie da richtig verstehe, dann stört es Sie gar nicht so sehr, dass die USA auf den Gasmarkt drängen, aber es stört Sie, dass sie das unter dem Deckmantel dieser Sanktionen machen?

**Harms:** Nein, also, natürlich haben die USA mit ihrem großen Schiefergasvorkommen und dem jetzt genehmigten Export für Flüssiggas – ich will daran erinnern, dass bis glaube ich zum letzten Jahr das noch grundsätzlich verboten war, diesen Export-Ban hat erst Obama aufgehoben –, das stört uns nicht. Wir treten für einen Wettbewerb auf dem Energiemarkt ein, je mehr Bezugsquellen es gibt, je mehr Arten des Bezuges, desto besser für uns, desto günstiger sind die Preise, desto mehr Auswahl haben wir, desto besser ist es auch für den Verbraucher. Das ist überhaupt nicht das Thema. Aber wenn man, wie gesagt, unter dem Deckmantel außenpolitischer Maßnahmen hier seine Wirtschaftsinteressen durchsetzen will, das ist eine Herangehensweise, die wir – das haben Sie zu Recht festgestellt – bislang aus anderen Teilen der Welt kannten. "Wir müssen uns auf das Schlimmste auch gefasst machen"

**Reese:** Bundeswirtschaftsministerin Zypries hat jetzt gesagt, sie wolle Gegensanktionen prüfen, die seien auch unter dem Deckmantel der WTO gedeckt. Wladimir Putin, der russische Präsident hatte wortwörtlich gesagt, er wolle später auf diese Frechheit reagieren. Droht da jetzt ein Handelskrieg?

**Harms:** Im schlimmsten Falle ja. Ich glaube, alle werden sich – sowohl die Kommission, die Bundesregierung als auch die russische Seite – natürlich zurückhalten und werden erst mal sehen, erstens: Wird das Gesetz in dieser Form angenommen, wie es jetzt im Gesetzesentwurf steht? Und zweitens: Wie wird es dann implementiert? Das kann sein, dass das alles nicht so schlimm kommt, wie wir das jetzt voraussehen. Aber wir müssen uns auf das Schlimmste auch gefasst machen. Und wie gesagt, in der ganz extremen Variante schließe ich auch ... ja, vielleicht Handelskrieg ist ein zu starkes Wort, aber gegenseitige handelsbehindernde Maßnahmen nicht aus.

**Reese:** Die Sanktionen der USA richten sich ja gerade gegen die außenpolitischen Maßnahmen Russlands in den vergangenen Monaten und Jahren, also die Annexion der Krim, die Unterstützung des syrischen Machthabers und die Einflussnahme auf den US-Wahlkampf. Jetzt auch in den vergangenen Tagen waren hier die Schlagzeilen über den Einsatz von Siemens-Turbinen auf der Krim-Halbinsel entgegen eigentlich den Abmachungen auf politischer Ebene. Da wundert es ja schon etwas, dass sozusagen die deutsche Bundespolitik auch dem russischen Präsidenten da so ein bisschen, sage ich mal, zu Hilfe eilt!

**Harms:** Ich glaube, das ist nicht etwas, das die Bundesregierung dem russischen Präsidenten zu Hilfe eilt, diese Einschätzung teile ich nicht. Die Bundesregierung hat sich ja auch in dem Siemens-Fall sehr klar positioniert und neue Maßnahmen gegen russische Offizielle aus dem russischen Energieministerium als auch bei den beteiligten Firmen, die wie gesagt wider das sehr, sehr klare Abkommen diese Turbinen auf die Krim verfrachtet haben. Also, die Bundesregierung traut sich durchaus, auch gegen Russland hier den Ton zu verschärfen, was auch aus unserer Sicht in diesem Falle angemessen ist. Die Problematik in den USA liegt wo ganz anders. Wie gesagt, das sind unilaterale Maßnahmen, die mit den Europäern vorher nicht abgestimmt werden, die extraterritorial – ich wiederhole das – Interessen europäischer Firmen berühren und die, wie gesagt, unter dem Deckmantel von außenpolitischen Sanktionen eigene Wirtschaftsinteressen durchsetzen. Das sind die drei Punkte, mit denen wir, nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die EU-Kommission – Juncker hatte sich da ja sehr klar geäußert – eben ein Problem haben.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

### 1.3. Trump unterschreibt Russland-Sanktionen (Wirtschaftswoche)

Wirtschaftswoche, 29.07.2017, <http://www.wiwo.de/politik/ausland/trotz-kritik-aus-europa-trump-unterschreibt-russland-sanktionen/20123074.html>

**Alle Kritik verhallte ungehört. Die USA verschärfen ihre Sanktionen gegen Russland. Zufällig kommt das auch der US-Energiewirtschaft zugute. Nicht nur Russland ist verärgert.**

US-Präsident Donald Trump hat nach Angaben des Weißen Hauses vor, die zusätzlichen Sanktionen gegen Russland zu unterschreiben. Das gab das Weiße Haus am Freitag (Ortszeit) bekannt. Die Unterschrift des Präsidenten ist der letzte Schritt bevor die Strafmaßnahmen in Kraft treten können, zuvor hatten bereits der US-Senat und das Abgeordnetenhaus zugestimmt. Die US-Pläne für neue Russland-Sanktionen schüren die Furcht vor Auswirkungen auf europäische Firmen und lassen in Deutschland Rufe lauter werden, notfalls mit gleicher Münze zurückzuzahlen.

Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries beklagte, dass deutschen Unternehmen Schaden drohe und warnte vor einem Handelskrieg mit den USA. „Es gibt die Möglichkeit von Gegensanktionen, das sieht die Welthandelsorganisation so vor“, sagte Zypries in der ARD. Auch die Europäische Union ist auf Gegenmaßnahmen eingestellt. Der Ost-Ausschuss (OA) der Deutschen Wirtschaft stieß in das gleiche Horn. Es sei zwar das allerletzte, was man sich wünsche, aber man müsse sich die Möglichkeit von Gegensanktionen offenhalten, sagte der Geschäftsführer des Verbandes, Michael Harms, in Berlin. Das US-Repräsentantenhaus hatte am Dienstag einen Gesetzentwurf verabschiedet, der geltende Strafmaßnahmen gegen Russland verschärft. Damit soll Russland für die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim, die Unterstützung von Präsident Baschar al-Assad im syrischen Bürgerkrieg und eine mutmaßliche Einflussnahme auf die US-Präsidentenwahl bestraft werden. Im Zentrum der Sanktionspläne steht dabei der Energiebereich. Im Öl- und Gasgeschäft sind die USA ein Konkurrent Russlands. Daher rührt Kritik, dass die USA aus den Sanktionen auch einen wirtschaftlichen Nutzen ziehen wollen. Im Zentrum des Unmuts in Deutschland und der Europäischen Union steht die Auswirkungen der US-Pläne auf nicht-amerikanische Firmen. Die deutsche Wirtschaft und die deutsche Politik werfen den USA vor, dies zu nutzen, um eigene Wirtschaftsinteressen in Europa zu durchzusetzen - nämlich um mehr Öl und Gas in den europäischen Markt zu drücken. „Solche extraterritorialen Wirkungen von solchen Sanktionen sind nach unserer Auffassung völkerrechtswidrig“, sagte der Koordinator der Bundesregierung für die transatlantischen Beziehungen, Jürgen Hardt, im SWR. Man werde nicht hinnehmen, dass die USA über Sanktionen Einfluss auf Europas Energiepolitik nehmen. Russland hatte nach der Zustimmung des US-Senats bereits verärgert reagiert: Das russische Außenministerium forderte die US-Botschaft in Moskau zur Verringerung der Anzahl ihrer Diplomaten in seinem Land auf. Als Reaktion auf die geplanten zusätzlichen Sanktionen würden außerdem ein Erholungsort der Botschaft am Stadtrand von Moskau und Lagereinrichtungen geschlossen.

### 1.4. Russland beschließt erste Gegensanktionen (Ostexperte)

Ostexperte, 28.07.2017, <http://www.ostexperte.de/russland-gegensanktionen-usa/>

**Das russische Außenministerium reagiert mit Gegensanktionen auf die zuletzt vom US-Repräsentantenhaus verabschiedete Ausweitung der Russland-Sanktionen.**

Aus einer offiziellen Erklärung des Außenministeriums geht hervor, dass Russland mit folgenden Maßnahmen auf das neue US-Sanktionsgesetz reagiert:

Ab 1. September 2017 soll die Anzahl der US-Diplomaten, die in Russland aktiv sind, auf 455 Personen reduziert werden. Dies entspreche der Anzahl russischer Diplomaten (und deren Mitarbeiter) in den USA. Die Verordnung betrifft Personal der US-Botschaft in Moskau sowie der Generalkonsulate in St. Petersburg, Jekaterinburg und Wladiwostok. Ab dem 1. August 2017 will Russland alle Residenzen im Moskauer Park „Serebrjany Bor“, die von den USA verwendet werden, konfiszieren. Dasselbe gilt für

alle Lager- und Stauräume in der russischen Hauptstadt. Das russische Außenministerium beklagt sich in der Erklärung über die „Russophobie“ und die politische Linie der „offenen Konfrontation“, die in einigen US-Kreisen vorherrsche. Die russischen Gegensanktionen seien bewusst „mit Zurückhaltung“ verabschiedet worden. Man wolle nicht auf die „offensichtliche Provokation“ der USA reagieren. Russland habe viel dafür getan, um die bilateralen Beziehungen zu normalisieren, schreibt das Außenministerium. Man habe mit den USA in wichtigen Punkten kooperiert, u. a. beim Kampf gegen Cyber-Kriminalität und den internationalen Terrorismus. Im selben Zuge hat das russische Außenministerium angekündigt, sich weitere Gegensanktionen vorzubehalten.

### **US-Sanktionsgesetz gegen Russland**

Das neue US-Sanktionsgesetz gegen Russland, Nordkorea und den Iran sorgt vielerorts für Kritik. Der Iran droht den USA mit Gegensanktionen. Die EU-Kommission will eine Gegenreaktion vorbereiten. Amerikanische Think-Tanks warnen vor dem geplanten Gesetz. Europäische Unternehmen fürchten wirtschaftliche Schäden. Auch deutsche Wirtschaftsverbände wie der Ost-Ausschuss und die AHK Russland warnen vor den Folgen des US-Sanktionsgesetzes. Die deutsche Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries erklärte gegenüber der ARD, dass wirtschaftliche Schäden und ein Handelskrieg mit den USA drohen. „Es gibt die Möglichkeit von Gegensanktionen, das sieht die Welthandelsorganisation so vor“, sagte die Politikerin. Besondere Sorge gilt der Zukunft der geplanten Ostseepipeline Nord Stream 2. Der Grund: Washington will Investitionen in und Lieferungen an russische Pipelines bestrafen.

## **1.5. Das steckt hinter den neuen Russland-Sanktionen der USA (Stern)**

Stern, 28.07.2017, <http://www.stern.de/politik/russland-sanktionen-wegen-wirtschaftlicher-interessen---kritik-an-usa-7557614.html>

### **Am Donnerstag hat der US-Senat neue Sanktionen gegen Russland beschlossen. Der Gesetzesentwurf ist in der Wirtschaft umstritten. Der Vorwurf: Auch Europa wird abgestraft - aufgrund von wirtschaftlichen Interessen.**

Mit den Sanktionen wolle man Moskaus Rolle im Ukraine-Konflikt sowie die mutmaßliche Einflussnahme auf die US-Wahl abstrafen, heißt es. Doch Kritiker werfen dem US-Kongress vor, mit dem Vorgehen - das gegen russische Energieunternehmen zielt - wirtschaftliche Interessen zu verfolgen. Sie unterstellen den USA, damit Marktanteile für eigenes Flüssiggas sichern zu wollen. In dem Entwurf drücken die Abgeordneten auch ihre Ablehnung der geplanten Gasleitung Nordstream 2 aus, die von Russland nach Deutschland führen soll. Auch sprechen sie sich dafür aus, den Export amerikanischer Energieressourcen zur Priorität zu machen.

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel sagte am Freitag, Deutschland werde nicht akzeptieren, wenn europäische Unternehmen unter den Sanktionen litten. "Sanktionspolitik ist weder ein geeignetes noch ein angemessenes Instrument zur Beförderung nationaler Exportinteressen und der heimischen Energiebranche." Die deutsche Wirtschaft scheint alarmiert.

### **Nach Sanktionen: Höhere Energiepreise in Europa?**

Die neuen Sanktionen könnten sich nach Darstellung des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft selbst auf die europäische Wirtschaft auswirken. Auch Ausschuss-Vorsitzender Wolfgang Büchele kritisierte, hinter den Maßnahmen stünden eigene US-Wirtschaftsinteressen. Denn die geplanten Sanktionen betreffen nach Angaben des Ost-Ausschusses nicht nur den Bau neuer Pipelines. Es werde auch die Instandhaltung bestehender Leitungen erschwert. Für Europa bedeute dies höhere Energiepreise und wachsende Unsicherheit bei der Energieversorgung. Ein Ziel der neuen US-Sanktionen sei die Förderung der eigenen Schiefergasindustrie auf Kosten europäischer Konkurrenz. "Mit solchen Ansätzen entsteht leicht eine Lawine des Protektionismus.", mahnte Büchele.

Massive Kritik kommt auch aus der EU. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte am Dienstag mit Vergeltungsmaßnahmen gedroht. Außenminister Gabriel und Österreichs Bundeskanzler Christian

Kern mahnten bereits Mitte Juni, als sich der Beschluss neuer Sanktionen bereits anbahnte: "In bemerkenswerter Offenheit beschreibt der US-Gesetzentwurf, worum es eigentlich geht - den Verkauf amerikanischen Flüssiggases in Europa."

### **Sanktionen auch Druckmittel gegen Donald Trump**

Ein zweiter möglicher Hintergedanke bei den Sanktionen: Die Abgeordneten setzten Trump damit Grenzen in seiner Russland-Politik. Sie stellen in dem Entwurf sicher, dass der Präsident die Sanktionen gegen Russland nicht ohne Zustimmung des Kongresses aufheben kann. Pikant: Trumps Kommunikationschef Anthony Scaramucci hat angedeutet, dass Trump sich für ein Veto entscheiden könnte - blockiert der Präsident allerdings das Gesetz, könnte ihm das so ausgelegt werden, dass er dem Kreml große Zugeständnisse mache. Ein Veto würde dementsprechend auch den Kritikern des Präsidenten in die Hände spielen. Trump steht wegen der Ermittlungen in der Russland-Affäre seit längerem unter großem Druck. Als Reaktion auf die vom US-Kongress beschlossenen neuen Sanktionen gegen Russland hat Moskau die US-Regierung aufgefordert, einen Teil ihres diplomatischen Personals aus Russland abziehen. Das Personal der US-Botschaft und der US-Konsulate solle auf 455 Diplomaten und Mitarbeiter reduziert werden, erklärte das russische Außenministerium.

## **1.6. Russland reagiert auf Sanktionen: US-Diplomaten müssen Land verlassen (Bilanzhot)**

Bilanzhot, 30.07.2017, <http://bilanzhot.com/2017/07/russland-reagiert-auf-sanktionen-us-diplomaten-mussen-land/>

### **Gabriel reagierte mit seinen Äußerungen auf den Beschluss des US-Kongresses, neue Sanktionen gegen Russland, Iran und Nordkorea zu verhängen.**

Daher hat nicht nur der österreichische Bundeskanzler Christian Kern bereits Kritik am US-Vorhaben geäußert. Das Problem ist aber, dass Washington dieses Mal sehr zielgerichtet russische Unternehmen im Energiebereich ins Visier nimmt, was wegen der starken Abhängigkeit von russischem Gas nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf Europas Versorgungslage hat. Ebenso viele russische Mitarbeiter seien derzeit in den Vertretungen Russlands in den USA im Einsatz.

Die vom Kongress beschlossenen neuen Maßnahmen sollen Russland auch wegen dessen Einmischung in die US-Wahlen bestrafen. Den Weg dafür hatte in dieser Woche der US-Kongress frei gemacht. Blockiert Trump das Gesetz, könnte ihm das aber so ausgelegt werden, dass er dem Kreml Zugeständnisse macht. Er könnte auch sein Veto einlegen. Nicht unwahrscheinlich war es deshalb, dass er sein Veto gegen die neuen Russland-Sanktionen einlegt. Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries hatte am Mittwoch vor einem Handelskrieg gewarnt.

Der republikanische Senator John McCain sagte nach der Senatsabstimmung, dass Russland "endlich für seine unverschämte Attacke" im amerikanischen Wahlkampf zur Verantwortung gezogen werde. Auf die USA hingegen entfallen gerade einmal ein paar Prozent des russischen Außenhandelsvolumens.

► Politiker und Fachleute, die ehrlich überzeugt seien, dass die Sanktionen kontraproduktiv wirkten und ihr wirtschaftlicher Effekt gering bleibe. Das russische Außenministerium erklärte, die neuen US-Sanktionen verstießen gegen das Völkerrecht und stellten eine "extreme Aggression" dar.

Die Lebensmittelindustrie wächst ebenfalls. Der OA-Geschäftsführer Michael Harms warf den USA pure Interessenpolitik vor. Von den Sanktionen wären der Energietransport und die Wartung von Leitungssystemen in Russland, die das ukrainische Gastransitsystem versorgen, betroffen. "Wenn in 2014 das Handelsvolumen zwischen unseren Ländern etwa 80 Milliarden Euro betrug, so ist es Ende 2016 auf nur noch 48 Milliarden Euro gesunken". Die Sanktionen, so viel steht bereits vor ihrem Inkrafttreten fest, werden alle - nicht nur Russland - zu spüren bekommen. "Wir können unmöglich für immer abwarten". Dagegen spricht, dass der deutsch-russische Handel im ersten Halbjahr 2017, nach drei Jahren Rückgang, wieder kräftig gewachsen ist. "Es gibt einen überparteilichen Konsens, Russland



zu konfrontieren - wegen seiner Aktionen in der Ukraine, in Syrien, im Cyberspace, seiner Wahleinmischung - alles Mögliche", sagt Boris Zilberman, ein Russland-Experte der Foundation for Defense of Democracies. Kremlchef Wladimir Putin habe aber die Beziehungen zu den USA noch nicht aufgegeben. Es gehe eigentlich um den Verkauf amerikanischen Flüssiggases und die Verdrängung russischer Erdgaslieferungen vom europäischen Markt.

## **1.7. Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft warnt vor neuen US-Sanktionen (RBTH)**

Russia Beyond The Headlines, 28.07.2017,  
[https://de.rbth.com/deutschland\\_und\\_russland/politik\\_und\\_wirtschaft/2017/07/28/ost-ausschuss-der-deutschen-wirtschaft-warnt-vor-neuen-us-sanktionen\\_812854](https://de.rbth.com/deutschland_und_russland/politik_und_wirtschaft/2017/07/28/ost-ausschuss-der-deutschen-wirtschaft-warnt-vor-neuen-us-sanktionen_812854)

Der deutsche Handel mit Russland wuchs in den ersten fünf Monaten 2017 um 32 Prozent. Neue US-Sanktionen könnten diese positive Entwicklung gefährden. Das betonte der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Michael Harms an diesem Donnerstag auf einer Pressekonferenz in Berlin. Seit Jahresbeginn verzeichnete der deutsche Ost-Handel einen regelrechten Boom. Das Handelsvolumen mit Osteuropa stieg um 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Erstmals nach einer langen Reihe von Krisenjahren gebe es wieder beträchtliche Zuwächse. Besonders erfreulich sei die derzeitige Entwicklung im Handel mit Russland, wie der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Harms betonte. Der deutsche Import aus Russland sei um fast 35 Prozent gewachsen, der deutsche Export um mehr als 28 Prozent. Auch die russische Wirtschaft habe sich erholt. Für dieses Jahr werde mit einem Wachstum um ein bis zwei Prozent gerechnet. Russland habe den „Doppelschock“ – gesunkene Weltmarktpreise für Öl und Gas sowie die westlichen Sanktionen – gut verkraftet. Die Politik der Importsubstitution und der Lokalisierung wie auch der niedrige Rubelkurs hätten sich günstig ausgewirkt. Beispielhaft dafür seien die Grundsteinlegung für das neue Mercedes-Werk bei Moskau wie auch die Aktivitäten vieler mittelständischer Unternehmen. Die Sanktionen wirkten aber nach wie vor als Bremse. Ohne Fortschritte in der Ukraine werde es keinen Abbau geben. Es müssten aber auch alle Provokationen unterlassen werden. Symptomatisch dafür seien die kürzliche Ausrufung eines Staates „Kleins Russland“ und der Fall der Siemens-Turbinen auf der Krim. Siemens habe stets die Sanktionsmaßnahmen eingehalten, während Russland die Turbinen illegal auf die Krim gebracht hätte. Auf Anfragen von Journalisten meinte Harms, die russische Argumentation sei nicht nachvollziehbar; es handele sich durchaus nicht um „russische Turbinen“. Das Auswärtige Amt beschäftige sich mit dem Vorfall und es werde konkrete Maßnahmen geben, beispielsweise Sanktionen gegen die verantwortlichen Personen. Siemens sei ein wichtiges Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses und werde auch weiterhin eine große Rolle im Russlandgeschäft spielen.

### **Gefährliche US-Sanktionspläne**

Nachdrücklich warnte er vor den im US-Kongress diskutierten neuen Sanktionen gegen Russland. Sie würden die Geschäfte deutscher und europäischer Firmen erschweren und vor allem US-Wirtschaftsinteressen dienen: die Energieexporte der USA nach Europa ankurbeln und Jobs in den USA schaffen. Das neue Gesetz würde sich auch gegen alle internationalen Unternehmen wenden, die mit signifikanten Beträgen am Ausbau, der Modernisierung oder dem Erhalt russischer Exportpipelines beteiligt seien. „Dies wäre ein fundamentaler Eingriff in unsere europäische Energieversorgung und würde zu steigenden Energiepreisen und einer sinkenden Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft führen“, erklärte Harms. Es gehe um rund 90 russische Exportpipelines in 13 Länder, mit denen viele europäische Partner und Arbeitsplätze verbunden seien. Ausdrücklich verhindert werden solle durch die US-Politik das Pipelineprojekt Nordstream 2, an dem unter anderem Firmen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden mitwirken. Nordstream 2 dürfe nicht

politisiert, sondern müsse jetzt erst recht umgesetzt werden, da es das Angebot an Erdgas in Europa weiter verbessere und dabei helfe, die sinkende Förderung innerhalb der EU zu kompensieren. Es könnten aber auch weitere Firmen ins Visier geraten. „Die Verunsicherung ist bereits jetzt mit Händen zu greifen, eines Tages Sanktionen oder zumindest Nachteile auf dem US-Markt zu erleiden“, so Geschäftsführer Harms. Begrüßenswert sei deshalb die Ankündigung von EU-Kommissionspräsident Juncker, Gegenmaßnahmen zu beschließen, sollten europäische Interessen durch das US-Gesetz verletzt werden. Niemand könne jedoch einen Wirtschaftskonflikt zwischen der EU und den USA wünschen. Deshalb sei zu hoffen, dass eine exterritoriale Anwendung von US-Sanktionen auf die europäische Wirtschaft verhindert werden kann.

### **Schädliche Sanktionsfolgen**

Aus Anlass des dritten Jahrestages der Sanktionen legte der Ost-Ausschuss ein Positionspapier vor, das die Auswirkungen der gegenseitigen Wirtschaftssanktionen zwischen der EU und Russland beleuchtet. Bei aller Schwierigkeit, die Sanktionsfolgen zu beziffern, wird darin festgestellt, dass die Gesamtlasten bisher „mindestens einen hohen zweistelligen, wenn nicht bereits einen dreistelligen Milliarden-Euro-Betrag erreicht haben“. So gingen interne Schätzungen der EU-Kommission für 2014 und 2015 von sanktionsbedingten Belastungen in Höhe von insgesamt 90 Milliarden Euro für die EU-Wirtschaft aus, während die russische Regierung die jährlichen Verluste auf 25-40 Milliarden US-Dollar bezifferte. Insbesondere betroffen von EU-Exportverboten sind Produzenten von Technologien zur Ölförderung, von Rüstungsgütern und sogenannten Dual-Use-Gütern sowie die Finanzindustrie. Umsatzeinbrüche betrafen vor allem kleinere mittelständische Betriebe vor allem aus den neuen Bundesländern, die traditionell über gute Kontakte nach Russland verfügten. Sanktionsbedingte Insolvenzen wie im Falle der Magdeburger Vakoma Production GmbH wären aber offenbar die Ausnahme geblieben. Die Studie belässt es nicht bei einer Feststellung der schädlichen Sanktionsfolgen, sondern zieht auch Schlussfolgerungen für Politik und Wirtschaft. So wird betont, dass jedes Drehen an der Sanktionsschraube die Gefahr neuer Handelskriege und die Verunsicherung der Weltwirtschaft erhöhe. Statt neuerlicher Eskalation werde gerade jetzt auf allen Seiten der Wille zur Deeskalation und zu Lösungen am Verhandlungstisch gebraucht.

## **1.8. Siemens will Turbinen-Streit ähnlich wie Mistral-Fall lösen (Sputnik)**

Sputnik, 28.07.2017, <https://de.sputniknews.com/zeitungen/20170728316791141-siemens-turbinen-streit-loesung/>

Der Verband deutscher Unternehmer will die Krise um die Siemens-Turbinen nach demselben Prinzip lösen, wie Russland einst den Streit um den französischen Mistral-Hubschrauberträger. Die Deutschen schlagen Moskau vor, die umstrittenen Siemens-Turbinen zu verkaufen, schreibt die „Nesawissimaja Gaseta“ am Freitag.

Wie aus Deutschland verlautet, könnten die Streitigkeiten um die Siemens-Turbinen mit ihrer Rückkehr von der Krim nach Deutschland beigelegt werden. Falls Russland auf die Rückgabe der gelieferten Turbinen eingehen sollte, werde das Problem legal gelöst, sagte der Chef des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, Michael Harms.

„Ich verstehe nicht ganz, warum die russische Seite auf solch eine einfache, für alle Seiten günstige Entscheidung verzichtet hat“, sagte Harms. Das Verhalten von Siemens sei absolut korrekt und transparent. Man erwarte von der russischen Regierung, dass die Bedingungen des abgeschlossenen Vertrages vollständig erfüllt würden. Eine Nichterfüllung des Vertrages werde negative Folgen haben, so Harms.

„Siemens befindet sich seit 165 Jahren in Russland, das ist ein Schlüsselmarkt für das Unternehmen. Wir sind sehr zufrieden und die russische Regierung ist mit dem Vorgehen von Siemens zufrieden“, sagte Harms. Das Unternehmen mache „ein phantastisches Geschäft“, so der Wirtschaftsvertreter, der hinzufügte: „Es wäre sehr traurig, wenn dies dadurch gestört würde.“

Alle erinnern sich gut an den Aufsehen erregenden Streit um die französischen Mistral-Hubschrauberträger. Wegen der Sanktionen willigte Russland de facto in die Rückgabe der Mistral-Schiffe an den Hersteller ein. Im Dezember 2010 hatte das französische Unternehmen vom russischen Verteidigungsministerium den Zuschlag für den Bau zweier Hubschrauberträger bekommen. Das erste Schiff lief im Oktober 2013 vom Stapel. Ab März 2014 wurden Tests auf hoher See durchgeführt, das Schiff bekam den russischen Namen „Wladiwostok“. Die russische Besatzung befand sich bereits in Frankreich, um entsprechend ausgebildet zu werden.

Die französischen Schiffe fielen formell nicht unter die im Frühjahr 2014 verhängten Sanktionen der USA, der EU und anderer Länder, die unter anderem die militärische Kooperation mit der Nato einschränken. Doch am 5. August 2015 teilte der Kreml mit, dass nach einem Telefongespräch des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit seinem damaligen französischen Amtskollegen Francois Hollande gemeinsam beschlossen worden sei, den Vertrag aufzulösen. Die Franzosen gaben das Geld zurück. Nach dem Verkauf des Hubschrauberträgers an Ägypten wurde die „Wladiwostok“ in „Gamal Abdel Naser“ umbenannt. Russland liefert die entsprechenden Hubschrauber an Kairo.

„Der Verzicht auf den Rückkauf der Turbinen wird mehr mit wirtschaftlichen Faktoren erklärt, weil dies einfach unvorteilhaft ist. Aus rechtlicher Sicht wird ihre Rückgabe auch wenig ändern – falls die Tatsache der Verletzung des Vertrages durch das russische Unternehmen jedoch nachgewiesen wird, wird es auf jeden Fall Konsequenzen geben. Für Siemens wäre die Rückgabe vorteilhaft, weil dies die Vorwürfe, das Sanktionsregime gegen die Krim zu verletzen, entkräften würde“, sagte der Partner von BMS Law Firm Denis Frolow.

## **1.9. Ost-Ausschuss: Sanktionen sind Damoklesschwert (FAZ)**

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.07.2017, <http://epaper.faz.net/webreader-v3/index.html#/436697/22>

Die geplante Verschärfung der amerikanischen Sanktionen gegen Moskau, die auch deutsche Firmen mit Russland-Verbindungen treffen könnten, verderben der deutschen Wirtschaft die Stimmung – obwohl die Geschäfte mit Russland zuletzt trotz der seit drei Jahren bestehenden EU-Sanktionen besser liefen. „Das Gesetz schwebt wie ein Damoklesschwert über europäischen Firmen, die sich im Energiesektor engagieren“, sagte der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Michael Harms, am Donnerstag in Berlin und bezog sich dabei auf den Sanktionsbeschluss des amerikanischen Repräsentantenhauses vom Dienstag (F.A.Z. vom 27. Juli). Unter anderem hat Washington Firmen im Visier, die gemeinsam mit Russland an der Pipeline Nord Stream 2 bauen – mit dem Ziel, mehr amerikanisches Flüssiggas in den europäischen Markt zu drücken. Es sei aber nicht nur Nord Stream 2 betroffen, sagte Harms. Es gebe 90 Export-Pipelines aus Russland in 13 Staaten, darunter fünf EU-Länder. „Die Stimmung in den großen deutschen Energieunternehmen ist schlecht in dieser Sache“, sagte Harms und verwies auf die wachsende Unsicherheit von Unternehmen, die sowohl in Russland als auch in Amerika aktiv seien. „Die Verunsicherung ist bereits jetzt mit Händen zu greifen, eines Tages Sanktionen oder zumindest Nachteile auf dem amerikanischen Markt zu erleiden“, sagte er. Große Sorge bereite ihm zudem, dass auch die russische Eisenbahn, die für viele deutsche Firmen ein wichtiger Partner sei, in dem amerikanischen Gesetz erwähnt werde. „Das ist America First in neuer Dimension. Mit Fairplay hat das nichts zu tun.“ Die EU, sagte Harms, müsse sich Maßnahmen gegen Amerika offen halten. Die aktuellen Querelen könnten den jüngsten Aufschwung im Russland-Geschäft empfindlich bremsen: Von Januar bis Mai hatte sich das deutsche Handelsvolumen mit Russland überraschend stark entwickelt; es lag knapp ein Drittel über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Der Export legte um fast 29 Prozent zu, der Import um knapp 35 Prozent. Neben den amerikanischen Plänen droht nun aber noch weiteres Ungemach: Weil vier Siemens-Turbinen illegal auf der annektierten Krim gelandet sind, setzt sich die Bundesregierung in Brüssel für eine Ausweitung der EU-Sanktionen gegen Russland ein.

## 1.10. Gute und böse Sanktionen (FAZ)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.07.2017, <http://epaper.faz.net/webreader-v3/index.html#/436697/10>

### **Vier Siemens-Turbinen auf der Krim schwächen Berlin im Russland-Streit mit Amerika/Von Henrike Roßbach**

...das gedacht: Ziemlich genau drei Jahre nach den Sanktionsbeschlüssen der EU gegen Russland im Krim-Konflikt herrscht wieder Aufregung in dieser Sache – ganz so, als hätte Moskau die Krim erst gestern völkerrechtswidrig besetzt, und nicht schon 2014. Hinter dem aktuellen Sanktionsrummel allerdings steckt etwas anderes, eine Art Einzelfall, der allerdings jetzt schon mittelschwere Beben ausgelöst hat: Im Zentrum stehen vier Gasturbinen aus dem Hause Siemens. Sie sind auf der annektierten Krim gelandet und sollen in dortigen Elektrizitätswerken dafür sorgen, dass die Region unabhängig wird von Energielieferungen aus der Ukraine. Ein glasklarer Sanktionsverstoß, denn die EU-Beschlüsse von 2014 verbieten den Verkauf von Gütern und Technologien, die für die Nutzung auf der Krim bestimmt sind. Deziert wird der Bereich Energie erwähnt, neben Verkehr, Telekommunikation und der Förderung und Exploration von Öl, Gas und anderen Rohstoffen. Siemens allerdings beteuert, für den Verstoß gegen diese Sanktionsbestimmungen nichts zu können, sondern von seinen russischen Partnern schlicht übers Ohr gehauen worden zu sein. Wenn das stimmt, wäre es ziemlich peinlich – auch für den deutschen Außenminister. Denn Sigmar Gabriel (SPD) hatte sich vom russischen Präsidenten Wladimir Putin höchstselbst zusichern lassen, dass die Turbinen nur in Russland zum Einsatz kommen würden – und wurde ganz offensichtlich düpiert. Noch größer aber wäre der Schaden, wenn sich die ohnehin unrühmliche Geschichte vom übertölpelten Weltkonzern auch noch als unwahr herausstellen würde. Wenn Siemens also etwas gewusst oder zumindest fahrlässig gehandelt hätte. Der Vorfall wird jedenfalls genau untersucht werden müssen. Der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft, die Interessenvertretung der deutschen Unternehmen mit Ost-Anbindung, nimmt den Münchner Konzern jedoch in Schutz. Absolut korrekt, transparent und sanktionskonform habe Siemens sich verhalten, urteilte Geschäftsführer Michael Harms am Donnerstag. Alle Dokumente und Wertungen, die vorlägen, auch die des Auswärtigen Amtes, der deutschen Botschaft und der europäischen Institutionen, deuteten darauf hin. „Die Verantwortung liegt bei der russischen Regierung und bei den Partnern von Siemens, die den Vertrag nicht eingehalten haben und die Turbinen illegal auf die Krim gebracht haben.“ In der Tat liegen zwei Wortbrüche offen auf dem Tisch: der des russischen Siemenspartners Technopromexport samt seinem staatlichen Mutterkonzern Rostec – und der des russischen Präsidenten. Der ursprüngliche Bestimmungsort der Turbinen, die am Schwarzen Meer gelegene russische Stadt Taman, liegt nur einen Katzensprung von der Krim entfernt. Das erst machte das Geschäft heikel und führte dazu, dass es auf höchster Ebene besprochen wurde. Dass Gabriel von Putin vorgeführt wurde, sorgt in Berlin für Empörung, die sich in Regierungssprecher-Sätzen Bahn bricht wie: „Eine vertragswidrige Verbringung der Turbinen auf die Krim entgegen hochrangiger Zusicherungen ist ein bemerkenswerter Vorgang.“ Wie diese hochrangigen Zusicherungen genau ausgesehen haben, wurde offiziell zwar nicht näher erläutert. Dass Gabriel sie aber direkt von Putin erhalten hat, bezweifelt niemand. Die Bundesregierung betont, dass sie wiederholt gegenüber der russischen Regierung und auch gegenüber Siemens ihre Erwartungen unterstrichen habe, die Verträge müssten „wortgenau eingehalten werden“. Jetzt werde geprüft, welche Konsequenzen „dieser gänzlich inakzeptable Vorgang“ haben wird. In Moskau freilich zucken die Verantwortlichen nur mit den Schultern und erklären die Turbinen kurzerhand zu Produkten aus russischer Herstellung. Nicht nur der Ost-Ausschuss hält das für einen Taschenspielertrick. Die Bundesregierung jedenfalls, so ist zu hören, sei bereits in Brüssel vorstellig geworden und habe verlangt, der bestehenden EU-Sanktionsliste weitere Namen hinzuzufügen. Im Blick sind sowohl Mitarbeiter des russischen Energieministeriums als auch der involvierten russischen Unternehmen. Der deutsche Wunsch nach einer Ausweitung der EU-Sanktionen hat allerdings Treppenwitz-Potential. Denn während die Bundesregierung in Brüssel für eine harsche Reaktion gegenüber Moskau trommelt, geht sie mit den amerikanischen Sanktionsverschärfungen, für die das Repräsentantenhaus am Dienstag gestimmt hat, hart ins Gericht.

Zum einen kritisiert Deutschland das Ausscheren der Amerikaner aus der bislang gemeinsamen Linie im Krim-Konflikt an sich. Noch mehr aber erzürnt die Bundesregierung, dass der Gesetzestext auch Sanktionen gegen ausländische Unternehmen zulässt, die mit Russland, etwa beim Bau von Pipelines, zusammenarbeiten. Unverhohlenes Ziel dieser Drohkulisse ist es, dem amerikanischen Flüssiggas einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Gas aus russischen Pipelines zu verschaffen.

„Völkerrechtswidrig“, tönte es in Berlin aus den zuständigen Ministerien, Amerika habe sich nicht in die europäische Energiepolitik einzumischen. Von unzulässigen extraterritorialen Sanktionen war die Rede und davon, dass mit Sanktionen keineswegs Industriepolitik gemacht werden dürfe. Da ist natürlich einiges dran. Die Turbinen-Affäre mit ihren diplomatischen und europapolitischen Nachbeben aber schwächt die Position der Deutschen in diesem Pipeline-Streit erheblich. Die zeitliche Koinzidenz der beiden Ereignisse ist aus deutscher Sicht ein Albtraum. Für Amerika hingegen ist sie eine Steilvorlage, um von den unerhörten Zügen des eigenen Vorhabens abzulenken und eiskalt Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Wer selbst Sanktionen ausweiten wolle, so könnte Washington süffisant argumentieren, der möge es doch anderen bitte nicht verwehren wollen – vor allem, wenn man es vorher nicht geschafft habe, einen krassen Sanktionsverstoß zu verhindern. Nach reichlich europäischer und deutscher Lobbyarbeit in Washington wurde der amerikanische Gesetzestext etwas abgemildert. Anders als die Europäische Kommission gab sich die Bundesregierung danach schon etwas zurückhaltender: Einen großen Schritt sei man vorangekommen, hieß es, weil nun immerhin vor möglichen Sanktionen Konsultationen mit den europäischen Partnern vorgesehen seien. In Berlin hat man offenbar erkannt, dass es sich auf rohen Eiern nicht sonderlich gut läuft.

### 1.11. Erhöhte Warnstufe (HB)

Handelsblatt, 28.07.2017, [https://epaper.handelsblatt.com/vhb\\_epaper\\_neo\\_p/?ticket=ST-2668726-c1icxL96G7oCn3algf5u-ap3#search/11/Handelsblatt/2017-07-28/13/6944877/article/Michael%20Harms](https://epaper.handelsblatt.com/vhb_epaper_neo_p/?ticket=ST-2668726-c1icxL96G7oCn3algf5u-ap3#search/11/Handelsblatt/2017-07-28/13/6944877/article/Michael%20Harms)

#### **Neue Handelsstrafen gegen Russland beunruhigen auch die deutsche Wirtschaft.**

Rick Perry kann seine Freude kaum verbergen. "Hallo Herr Premierminister, Rick Perry hier, wie geht es Ihnen?", so beginnt er das Gespräch. Als "United States Secretary of Energy" hat Perry es mit vielen einflussreichen Leuten zu tun, er muss sich um die Energieversorgung des Landes kümmern und die Sicherheit des amerikanischen Kernwaffenarsenals. Aber dass der Regierungschef eines wichtigen Verbündeten der USA um einen Telefontermin bittet, kommt nicht alle Tage vor. Also plaudert Perry munter drauflos, 22 Minuten lang. Dumm nur, dass sich am anderen Ende der Leitung nicht, wie Perry glaubt, der ukrainische Premier befindet, sondern ein Witzbold aus Russland. Der Streich war das Werk des Komödianten-Duos "Jerky Boys of Russia". Perry hat sich zum Gespött gemacht. Aber nicht nur das. Er hat zudem die Sorgen der Europäer wegen der neuen Russland-Sanktionen der USA verstärkt. Denn Perry lässt in dem Telefonat keinen Zweifel daran aufkommen: Die USA lehnen die Pipeline Nord Stream 2 ab, die noch mehr russisches Gas nach Deutschland transportieren soll. Und was die Lage aus EU-Sicht so bedrohlich macht: Instrumente, dieses Energieprojekt zu torpedieren, haben die Amerikaner jetzt auch. Der Kongress hat sich am Mittwoch auf ein Gesetz verständigt, das umfassende neue Sanktionen gegen Russland, Iran und Nordkorea vorsieht. Moskau soll für die Einmischung russischer Hacker in den US-Wahlkampf bestraft werden. Die Regierung wird ermächtigt - und teils auch gezwungen -, den russischen Energiesektor mit Handelsstrafen zu belegen. Und wenn die USA tatsächlich gegen die Nord-Stream-2-Pipeline vorgehen, wird das auch Europa treffen. Brüssel und Berlin drohen daher schon mit Gegensanktionen. Im schlimmsten Fall könnte der Wunsch, Russland für Cyberattacken zu bestrafen, einen transatlantischen Handelskrieg auslösen. Allerdings: Noch ist es nicht so weit. Erst muss Präsident Donald Trump das Gesetz unterschreiben. Ob er das tut, lässt sein neuer Sprecher offen. Falls Trump sein Veto einlegt, müsste der Kongress ihn mit einer Zweidrittelmehrheit überstimmen. Diese käme wohl zustande: Alarmiert über den Flirt des Präsidenten mit Kremelchef Wladimir Putin, haben sich Republikaner und Demokraten zusammengetan, um den außenpolitischen

Spielraum der Regierung einzuschränken. Einige wichtige Klauseln wurden zuletzt jedoch entschärft. In europäischen Diplomatentreifen besteht nun die Hoffnung, dass sich der Furor über die Wahlbeeinflussung der Russen in Washington bald wieder legt. Und auch dass Trump die Umsetzung der Sanktionen verschleppt. Nur gibt es dafür keine Garantie, nicht in dieser chaotischen Administration. Die Unsicherheit überschattet die zuletzt positive Entwicklung der Russland-Geschäfte deutscher Unternehmen. Nach Angaben des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft sind deutsche Ausfuhren nach Russland in den ersten fünf Monaten des Jahres um 28 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Allerdings sind auch die Risiken gewachsen. Sollten die US-Pläne Unternehmen treffen, die an Ausbau, Modernisierung oder Erhalt russischer Exportpipelines beteiligt seien, wäre das "ein fundamentaler Eingriff in unsere europäische Energieversorgung und würde zu steigenden Energiepreisen und einer sinkenden Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft führen", sagte Michael Harms, Geschäftsführer des Ost-Ausschusses. Er warnt: Neben Nord Stream 2 könnten weitere Projekte ins Visier geraten. Der US-Präsident solle zwar vor dem Verhängen von Sanktionen Verbündete der USA konsultieren. Aber das Gesetz schwebt nun wie ein Damoklesschwert über europäischen Firmen. "Das ist ‚America first‘ in einer neuen Dimension", sagte Harms. Auch Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) sieht die Entwicklung mit Sorge. Gefragt, ob die Sanktionspolitik die deutsch-amerikanischen Beziehungen verschlechtere, antwortete sie: "Das ist ein weiterer Punkt in dem ohnehin gerade nicht einfachen Verhältnis, der uns Kummer macht."

## 1.12. Russland-Geschäfte der deutschen Unternehmen ziehen an (HB)

Handelsblatt, 27.07.2017, <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/konjunktur-daten/weitere-konjunkturdaten/trotz-sanktionen-russland-geschaefte-der-deutschen-unternehmen-ziehen-an/20113146.html>

### **Der deutsch-russische Handel ist in den letzten Jahren eingebrochen – auch in Folge der Sanktionen. Doch die Talsohle scheint durchschritten. Denn im laufenden Jahr sind die Ausfuhren nun mit reichlich Schwung gestartet.**

Die Russland-Geschäfte der deutschen Unternehmen ziehen trotz der westlichen Sanktionen wieder deutlich an. Der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft rechnet in diesem Jahr mit einem weit stärkeren Zuwachs als bisher angenommen. Anfang des Jahres hatte die Interessenvereinigung, die deutsche Firmen in 20 osteuropäischen Ländern unterstützt, im deutsch-russischen Handel für 2017 mit einem Ausfuhrplus von mindestens zehn Prozent gerechnet. Nach starken ersten Monaten dieses Jahres aber dürfte die Steigerung deutlich höher ausfallen, hieß es. Allein von Januar bis März kletterten die deutschen Exporte nach Russland nach früheren Angaben um gut 32 Prozent. Insgesamt komme der Handel mit Ost- und Südosteuropa wieder in Schwung. Genaue Zahlen für das laufende Jahr will der Ost-Ausschuss am Donnerstag in Berlin vorlegen. Die deutschen Handelsgeschäfte mit Russland haben in den vergangenen Jahren unter anderem unter den Sanktionen gelitten, die die EU wegen der Annexion der Krim verhängt hatte. Moskau reagierte auf diese wiederum mit Gegenmaßnahmen. Der Ost-Ausschuss plädiert dafür, einen neuen Ansatz in der Sanktionspolitik zu suchen. „Die bestehenden Sanktionen haben zweifellos Schaden angerichtet“, sagte Geschäftsführer Michael Harms. „Dennoch hat sich Russland relativ schnell durch eine sehr kluge Zentralbank-Politik gefangen und ist finanziell in einem sehr guten Zustand.“ Die Bestimmung mit Blick auf den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, wonach Sanktionen nur bei vollständiger Erfüllung des Minsker Abkommens reduziert werden, sollte überdacht werden, sagte Harms. Er sprach sich dafür aus, im Fall von substanziellen Fortschritten wie etwa einem Waffenstillstand in der Ostukraine mit dem schrittweisen Ausstieg aus den Sanktionen zu beginnen.

Russland war ab 2014 vor allem durch die Kombination aus Sanktionen, Ölpreisverfall und abgewertetem Rubel nach den Worten von Harms „dramatisch“ getroffen worden. Die Wirtschaft habe sich aber inzwischen ganz gut gefangen. Dank des günstigen Rubelkurses sei die heimische Ökonomie

angekurbelt worden. Die lokale Produktion habe zugenommen, Importe seien durch Inlandsfertigungen ersetzt worden. Die Gegensanktionen gegen europäische Hersteller hätten die russische Landwirtschaft gestärkt. Auch der Privatkonsum ziehe wieder an. Davon profitierten auch deutschen Unternehmen. Seit dem zweiten Halbjahr 2016 gehe es bei deutschen Handelsgeschäften mit Russland langsam wieder bergauf. „Und in diesem Jahr sehen wir bislang eine sehr erfreuliche Entwicklung. Der deutsch-russische Handel springt an, und es wird auch wieder mehr in Russland investiert.“ Positiv sei die Tendenz auch für die Ukraine. Der deutsch-ukrainische Handel habe sich 2017 ebenfalls deutlich belebt, das Land habe „fantastische“ Reformen auf den Weg gebracht. „Für die Größe und wirtschaftliche Bedeutung, die die Ukraine haben könnte, ist der Nachholbedarf allerdings noch sehr groß“, sagte Harms. Dies sei aber fraglos auch eine Folge des Konfliktes in der Ostukraine.

### **1.13. Gute Geschäfte mit Russland - trotz Sanktionen (Tagesschau)**

Tagesschau, 27.07.2017, <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/russland-sanktionen-125.html>

#### **Der deutsch-russische Handel kommt wieder in Gang. Die angekündigten US-Sanktionen könnten diesen Trend jedoch stoppen, warnt der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft und droht im Notfall mit Sanktionen gegen die USA.**

Die Russland-Geschäfte der deutschen Unternehmen ziehen trotz der westlichen Sanktionen wieder deutlich an. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres stiegen die deutschen Ausfuhren um 28,49 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, wie der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft mitteilte. Das Handelsvolumen kletterte im selben Zeitraum um fast 32 Prozent. Die deutschen Handelsgeschäfte mit Russland haben in den vergangenen Jahren auch unter den Sanktionen gelitten, die die EU wegen der Annexion der Krim verhängt hatte. Für das gesamte Jahr 2017 rechnet der Ost-Ausschuss nun mit einem weit stärkeren Anstieg der Russland-Exporte als bisher. Ein Plus von 20 Prozent sei realistisch, sagte Geschäftsführer Michael Harms. Anfang des Jahres hatte die Interessenvereinigung, die deutsche Firmen in 21 Ländern unterstützt, mit zehn Prozent gerechnet. Allerdings stehe diese Prognose unter dem Vorbehalt, dass die geplanten neuen US-Sanktionen nicht zu einer Verschärfung des Ost-West-Konfliktes führten. Das US-Repräsentantenhaus hatte am Dienstag neue Sanktionen gegen Russland beschlossen. Das Gesetz muss noch den Senat passieren.

#### **Damoklesschwert über europäischen Firmen**

Die US-Pläne träfen auch internationale Unternehmen, die an Ausbau, Modernisierung oder Erhalt russischer Exportpipelines beteiligt seien, warnte der Ost-Ausschuss erneut. "Dies wäre ein fundamentaler Eingriff in unsere europäische Energieversorgung und würde zu steigenden Energiepreisen und einer sinkenden Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft führen", sagte Harms. Das geplante Gesetz schwebe "wie ein Damoklesschwert über europäischen Firmen, die sich im Energiesektor engagieren". Unter anderem geht es um die Pipeline Nord Stream II, durch die ab 2019 Erdgas aus Russland nach Deutschland geliefert werden soll.

#### **Appell an Russland - Drohungen gegen USA**

Notfalls hält der Ausschuss Sanktionen gegen die USA für erforderlich. Das sei "allerdings das allerletzte, was wir uns wünschen", sagte Harms. An Russland appellierte er, auf "Provokationen" zu verzichten. Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries warnt angesichts der geplanten US-Sanktionen gegen Russland vor einem Handelskrieg mit der EU: "Das wäre ganz schlecht", sagte Zypries im *ARD-Morgenmagazin*. Sie mahnte ein gemeinsames Vorgehen an. "Das wäre auf alle Fälle richtiger, als wenn jetzt die Amerikaner einen isolierten Weg gehen", so die SPD-Politikerin.

## 1.14. Deutschland warnt USA im Russland-Streit vor Handelskrieg (Reuters)

Reuters, 27.07.2017, <https://de.reuters.com/article/deutschland-sanktionen-russland-usa-idDEKBN1AC105>

Die US-Pläne für neue Russland-Sanktionen schüren die Furcht vor Auswirkungen auf europäische Firmen und lassen in Deutschland Rufe lauter werden, notfalls mit gleicher Münze zurückzuzahlen. Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries beklagte, dass deutschen Unternehmen Schaden drohe und warnte vor einem Handelskrieg mit den USA. "Es gibt die Möglichkeit von Gegensanktionen, das sieht die Welthandelsorganisation so vor", sagte Zypries in der ARD. Auch die Europäische Union ist auf Gegenmaßnahmen eingestellt. Der Ost-Ausschuss (OA) der Deutschen Wirtschaft stieß in das gleiche Horn. Es sei zwar das allerletzte, was man sich wünsche, aber man müsse sich die Möglichkeit von Gegensanktionen offenhalten, sagte der Geschäftsführer des Verbandes, Michael Harms, in Berlin. Das US-Repräsentantenhaus hatte am Dienstag einen Gesetzentwurf verabschiedet, der geltende Strafmaßnahmen gegen Russland verschärft. Damit soll Russland für die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim, die Unterstützung von Präsident Baschar al-Assad im syrischen Bürgerkrieg und eine mutmaßliche Einflussnahme auf die US-Präsidentenwahl bestraft werden. Im Zentrum der Sanktionspläne steht dabei der Energiebereich. Im Öl- und Gasgeschäft sind die USA ein Konkurrent Russlands. Daher rührt Kritik, dass die USA aus den Sanktionen auch einen wirtschaftlichen Nutzen ziehen wollen.

### **Völkerrechtliche Bedenken**

Im Zentrum des Unmuts in Deutschland und der Europäischen Union steht die Auswirkungen der US-Pläne auf nicht-amerikanische Firmen. Die deutsche Wirtschaft und die deutsche Politik werfen den USA vor, dies zu nutzen, um eigene Wirtschaftsinteressen in Europa zu durchzusetzen - nämlich um mehr Öl und Gas in den europäischen Markt zu drücken. "Solche exterritorialen Wirkungen von solchen Sanktionen sind nach unserer Auffassung völkerrechtswidrig", sagte der Koordinator der Bundesregierung für die transatlantischen Beziehungen, Jürgen Hardt, im SWR. Man werde nicht hinnehmen, dass die USA über Sanktionen Einfluss auf Europas Energiepolitik nehmen. OA-Geschäftsführer Harms kritisierte: "Die gewünschten Sanktionen gegen Pipelineprojekte sollen dazu dienen, die Energieexporte aus den USA nach Europa anzukurbeln, Jobs in den USA zu schaffen und die US-Außenpolitik zu stärken". Das stehe ganz offen im Gesetzentwurf. Ausdrücklich zielten die Vereinigten Staaten auch darauf ab, das Gaspipeline-Projekt Nord Stream 2 in der Ostsee zu verhindern, das der russische Gazprom-Konzern mit europäischen Unternehmen plant. Auch das stehe im Gesetz. Insgesamt seien internationale Firmen bedroht, die am Ausbau, der Modernisierung und dem Erhalt russischer Energie-Leitungen beteiligt seien. "Das Gesetz schwebt wie ein Damoklesschwert über europäischen Firmen, die sich im Energiesektor engagieren". Sorge bereite zudem, dass auch die Russische Bahn als Sanktionsziel genannt werde.

### **Hoffnung auf Änderungen**

Kritik kommt auch vom deutschen BASF-Konzern, der über seine Tochter Wintershall seit langem mit russischen Partnern im Energiebereich zusammenarbeitet. Vorstandschef Kurt Bock bemängelte: "Sanktionen zu beschließen zulasten eines Dritten, nämlich zulasten Europas, und gleichzeitig die amerikanische Wirtschaft zu befördern nach dem Motto 'buy american gas' - das ist schon bemerkenswert, vor allem wenn man sich vor Augen führt, dass Russland uns seit Jahrzehnten zuverlässig in Europa beliefert." Allerdings sei wohl das letzte Wort in Washington noch nicht gesprochen. Er hoffe, dass europäische Interessen doch noch berücksichtigt werden. Ähnlich äußerte sich der OA.

In der russischen Presse hieß es unter Berufung auf Quellen aus dem Moskauer Außenministerium, sollte US-Präsident Donald Trump den Gesetzentwurf unterzeichnen, werde die russische Seite Vergeltungsmaßnahmen ergreifen. Der mit großer Mehrheit im US-Abgeordnetenhaus verabschiedete Entwurf muss noch durch den Senat und dann noch von Trump unterzeichnet werden. Ein Wirtschaftsberater von Präsident Wladimir Putin rechnet zwar nicht damit, dass sich die neuen US-



Sanktionen besonders negativ auswirken. Jedoch dämpften sie die Hoffnung, dass die bestehenden westlichen Strafmaßnahmen in den nächsten Jahren aufgehoben würden, sagte Alexej Kudrin zu Reuters. Die aktuellen Sanktionen drückten die Wirtschaftsleistung derzeit um 0,5 Prozent.

## **1.15. Trump will noch schärfere Russland-Sanktionen (Ostexperte)**

Ostexperte, 27.07.2017, <http://www.ostexperte.de/trump-mehr-russland-sanktionen/>

### **Trump könnte Russland-Sanktionsschraube anziehen**

Das US-Repräsentantenhaus einigte sich am Mittwoch auf eine Ausweitung der Russland-Sanktionen. Wie aus einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters hervorgeht, will Donald Trump die Russland-Sanktionsschraube nun noch stärker anziehen. Das neue US-Sanktionsgesetz gegen Russland, Nordkorea und den Iran sorgt vielerorts für Kritik. Der Iran droht den USA mit Gegensanktionen. Die EU-Kommission will eine Gegenreaktion vorbereiten. Amerikanische Think-Tanks warnen vor dem geplanten Gesetz. Europäische Unternehmen fürchten wirtschaftliche Schäden. Auch deutsche Wirtschaftsverbände wie der Ost-Ausschuss und die AHK Russland warnen vor den Folgen des US-Sanktionsgesetzes. Doch die geplante Ausweitung der Russland-Sanktionen könnte schärfer ausfallen als bisher erwartet. Donald Trumps neuer Kommunikationschef, Anthony Scaramucci, äußerte sich am heutigen Donnerstag gegenüber dem TV-Sender CNN zu den Plänen des US-Präsidenten: „Er könnte das Sanktionsgesetz genau so unterzeichnen, wie es vorliegt, er könnte aber auch sein Veto mit dem Ziel einlegen, eine noch härtere Regelung für Russland zu verhandeln.“

### **Wirtschaftsministerin fürchtet Handelskrieg**

Die deutsche Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries erklärte gegenüber der ARD, dass wirtschaftliche Schäden und ein Handelskrieg mit den USA drohen. „Es gibt die Möglichkeit von Gegensanktionen, das sieht die Welthandelsorganisation so vor“, sagte die Politikerin. Besondere Sorge gilt der Zukunft der geplanten Ostseepipeline Nord Stream 2. Der Grund: Washington will Investitionen in und Lieferungen an russische Pipelines bestrafen. Laut dem Koordinator der Bundesregierung für die transatlantischen Beziehungen, Jürgen Hardt, handle die USA aus Wirtschaftsinteressen. Das Ziel der Gesetzgeber sei es, amerikanisches Öl und Gas auf den europäischen Markt zu drücken. „Solche exterritorialen Wirkungen von solchen Sanktionen sind nach unserer Auffassung völkerrechtswidrig“, erklärte der Experte gegenüber dem SWR. Man wolle den US-Einfluss auf Europas Energiepolitik nicht länger hinnehmen.

### **Ost-Ausschuss und AHK Russland äußern Kritik**

„Die gewünschten Sanktionen gegen Pipelineprojekte sollen dazu dienen, die Energieexporte aus den USA nach Europa anzukurbeln, Jobs in den USA zu schaffen und die US-Außenpolitik zu stärken“, erklärte OA-Geschäftsführer Michael Harms. Diese Ziele seien im US-Gesetzentwurf verankert. Zum amerikanischen Druck auf Nord Stream 2 sagte er: „Das Gesetz schwebt wie ein Damoklesschwert über europäischen Firmen, die sich im Energiesektor engagieren.“

„Es ist nicht nachvollziehbar, warum die USA erstmals unilateral die Grundlage für neue Sanktionen schaffen wollen“, sagt Rainer Seele, Präsident der Deutsch-Russischen AHK. „Die geplanten US-Sanktionen gefährden die Energiesicherheit Europas, das auch in Zukunft Gaslieferungen aus Russland brauchen wird, und die deutsche Wirtschaft in Russland“. Er fügte hinzu: „Die Sanktionen treiben den Protektionismus voran und schaffen neue Konfliktfelder.“

### **“Buy American Gas”?**

Kurt Bock, Vorstandschef des Konzerns BASF, der über seine Tochter Wintershall seit langem mit russischen Partnern im Energie-Bereich aktiv ist, erklärte: „Sanktionen zu beschließen zulasten eines Dritten, nämlich zulasten Europas, und gleichzeitig die amerikanische Wirtschaft zu befördern nach dem Motto ‘buy american gas’ – das ist schon bemerkenswert, vor allem wenn man sich vor Augen führt, dass Russland uns seit Jahrzehnten zuverlässig in Europa beliefert.“

Grund für die neuen Sanktionen sind die mutmaßliche Einmischung Russlands im US-Wahlkampf 2016, die anhaltende Aggression in der Ostukraine sowie die Unterstützung der syrischen Regierung. Von den Maßnahmen betroffen sind der russische Geheimdienst und das Militär, aber auch wichtige Wirtschaftszweige wie der Bergbau, die Eisenbahn und die Schwerindustrie. Der Kreml erwägt bereits Gegensanktionen, ließ ein Sprecher verkünden.

## 1.16. Welchen Zweck haben die US-Sanktionen wirklich? (Die Welt)

Die Welt, 27.07.2017, <https://www.welt.de/wirtschaft/article167116177/Welchen-Zweck-haben-die-US-Sanktionen-wirklich.html>

Zwischen Europa und den USA knirscht es. Und das nicht nur, weil Präsident Donald Trump auf dem „alten Kontinent“ grundsätzlich eher unbeliebt ist. Mit ihrer geplanten Sanktionspolitik gegenüber Russland geraten die Amerikaner derzeit zunehmend in den Verdacht, in erster Linie die Interessen der eigenen Energiebranche verteidigen zu wollen. Kein Wunder, dass die Reaktionen aus Deutschland mittlerweile recht harsch ausfallen. Die Bundeswirtschaftsministerin etwa droht mit einem Handelskrieg, sollten deutsche Firmen bei der Auseinandersetzung Schaden nehmen. „Es gibt die Möglichkeit von Gegensanktionen, das sieht die Welthandelsorganisation so vor“, sagte Brigitte Zypries (SPD) der ARD. Notfalls werde man es den Amerikanern eben mit gleicher Münze heimzahlen. Für Verbündete sind das harte Töne. Schuld daran ist ein Gesetzentwurf, den das amerikanische Repräsentantenhaus am Dienstag verabschiedet hat und das verschärfte Strafen gegen Russland vorsieht. Wegen der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim, der Unterstützung von Präsident Baschar al-Assad im syrischen Bürgerkrieg und der mutmaßlichen Einflussnahme auf die US-Wahl.

### **Deutsche Unternehmen und Politiker sind entsetzt**

Weil die Maßnahmen aber vor allem den Energiebereich treffen, in dem die Konkurrenz zwischen beiden Ländern groß ist, hegt man in Europa den Verdacht, dass die USA nicht zuletzt einen wirtschaftlichen Nutzen aus ihrer Sanktionspolitik ziehen wollen. Selbst Beobachter in den USA weisen darauf hin, dass die Pläne erstens den Eindruck erwecken, als wollten die Abgeordneten ihrem Präsidenten bei seiner befürchteten Russland-freundlichen Politik die Hände binden. Dass es jedoch zugleich so erscheint, als würden sie die Interessen ihrer eigenen Öl- und Gasindustrie fördern – zulasten europäischer Firmen. Deutsche Unternehmen und Politiker werfen den USA vor, die Sanktionen zu nutzen, um mehr amerikanisches Öl und Gas nach Europa exportieren zu können. „Völkerrechtswidrig“ seien solche exterritorialen Sanktionen, sagte etwa der Koordinator der Bundesregierung für die transatlantischen Beziehungen, Jürgen Hardt. Deutschland könne nicht hinnehmen, dass die USA über Sanktionen Einfluss auf Europas und nicht zuletzt Deutschlands Energiepolitik nähmen.

### **Gaspipeline-Projekt soll gestoppt werden**

Hiesige Firmen fürchten angesichts der drohenden Maßnahmen um ihre Investments. Das geplante Gesetz könnte beispielsweise das Gaspipeline-Projekt Nord Stream 2 in der Ostsee gefährden, das der russische Gazprom-Konzern mit europäischen Unternehmen plant. „Die gewünschten Sanktionen gegen Pipelineprojekte sollen dazu dienen, die Energieexporte aus den USA nach Europa anzukurbeln, Jobs in den USA zu schaffen und die US-Außenpolitik zu stärken“, sagte Michael Harms, der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. Das Gesetz bedrohe internationale Firmen, die am Ausbau, der Modernisierung und dem Erhalt russischer Energieleitungen beteiligt seien, sagte Harms. „Das Gesetz schwebt wie ein Damoklesschwert über europäischen Firmen, die sich im Energiesektor engagieren.“ BASF-Chef Kurt Bock sprach ebenfalls von Sanktionen zulasten Dritter, nämlich Europas. Der Vorstandschef des Chemiekonzerns hofft allerdings, dass der Gesetzentwurf – so wie er jetzt steht – nicht Realität wird. Bei dem derzeit eher angespannten Verhältnis zwischen den USA und Deutschland kann man von Kompromissbereitschaft allerdings eher nicht ausgehen.

## 1.17. Trotz Sanktionen: Geschäfte deutscher Firmen in Russland boomen (Focus)

Focus, 27.07.2017, [http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/ost-ausschuss-trotz-sanktionen-geschaeft-deutscher-firmen-in-russland-boomen\\_id\\_7404140.html](http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/ost-ausschuss-trotz-sanktionen-geschaeft-deutscher-firmen-in-russland-boomen_id_7404140.html)

**Die Russland-Geschäfte der deutschen Unternehmen ziehen trotz der westlichen Sanktionen wieder deutlich an. Der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft rechnet mit einem Jahresplus von 20 Prozent.**

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres stiegen die deutschen Ausfuhren um 28,49 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, wie der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft am Donnerstag in Berlin mitteilte. Das Handelsvolumen kletterte im selben Zeitraum um fast 32 Prozent.

Für das gesamte Jahr 2017 rechnet der Ost-Ausschuss nun mit einem weit stärkeren Anstieg der Russland-Exporte als bisher. Ein Plus von 20 Prozent sei realistisch, sagte Geschäftsführer Michael Harms. Anfang des Jahres hatte die Interessenvereinigung, die deutsche Firmen in 21 Ländern unterstützt, mit zehn Prozent gerechnet.

### **Angst vor Verschärfung des Ost-West-Konflikts**

Allerdings stehe diese Prognose unter dem Vorbehalt, dass die geplanten neuen US-Sanktionen nicht zu einer Verschärfung des Ost-West-Konfliktes führten. Die US-Pläne träfen auch internationale Unternehmen, die an Ausbau, Modernisierung oder Erhalt russischer Exportpipelines beteiligt seien, warnte der Ost-Ausschuss erneut. „Dies wäre ein fundamentaler Eingriff in unsere europäische Energieversorgung und würde zu steigenden Energiepreisen und einer sinkenden Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft führen“, sagte Harms. Es gebe rund 90 russische Exportpipelines. Ausdrücklich verhindern wollen die USA den Angaben zufolge das Ostsee-Pipelineprojekt Nordstream 2 zur Erdgasversorgung Europas, an dem auch Firmen aus Deutschland, den Niederlanden, Frankreich und Großbritannien mitwirkten. Es könnten weitere Projekte ins Visier geraten, warnte Harms. Die Auswahl werde dem US-Präsidenten überlassen. Dieser solle sich zuvor zwar mit Verbündeten der USA konsultieren. Aber das Gesetz schwebe nun „wie ein Damoklesschwert über europäischen Firmen, die sich im Energiesektor engagieren“.

### **Geschäfte mit Russland litten unter der Krim-Krise**

Die deutschen Handelsgeschäfte mit Russland haben in den vergangenen Jahren auch unter den Sanktionen gelitten, die die EU wegen der Annexion der Krim verhängt hatte. Moskau reagierte auf diese wiederum mit Gegenmaßnahmen. Russland war ab 2014 vor allem durch die Kombination aus Sanktionen, Ölpreisverfall und abgewertetem Rubel nach den Worten von Harms „dramatisch“ getroffen worden. Die Wirtschaft habe sich aber inzwischen ganz gut gefangen. Der Ost-Ausschuss plädiert für einen neuen Ansatz in der Sanktionspolitik. Die Bedingung, wonach Sanktionen nur bei vollständiger Erfüllung des Minsker Abkommens zum Konflikt zwischen Russland und der Ukraine reduziert werden, sollte überdacht werden. Harms sprach sich dafür aus, im Fall von substanziellen Fortschritten wie einem Waffenstillstand in der Ostukraine mit dem schrittweisen Ausstieg aus den Sanktionen zu beginnen. Deutlich besser als erhofft entwickle sich der Export in die Ukraine und nach Kasachstan. Auch hier seien 2017 Zuwächse von mehr als 20 Prozent zu erwarten. Das Handelsvolumen mit den 21 Ost-Ausschuss-Ländern insgesamt kletterte in den ersten fünf Monaten um gut zehn Milliarden auf 52 Milliarden Euro. Dies entspreche einem Zuwachs von 22 Prozent. Die deutschen Ausfuhren nach Osteuropa seien fast dreimal so stark gestiegen wie der gesamte deutsche Export. „Osteuropa meldet sich als Wachstumsregion für die deutsche Wirtschaft eindrucksvoll zurück“, sagte Harms.

## 1.18. Ostausschuss: Notfalls Sanktionen gegen die USA (Inforadio)

Inforadio, 27.07.2017,

[https://www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/wirtschaft\\_aktuell/201707/150166.html](https://www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/wirtschaft_aktuell/201707/150166.html)

Der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft wählt deutliche Worte: Sollten die USA unter Androhung von Sanktionen Europa dazu nötigen, statt russischem Erdgas teures und umstrittenes Frackinggas aus den USA zu kaufen, muss Europa mit Wirtschaftssanktionen gegen die USA reagieren. Dabei haben die deutschen Handelsbeziehungen mit Russland nach einer mehrjährigen Krise gerade wieder stark zugelegt. Ein Beitrag von Johannes Frewel.

Wirtschaftsstrafen der USA würden etwa finanzierende Banken und Industrieunternehmen treffen, die entweder in Russland oder in anderen Staaten bei rund 90 Pipelines tätig werden, die russisches Erdgas exportieren. Wichtig sei jetzt eine einheitliche Haltung der Europäischen Union, sollten Gespräche mit den USA ergebnislos bleiben, betont Ostausschuss-Geschäftsführer Michael Harms: Die Stimmung unter den großen deutschen Energie-Unternehmen sei sehr schlecht. Durch die Vermischung von eigenen wirtschaftlichen Interessen mit den Sanktionen sei Vertrauen verloren gegangen.

### **Russlandhandel erholt sich**

In den vergangenen Jahren war der deutsche Russlandhandel weitgehend zusammengebrochen, nachdem Russland und die EU wegen der Krimkrise wechselseitig Wirtschaftssanktionen für einzelne Produkte verhängt hatten. Inzwischen legt der Handel jedoch wieder stark zu: um 28 Prozent in den ersten fünf Monaten. Für das Gesamtjahr verdoppelte der Ostausschuss seine Russlandprognose auf 20 Prozent Plus: die Gasexporte von Russland nach Deutschland seien deutlich gestiegen, außerdem exportieren deutsche Maschinenbauer mehr nach Russland, deutsche Spezial-Chemieprodukte oder auch deutsche Medikamente seien sehr gefragt und der Absatz deutscher Autos in Russland habe zugenommen, sagt Harms.

### **Deutsche Wirtschaft hält sich vollständig an die Sanktionsauflagen**

Weniger erfreulich sind die Details einer Siemens-Turbinenlieferung nach Russland. Letztlich landeten die Turbinen trotz Embargos auf der von Russland annektierten Krim. Eine Folge: Die Sanktionen gegen die verantwortlichen russischen Handelspartner könnten verschärft werden. Siemens habe beim Turbinenexport nach Russland hingegen nicht gegen geltendes Recht verstoßen, stellt Ostausschuss-Geschäftsführer Michael Harms klar. In diesem Zusammenhang betont er noch einmal, dass sich die deutsche Wirtschaft vollständig an die Sanktionsauflagen hält, sie gar in vielen Fällen übererfülle. An dieser Vorsicht gegenüber Russland dürfte sich auch künftig nur wenig ändern. Denn jede Panne könnte dazu führen, dass die USA ihrerseits an der Sanktionsschraube gegen Europa drehen, um selbst ins Geschäft zu kommen.

## 1.19. „Nicht akzeptabel“ – Ost-Ausschuss kritisiert US-Russlandsanktionen (OWC)

OWC, 27.07.2017, <https://owc.de/2017/07/27/nicht-akzeptabel-ost-ausschuss-kritisiert-us-russlandsanktionen/>

### **Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft kritisiert die am Dienstag vom US-amerikanischen Repräsentantenhaus beschlossene Ausweitung der US-Sanktionen gegen Russland scharf.**

So wie der Entwurf derzeit formuliert sei, schadeten die Sanktionen europäischen Unternehmen, die mit russischen Firmen oder dem Staat kooperierten, so Michael Harms, Geschäftsführer des Verbandes am Donnerstag in Berlin. Ausdrücklich verhindert werden soll laut US-Gesetz das Pipelineprojekt Nord Stream 2, an dem unter anderem Firmen aus Deutschland, den Niederlanden, Frankreich und Großbritannien mitwirken. Die erste Nord-Stream-Pipeline hält Harms für einen Erfolg: „Wer

wirtschaftlich denkt, kann nicht gegen Nord Stream 2 sein. „Konkret könnten all jene europäischen Unternehmen betroffen sein, die mit Ausbau, Modernisierung oder Erhalt der rund 90 Pipelines befasst sind, die aus Russland ins Ausland gehen. Auch die russische Staatsbahn RZD, die mit einigen deutschen Firmen kooperiert, könnte ein Ziel US-amerikanischer Sanktionen werden.

### **Die EU „muss reagieren“**

Der Ost-Ausschuss halte es für „nicht akzeptabel“, wenn über europäische Energiepolitik in Washington entschieden werden sollte, so Harms. Selbst in Zeiten des Kalten Krieges seien die Energiebeziehungen zu Russland toleriert worden. Brüssel müsse reagieren, fordert der Verband: „Wir halten extraterritoriale Anwendung für völlig inakzeptabel.“

Zwar stehe noch aus, ob der US-Sanktionsentwurf in seiner derzeitigen Form ratifiziert und umgesetzt werde. Doch bleibe es dabei, komme dies einer „Aufkündigung des Konsens in der Sanktionsfrage mit den Europäern“ gleich. Sollten tatsächlich europäische Unternehmen in Mitleidenschaft gezogen werden, müssten als letztes Mittel auch europäische Gegensanktionen gegen die USA in Betracht gezogen werden. Auf die Frage, ob die EU und die USA vor einem Handelskrieg stünden, antwortete Harms: „So weit würde ich nicht gehen.“ Ausschließen wollte er diese Möglichkeit aber auch nicht.

### **Siemens: „einwandfrei und transparent“**

„Was wir nicht brauchen, sind Provokationen“, meinte Harms mit Blick auf die ohnehin angespannten Beziehungen zwischen EU und Russland und die fragile positive Entwicklung des beidseitigen Handels. Damit spiele er etwa auf die Ausrufung einer „Kleinrepublik Russland“ durch pro-russische Separatisten an, sowie auf die Lieferungen von Siemens-Turbinen auf die Krim. In dieser Angelegenheit habe sich Siemens „einwandfrei und transparent“ verhalten, so der Ost-Ausschuss-Geschäftsführer. Die Verantwortung für die Situation sieht der Verband bei der russischen Regierung und den russischen Geschäftspartnern des deutschen Konzerns. Man erwarte, dass Russland handele, so Harms. Alles andere hätte negative Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Beziehungen. Die Stimmung in den Top-Etagen der großen deutschen Energiekonzerne sei bereits angespannt, die Verunsicherung groß, so Harms. Die Argumentation Moskaus, es habe sich um russische Turbinen mit russischem Zertifikat gehandelt, sei für den Ost-Ausschuss nicht nachvollziehbar und „ein Taschenspielertrick“, so Harms. Die Sanktionen bleiben weiter eine Bremse für die ansonsten gute Entwicklung im deutschen Handel mit Russland. Die höchsten Zuwächse bei deutschen Exporten in die 21 Länder, die der Ost-Ausschuss betreut, sind in die Russische Föderation zu verzeichnen. Hatte der Verband noch im Frühjahr mit einem Plus von zehn Prozent im laufenden Jahr gerechnet, liege der Wert derzeit bei über 20 Prozent. Ein Grund seien auch die sich kontinuierlich verbessernden Investitionsbedingungen im Land.

### **Positive Entwicklungen der Ost-Wirtschaften**

Insgesamt bleibe Osteuropa ein großer Chancenraum, so Harms: „Das Handelsvolumen mit den 21 Ost-Ausschuss-Ländern kletterte in den ersten fünf Monaten 2017 um gut zehn Milliarden Euro auf insgesamt 52 Milliarden Euro.“ Dies entspricht einem Zuwachs von 22 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Dabei legten die deutschen Exporte in 21 osteuropäische Länder um 18 Prozent zu, die deutschen Importe aus der Region kletterten sogar um 27 Prozent. Erstmals nach einer langen Reihe von Krisenjahren gebe es wieder eine Lage, in der fast alle Ost-Ausschuss-Länder gleichzeitig Zuwächse verzeichneten. Ausnahmen sind Belarus und Aserbaidschan. Für beide Länder geht der Ost-Ausschuss aber für das kommende Jahr von einer Erholung aus. Insbesondere die positive Entwicklung in Südosteuropa sehe der Verband mit Freude. Gleiches gilt für die Ukraine, deren Exporte in die EU zuletzt anzogen. Die Zusammensetzung der Ausfuhren, die sich derzeit größtenteils auf Agrarprodukte und Rohstoffe stützen, sei jedoch „unzureichend“. Die Ukraine müsse dringend mehr Industriegüter exportieren. Positiv bewertete Harms eine „großartige Reform bei staatlichen Ausschreibungen“ im Land. Gleichzeitig bleibe die vorherrschende Korruption ein großes Problem. Ausdrücklich nannte Harms auch die Entwicklung in Usbekistan positiv. Politisch sei das Land nach dem Führungswechsel Ende vergangenen Jahres stabil geblieben, wirtschaftlich beobachte man eine langsame Öffnung. Es gebe „erste vorsichtige Reformen und eine sehr positive Entwicklung“, so der Geschäftsführer des Ost-Ausschuss.

## 1.20. Ost-Ausschuss über neues Sanktionsdiktat aus Washington: "America first in einer neuen Dimension" (RT)

Russia Today, 27.07.2017, <https://deutsch.rt.com/wirtschaft/54760-ost-ausschuss-uber-neues-sanktionsdiktat/>

**Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft hielt am 27. Juli eine Pressekonferenz zu den jüngst beschlossenen US-Sanktionen gegen Russland. Er bezeichnete die Versuche Washingtons als eine neue Dimension der America-First-Politik, die weitreichende Folgen für Europa haben wird.**

Angesichts der beschlossenen Sanktionen fand die Pressekonferenz der Amerikaner regen Zuspruch. Wirtschaft und Politik in Deutschland sind besorgt über die Konsequenzen dieser Sanktionen für Deutschland und die gesamte EU. Michael Harms, der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, sah in den Sanktionsversuchen aus Washington eine neue Dimension "der America First-Politik" gegen Jobs in Europa und für mehr Arbeitsplätze in den USA.

Der Ost-Ausschuss besteht seit dem Jahr 1952 und ist die älteste und größte Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft mit 5 großen Trägerverbänden. Er ist in insgesamt 21 Ländern Osteuropas und Zentralasiens aktiv. Die konjunkturelle Entwicklung in Osteuropa und Südeuropa beschrieb Hermes als positiv. Trotz bestehender Sanktionen wuchs der Handel mit Russland. Die russische Wirtschaft verzeichnete ein Plus zwischen 1-2 Prozent in diesem Jahr, welches sich im Handel abzeichnet. Die Exporte mit Russland stiegen um 28 Prozent. Die Prognose aus dem Jahr 2016 für den Handel mit Russland muss der Ostausschuss abermals nach oben korrigieren. Russland habe den "Doppelschock" gut verkraftet. Eines der wichtigste Projekte war die Grundsteinlegung für das Mercedes-Werk bei Moskau:

„Auch Familien- und Mittelständische Unternehmen investieren in Russland durch die Vorteile, die man dort als lokaler (deutscher) Produzent genießt. „

Der Ost-Ausschuss gab ein Positionspapier heraus, welches Stellung zu den geplanten Sanktionen bezieht, die vor allem deutsche Unternehmen treffen. Die deutsche Wirtschaft halte sich vollständig an bestehende Sanktionen und würde diese stets übererfüllen. So wie das Gesetz der USA jetzt formuliert ist, würden europäische Unternehmen zur "Zielscheibe" der USA. Nicht nur Nordstream II sei betroffen, die Sanktionen hätten weitreichendere Folgen. Sie zielten auf alle Unternehmen ab, die an der weiteren Modernisierung Russlands teilhaben. Besorgniserregend sah Harms auch, dass die russische Eisenbahn von Sanktionen betroffen sein könnte. Diese sei ein verlässlicher Partner für deutsche Unternehmen. Die USA wollten sich Vorteile verschaffen und ihr Flüssiggas in Europa verkaufen. Harms sagte, es sei inakzeptabel, dass Washington über Europa entscheide. Die Verunsicherung bei Unternehmen in Europa sei nun groß und es muss befürchtet werden, mit den eigenen Projekten, für die sie das Risiko tragen, unter die Sanktionen zu fallen.

„Durch Vermischung von eigenen wirtschaftlichen Interessen mit den Sanktionen ist der Konsens mit den Europäern aufgekündigt worden“

Harms begrüßte die klare Reaktion des EU-Präsidenten:

„Europäische Wirtschaftsinteressen müssen geschützt werden.“

Bereits vier Millionen Euro sind in das Projekt Nordstream II geflossen. Das Risiko tragen die Unternehmen. Die Sanktionen schädigen den freien Handel. Ein liberaler Markt garantiert die Unabhängigkeit von Monopolisten und bessere Preise. In Bezug auf Russland herrschte bisher Optimismus. Große Fortschritte gab es auch im Austausch von Fachkräften mit Russland und der Implementierung einer dualen Berufsausbildung. Diese ist in Russland nun für deutsche Unternehmen steuerlich absetzbar -eine große Hilfe für die Wirtschaft.

Harms hofft darauf, dass das Gesetz nicht Wirklichkeit wird:

„Wenn der schlimmste Fall eintritt und Deutsche und europäische Partner betroffen sind, wenn das alles so eintreten würde, ist eine Reaktion der EU-Kommission angemessen. Wie die aussehen wird, darüber möchte ich nicht spekulieren.“

Nach dem Votum des US-Repräsentantenhauses für neue Sanktionen gegen Russland droht die EU-Kommission nun mit Vergeltungsmaßnahmen gegen die USA. Der US-Gesetzentwurf sei zwar nachgebessert worden, könnte aber immer noch Auswirkungen auf europäische Unternehmen haben, die an russischen Energieprojekten beteiligt sind, erklärte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am Mittwoch.

## 1.21. Russland-Geschäft zieht trotz Sanktionen wieder an (n-tv)

n-tv, 27.07.2017, <http://www.n-tv.de/ticker/Russland-Geschaef-zieht-trotz-Sanktionen-wieder-an-article19955624.html>

**Die Russland-Geschäfte der deutschen Unternehmen ziehen trotz der westlichen Sanktionen wieder deutlich an. Der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft rechnet in diesem Jahr mit einem weit stärkeren Zuwachs als bisher angenommen.**

Anfang des Jahres hatte die Interessenvereinigung, die deutsche Firmen in 20 osteuropäischen Ländern unterstützt, im deutsch-russischen Handel für 2017 mit einem Ausfuhrplus von mindestens zehn Prozent gerechnet. Nach starken ersten Monaten dieses Jahres aber dürfte die Steigerung deutlich höher ausfallen, hieß es. Allein von Januar bis März kletterten die deutschen Exporte nach Russland nach früheren Angaben um gut 32 Prozent. Insgesamt komme der Handel mit Ost- und Südosteuropa wieder in Schwung. Genaue Zahlen für das laufende Jahr will der Ost-Ausschuss am Donnerstag in Berlin vorlegen. Die deutschen Handelsgeschäfte mit Russland haben in den vergangenen Jahren unter anderem unter den Sanktionen gelitten, die die EU wegen der Annexion der Krim verhängt hatte. Moskau reagierte auf diese wiederum mit Gegenmaßnahmen. Der Ost-Ausschuss plädiert dafür, einen neuen Ansatz in der Sanktionspolitik zu suchen. "Die bestehenden Sanktionen haben zweifellos Schaden angerichtet", sagte Geschäftsführer Michael Harms. "Dennoch hat sich Russland relativ schnell durch eine sehr kluge Zentralbank-Politik gefangen und ist finanziell in einem sehr guten Zustand." Die Bestimmung mit Blick auf den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, wonach Sanktionen nur bei vollständiger Erfüllung des Minsker Abkommens reduziert werden, sollte überdacht werden, sagte Harms. Er sprach sich dafür aus, im Fall von substanziellen Fortschritten wie etwa einem Waffenstillstand in der Ostukraine mit dem schrittweisen Ausstieg aus den Sanktionen zu beginnen. Russland war ab 2014 vor allem durch die Kombination aus Sanktionen, Ölpreisverfall und abgewertetem Rubel nach den Worten von Harms "dramatisch" getroffen worden. Die Wirtschaft habe sich aber inzwischen ganz gut gefangen. Dank des günstigen Rubelkurses sei die heimische Ökonomie angekurbelt worden. Die lokale Produktion habe zugenommen, Importe seien durch Inlandsfertigungen ersetzt worden. Die Gegensanktionen gegen europäische Hersteller hätten die russische Landwirtschaft gestärkt. Auch der Privatkonsum ziehe wieder an. Davon profitierten auch deutschen Unternehmen. Seit dem zweiten Halbjahr 2016 gehe es bei deutschen Handelsgeschäften mit Russland langsam wieder bergauf. "Und in diesem Jahr sehen wir bislang eine sehr erfreuliche Entwicklung. Der deutsch-russische Handel springt an, und es wird auch wieder mehr in Russland investiert." Positiv sei die Tendenz auch für die Ukraine. Der deutsch-ukrainische Handel habe sich 2017 ebenfalls deutlich belebt, das Land habe "fantastische" Reformen auf den Weg gebracht. "Für die Größe und wirtschaftliche Bedeutung, die die Ukraine haben könnte, ist der Nachholbedarf allerdings noch sehr groß", sagte Harms. Dies sei aber fraglos auch eine Folge des Konfliktes in der Ostukraine.

## 1.22. Deutsche Unternehmen bauen Geschäfte mit Russland aus (DWN)

Deutsche Wirtschafts Nachrichten, 27.07.2017, <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2017/07/27/deutsche-unternehmen-bauen-geschaefte-mit-russland-aus/>

### **Das Handelsgeschäft zwischen deutschen Unternehmen und Russland zieht seit einigen Monaten merklich an. Der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft plädiert für Sanktionen gegen die USA, falls sich der Druck aus Washington zuspitzt.**

Das deutsche Exportgeschäft nach Russland zieht nach den Einbrüchen in den vergangenen Jahren im Zuge der westlichen Sanktionen wieder deutlich an, berichtet Reuters. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) teilte am Donnerstag mit, dieses Jahr mit einem Wachstum bei den Ausfuhren von 20 Prozent zu rechnen. Damit wurde die bisherige Schätzung für das Russland-Geschäft verdoppelt. In den ersten fünf Monaten lag das Plus bei 28 Prozent. „Die Sanktionen sind weiter eine Bremse“, sagte OA-Geschäftsführer Michael Harms. Dennoch werde es in Russland 2017 ein Wirtschaftswachstum von ein bis zwei Prozent geben. Auch in andere Länder Osteuropas und Zentralasiens lieferten deutsche Unternehmen zuletzt deutlich mehr Waren. „Osteuropa meldet sich als Wachstumsregion für die deutsche Wirtschaft zurück“, so Harms. „Die deutschen Exporte nach Osteuropa wachsen derzeit fast dreimal so stark wie der gesamte deutsche Export“. In den ersten fünf Monaten stieg das Handelsvolumen in die Region um mehr als ein Fünftel auf 52 Milliarden Euro. Die Exporte nahmen dabei um 18 Prozent zu, die Importe aus der Region um 22 Prozent.

Der Ost-Ausschuss hält notfalls Sanktionen gegen die USA für erforderlich, um Auswirkungen von neuen amerikanischen Strafmaßnahmen gegen Russland auf hiesige Firmen zu beantworten. „Ich muss sagen, das ist natürlich das allerletzte, was wir uns wünschen“, sagte Harms. „Aber wir müssen uns diese Möglichkeit offenhalten“, ergänzte er. Auch die Bundesregierung hat vor den von den USA geplanten neuen Sanktionen gegen Russland gewarnt, berichtet AFP. Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) sagte am Donnerstag im ARD-Morgenmagazin, sie seien „ein weiterer Punkt in dem ohnehin gerade nicht einfachen Verhältnis, der uns Kummer macht“. Deutsche Unternehmen mit Investitionen in Russland drohten durch die neuen Strafmaßnahmen in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Das US-Repräsentantenhaus hatte am Dienstag neue Sanktionen gegen Russland beschlossen. Das Gesetz muss noch den Senat passieren. Die Bundesregierung befürchtet, es könne den Weg zu Sanktionen auch gegen deutsche und andere europäische Firmen ebnen, die mit Russland im Energiesektor kooperieren. Unter anderem geht es um die Pipeline Nord Stream II, durch die ab 2019 Erdgas aus Russland nach Deutschland geliefert werden soll. Zypries sagte dazu: „Gut ist die Situation nicht.“ Deutsche Unternehmen bemühten sich mit Recht um Investitionen in Russland, und sie bräuchten auch die Pipeline. Zugleich warb die SPD-Politikerin um ein gemeinsames Vorgehen mit Washington. „Das wäre auf alle Fälle richtiger, als wenn die Amerikaner jetzt einen isolierten Weg gehen.“ Der Russlandbeauftragte der Bundesregierung, Gernot Erler (SPD), sagte, in dem US-Gesetzestext werde nur die Pipeline Nord Stream II genannt, „aber tatsächlich könnte jede europäisch-russische Kooperation in der Energieversorgung (...) sanktioniert werden“. Auch „Reparaturarbeiten an Pipelines, von denen die EU-Energieversorgung abhängt“, könnten betroffen sein, sagte er der Neuen Osnabrücker Zeitung. Erler brachte die geplante Ausweitung der Russland-Sanktionen mit der „America First“-Politik von US-Präsident Donald Trump in Verbindung. Die US-Regierung sehe den Export eigener Energieressourcen als Priorität an, um in den USA Arbeitsplätze zu schaffen und die US-Außenpolitik zu stärken. Die Energieexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Claudia Kemfert, nannte die geplanten US-Sanktionen einen „Wirtschaftskrieg der USA gegen Russland und Europa“. Der FDP-Europaabgeordnete Alexander Graf Lambsdorff sagte, wenn die USA Russland bestrafen wollten, dürften sie nicht Europa treffen. Allerdings sei das Problem „überschaubar“. Der Grünen-Europaabgeordnete Reinhard Bütikofer stellte dagegen die Bedeutung von Nord Stream II in Frage. „Das Projekt ist volkswirtschaftlich nicht sinnvoll“, sagte er der Bild-Zeitung. „Es widerspricht den Kernzielen der europäischen Energiepolitik“. Bütikofer zufolge erhöht die Pipeline „die Gas-Abhängigkeit von Russland und verletzt Interessen unserer östlichen Nachbarn, vor allem Polens“.



Polen will selbst mit Hilfe der Amerikaner zu einem Energie-Hub in Europa werden. Für die Versorgungssicherheit Deutschlands sei das Projekt nicht notwendig.

### **1.23. Neue Sanktionen bedrohen Aufschwung im Ost-Handel – EU-Gegenmaßnahmen erforderlich (Sputnik)**

Sputnik, 27.07.2017, <https://de.sputniknews.com/wirtschaft/20170727316781694-neue-sanktionen-bedrohen-aufschwung-im-ost-handel/>

**Auf bedrohliche Risiken, die mit der von den USA geplanten Verschärfung von Russland-Sanktionen für die EU-Wirtschaft und unter anderem für europäischen Russland-Geschäfte verbunden sind, hat der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft am Donnerstag in Berlin verwiesen.**

"Unsere Position ist klar", sagte der Geschäftsführer des Ausschusses Michael Harms vor Journalisten. „Ohne Fortschritte im Friedensprozess kann es auch keinen Abbau der Sanktionen geben. Wir sollten aber eine schrittweise Umsetzung des Minsker Friedensabkommens durch Russland auch mit einem Schrittweisen Abbau der Sanktionen unterstützen. So fordert es übrigens auch der Bundesaußenminister.“ Seit drei Jahren sind die westlichen Sanktionen gegenüber Russland nun in Kraft. Trotzdem hat sich die russische Wirtschaft in diesem Jahr wieder gefangen. Russland habe den Doppelschock aus sinkenden Ölpreisen und aus Sanktionen erstaunlich gut verkraftet, so Harms. Die Investitionsbedingungen im Inland seien deutlich verbessert worden und die Attraktivität für Investoren sei auch gestiegen. Das liege auch am günstigen Rubelkurs.

Der deutsch-russische Handel kommt wieder in Gang, in den ersten fünf Monaten dieses Jahres stiegen die deutschen Ausfuhren nach Russland um über 28 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Das Handelsvolumen kletterte im selben Zeitraum um fast 32 Prozent. Harms schildert dahingehend:

"Es gibt wieder wichtige Leuchtturmprojekte der deutschen Wirtschaft, zum Beispiel wie die kürzlich erfolgte Grundsteinlegung des Mercedeswerkes bei Moskau, aber auch viele mittelständische Unternehmen bewegen sich nach Russland. Viele Familienunternehmen investieren. Das hat vor allen Dingen mit den Kostenvorteilen durch die Rubelabwertung zu tun, aber auch durch die Vorteile, die man als lokaler Produzent mittlerweile in Russland genießt."

Für das gesamte Jahr 2017 rechnet der Ost-Ausschuss nun mit einem stärkeren Anstieg der Russland-Exporte als bisher. Geschäftsführer Michael Harms hält ein Plus von 20 Prozent für realistisch. Anfang des Jahres hatte man nur mit zehn Prozent gerechnet. Dieser positive Trend würde nun durch die neu geplanten US-Sanktionen gefährdet. Kritiker unterstellen den USA, mit dem Vorgehen gegen russische Gasexporte Marktanteile für eigenes Flüssiggas (englisch: liquefied natural gas — LNG) sichern zu wollen. In dem Gesetzentwurf drücken die Abgeordneten etwa ihre Ablehnung der geplanten Gasleitung Nord Stream 2 aus, die von Russland nach Deutschland führen soll. Auch Harms schlussfolgert:

"Es geht also um mehr Jobs in den USA und dies letztendlich auf Kosten von Europa. Wie gesagt, das steht auch so im Gesetz drinnen. Es ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel, das über die europäische Energieversorgung entschieden wird, dass die europäische Wirtschaft am Ende teurere LNG beziehen müsste und Teile ihrer Wettbewerbsfähigkeit einbüßt."

Im Mittelpunkt würden dabei Sanktionen nicht etwa nur gegen US-Unternehmen sondern, sondern schlicht gegen alle Unternehmen die am Bau, der Reparatur, oder der Modernisierung russischer Exportpipelines mitwirken. Die Stimmung unter den großen deutschen Energieunternehmen, auch auf der Top Ebene und auch bei anderen Unternehmen ist dementsprechend sehr schlecht in diesem Zusammenhang, berichtet Harms. Aus diesen Gründen sind die Sanktionen für den Ost-Ausschuss auch absolut inakzeptabel, wie der Geschäftsführer darlegt:

"Wir kritisieren diese Sanktionen als absolut inakzeptabel, sollten die so in Kraft treten. Sie schaden der Energieversorgung Deutschlands. Sie schwächen auch unsere gemeinsame Position gegenüber Russland und dieses unilaterale exterritoriale Handeln ist etwas, was wir grundsätzlich ablehnen."

Der Interessenverband fordert, dass Auswirkungen von US-Sanktionen auf europäische Firmen ausgeschlossen werden. Sollte es dafür keine Garantien geben sind Gegensanktionen der Europäischen Union (EU) zu prüfen um europäische Wirtschaftsinteressen zu schützen. Auch einen Handelskrieg zwischen der EU und den USA will Michael Harms nicht ausschließen.

## **1.24. Härtere Russland-Sanktionen – USA riskieren Handelskrieg (WR)**

Westfälische Rundschau, 27.07.2017, <https://www.wr.de/politik/haertere-russland-sanktionen-usa-riskieren-handelskrieg-id211388019.html>

Die USA planen die Sanktionen gegen Russland zu verschärfen. Es würde auch die deutsche Wirtschaft treffen. Die Regierung ist alarmiert. Eigentlich hatte die deutsche Wirtschaft im Russland-Geschäft gerade wieder Hoffnung geschöpft. Drei Jahre nach Beginn der westlichen Sanktionen gegen Russland im August 2014 zieht der deutsch-russische Handel kräftig an. Doch ausgerechnet jetzt droht eine neue, schwere Krise: Die USA wollen ihre Strafmaßnahmen gegen Russland verschärfen – sie gefährden damit, womöglich absichtlich, die Geschäfte deutscher und europäischer Unternehmen im Osten. Bundesregierung und EU sind alarmiert: Sie fürchten Schaden für die heimische Wirtschaft und drohen Washington bereits offen mit Vergeltungsmaßnahmen. Steht ein Handelskrieg mit den USA bevor? „Das wäre ganz schlecht“, sagte am Donnerstag Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD). Aber sie betonte: „Es gibt die Möglichkeit von Gegensanktionen“.

### **Die USA wollen russische Erdgasexporte erschweren**

Auslöser des Konflikts: Das US-Repräsentantenhaus hat mit überwältigender Mehrheit einen Gesetzentwurf verabschiedet, der die Sanktionen gegen Russland, aber auch gegen den Iran und Nordkorea verschärft. Russland soll für die Annexion der ukrainischen Krim, die Unterstützung des Assad-Regimes im syrischen Bürgerkrieg und für die vermutete Einflussnahme auf die US-Präsidentenwahl härter bestraft werden. Ziel ist diesmal vor allem der Export von russischem Erdgas. Einzelpersonen und Unternehmen müssen Strafen befürchten, wenn sie Russland bei Bau, Betrieb, Modernisierung oder der Wartung von Pipelines zum Erdgasexport unterstützen. Wohl kein Zufall, denn beim Gas liefern sich USA und Russland einen heftigen Wettbewerb. Obwohl es sich um ein amerikanisches Gesetz handelt, wären auch europäische Unternehmen betroffen – in Deutschland etwa BASF und Eon. Der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft warnte am Donnerstag: „Insgesamt gibt es rund 90 russische Exportpipelines. Bei vielen dieser Projekte geht es auch um europäische Partner und Arbeitsplätze“, sagte Geschäftsführer Michael Harms. Ausdrücklich verhindern wollen die USA die Ostsee-Pipeline Nordstream 2, an dem Unternehmen aus Deutschland, den Niederlanden, Frankreich und Großbritannien mitwirken. Die Pipeline soll ab 2019 russisches Erdgas durch die Ostsee nach Deutschland liefern. Sie ist auch in Europa umstritten, die EU-Kommission hat sich bereits eingeschaltet. Aber die amerikanische Intervention hat eine neue Qualität.

### **Wirtschaft sieht Eingriff in die deutsche Energieversorgung**

Und auch viele weitere Vorhaben könnten ins Visier geraten, heißt es bei Wirtschaftsverbänden. Die Auswahl würde dem US-Präsidenten überlassen. „Das Gesetz schwebt wie ein Damoklesschwert über europäischen Firmen, die sich im Energiesektor engagieren“, warnte Harms. Viele Unternehmen seien bereits verunsichert, ob sie Nachteile auf dem US-Markt erleiden müssten. Die Gefechtslage in Washington ist allerdings ungewöhnlich. Auch im US-Senat zeichnet sich jetzt eine breite Zustimmung von Republikanern und Demokraten ab. Doch Präsident Donald Trump ist eigentlich gegen neue Sanktionen. Unterschreibt er das Gesetz trotzdem? Der Präsident kann sich ein Veto kaum leisten angesichts der großen Mehrheit im Kongress; und Trump steht ja ohnehin im Verdacht einer zu großen Nähe zu Moskau. In der deutschen Wirtschaft, aber auch in der Bundesregierung ist die Empörung auch deshalb so groß, weil hinter den Sanktionen handfeste Wirtschaftsinteressen vermutet werden: Die USA dürften die Sanktionen nutzen, um die eigenen Energieexporte anzukurbeln. Sie planen ja bereits den Bau von Flüssiggasterminals in Europa. Wirtschaftsverbände warnen, ein Ziel der USA sei

es, die Förderung der eigenen Schiefergasindustrie auf Kosten europäischer Konkurrenz zu unterstützen. Der Ostausschuss spricht von einem „fundamentalen Eingriff in die europäische Energieversorgung“. Folge könnten „steigende Energiepreise und eine sinkende Wettbewerbsfähigkeit“ der europäischen Wirtschaft sein. Auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag fürchtet empfindliche Schäden für die Wirtschaft, wenn wichtige Projekte für die Versorgungssicherheit zum Stillstand kämen.

#### **Der Gesetzentwurf wurde schon auf Druck von Diplomaten entschärft**

So drastisch formuliert es die Bundesregierung nicht. Denn Diplomaten der EU und Deutschlands konnten bei Gesprächen in Washington den Gesetzentwurf entschärfen, wie es in Berlin heißt. So wird jetzt geregelt, dass sich der US-Präsident vor der Verhängung von Sanktionen mit den Verbündeten abstimmen soll – wobei unklar bleibt, wie das im Einzelfall aussehen soll. Grundsätzlich macht die Bundesregierung klar, dass sie solche Sanktionen mit extraterritorialer Wirkung, die also Drittstaaten betreffen, ablehnt. Der Regierungskordinator für die Beziehungen zu den USA, Jürgen Hardt, nennt sie „völkerrechtswidrig“. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker droht den USA bereits mit Gegenschlägen, wenn europäische Firmen von Sanktionen betroffen sein sollten: „Wir sind bereit, innerhalb von Tagen adäquat zu reagieren.“ Aber auch Russlands Präsident Wladimir Putin gibt sich gewappnet: Die Sanktionen seien illegal, eines Tages müsse sich Russland rächen.

### **1.25. US-Sanktionspläne gegen Russland: Zypries warnt vor Handelskrieg (Merkur)**

Merkur, 27.07.2017, <https://www.merkur.de/politik/us-sanktionsplaene-gegen-russland-zypries-warnt-vor-handelskrieg-zr-8524322.html>

Die US-Pläne für eine Ausweitung der Sanktionen in Russland sorgen weiter für erhebliche Unruhe in der deutschen Wirtschaft und Bundesregierung. Die Grünen haben da eine ganz andere Sicht. Die deutsche Wirtschaft bleibt besorgt. Berlin - Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries hat angesichts der US-Pläne für schärfere Sanktionen gegen Russland vor einem Handelskrieg gewarnt. „Das wäre ganz schlecht“, sagte die SPD-Politikerin am Donnerstag in Berlin in der ARD. Sie lehnte einseitige neue US-Sanktionen gegen Russland ab und mahnte ein gemeinsames Vorgehen an. „Das wäre auf alle Fälle richtiger, als wenn jetzt die Amerikaner einen isolierten Weg gehen.“ Kritiker werfen dem US-Kongress vor, mit dem Vorgehen gegen russische Energieunternehmen wirtschaftliche Interessen zu verfolgen. Die deutsche Wirtschaft ist alarmiert, da die US-Pläne auch Unternehmen träfen, die etwa am Ausbau russischer Exportpipelines beteiligt sind.

#### **„Das ist ein weiterer Punkt, der uns Kummer macht“**

Das US-Repräsentantenhaus hatte mit großer Mehrheit einen Gesetzentwurf zu neuen Sanktionen gegen Russland wegen der Ukraine-Krise verabschiedet. Die USA stimmten sich dazu nicht mit den Europäern ab. Gefragt, ob dies die deutsch-amerikanischen Beziehungen weiter verschlechtere, antwortete Zypries: „Das ist ein weiterer Punkt in dem ohnehin gerade nicht einfachen Verhältnis, der uns Kummer macht.“ Bevor das Gesetz in Kraft tritt, muss noch der US-Senat zustimmen. Auch US-Präsident Donald Trump muss es noch unterschreiben. Die EU rüstet sich bereits für mögliche Gegenmaßnahmen. Das Auswärtige Amt hatte zuvor mit Blick auf den Gesetzentwurf von leichten Verbesserungen gegenüber früheren Plänen gesprochen. An vielen Stellen sei nun vermerkt, dass sich der US-Präsident vor Sanktionen mit den europäischen Partnern konsultieren müsse - auch in der wichtigen Frage russischer Energielieferungen nach Europa. Die US-Pläne träfen auch internationale Unternehmen, die an Ausbau, Modernisierung oder Erhalt russischer Exportpipelines beteiligt seien, warnte erneut der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft. „Dies wäre ein fundamentaler Eingriff in unsere europäische Energieversorgung und würde zu steigenden Energiepreisen und einer sinkenden Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft führen“, sagte Geschäftsführer Michael Harms. Es gebe rund 90 russische Exportpipelines.

### **„Wie ein Damoklesschwert über europäischen Firmen“**

Ausdrücklich verhindern wollen die USA dem Ost-Ausschuss zufolge das Ostsee-Pipelineprojekt Nordstream 2 zur Erdgasversorgung Europas, an dem auch Firmen aus Deutschland, den Niederlanden, Frankreich und Großbritannien mitwirkten. Es könnten weitere Projekte ins Visier geraten, warnte Harms. Die Auswahl werde dem US-Präsidenten überlassen. Dieser solle zuvor zwar Verbündete der USA konsultieren. Aber das Gesetz schwebe nun „wie ein Damoklesschwert über europäischen Firmen, die sich im Energiesektor engagieren“. Der Grünen-Politiker Oliver Krischer dagegen nannte die möglichen US-Sanktionen im Energiebereich gegenüber Russland richtig. „Niemand braucht eine zusätzliche Gaspipeline NorthStream2 durch die Ostsee außer Herr Putin und seine Freunde im Westen.“ Wenn russisches Erdgas nur noch durch die Ostsee fließe und nicht mehr durch die Ukraine, drohe der Konflikt dort zu eskalieren. Russland brauche dann keine Rücksicht mehr auf einen sicheren Gastransit nehmen und könne besser die Regierung in Kiew destabilisieren. Tatsache sei, dass US-Fracking-Gas nur in geringem Umfang exportiert werde. Wenn überhaupt, landet es in Asien und nicht in Europa. Linken-Chef Bernd Riexinger nannte eine neuerliche Verschärfung der US-Sanktionen gegen Russland „außenpolitisch dumm und wirtschaftspolitisch gefährlich“. Sie stärkten die Macht des russischen Präsidenten Wladimir Putin und gefährdeten Arbeitsplätze und Energieversorgung in Deutschland und Europa. „Die Bundesregierung muss diesem Eskalationskurs der USA entschieden entgegen treten und dafür das Vasallentum gegenüber den USA aufgeben.“ Es sei an der Zeit, als Antwort auf den US-Kurs mit dem Abbau der europäischen Sanktionen gegenüber Russland zu beginnen.

### **1.26. Deutsche Wirtschaft schlägt Ausweg aus Situation um Siemens-Gasturbinen vor (Sputnik)**

Sputnik, 27.07.2017, <https://de.sputniknews.com/wirtschaft/20170727316772867-deutschland-wirtschaft-harms-siemens-ausweg/>

**Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft ist gegen einen möglichen Ausstieg des Siemens-Konzerns aus dem russischen Markt. Anlass ist die Debatte um Turbinen des Unternehmens auf der Krim. Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms sieht einen Siemens-Vorschlag als möglichen Ausweg aus der entstandenen Situation.**

Harms sagte am Donnerstag in Berlin: „Bisher ist der Siemens-Vorschlag, die Turbinen zurückzukaufen, gültig. Ich verstehe nicht ganz, warum die russische Seite auf solch eine einfache, für alle Seiten günstige Entscheidung verzichtet hat. Derzeit ist die öffentliche Resonanz so groß, dass man einen bestimmten negativen Effekt nicht vermeiden kann, aber im legalen Plan könnte dies eine Problemlösung sein.“ Der Chef des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft verwies darauf, dass der Skandal um die Lieferung der Siemens-Turbinen auf die Halbinsel Krim die Verhandlungen und Abschlüsse anderer Unternehmen mit Partnern in Russland beeinträchtigen kann. „Ich denke, dass alle Projekte, die nur in der Nähe von einer potenziellen Sanktionsverletzung sein werden, nochmals aufmerksam geprüft werden. Falls es irgendwelche Zweifel gibt, werden die Firmen keine Deals schließen.“

Gefragt nach einem möglichen Ausstieg des deutschen Siemens-Konzerns aus dem russischen Markt sagte Harms:

**„Natürlich unterstützen wir dies nicht. Wir verstehen, dass Siemens derzeit alle Projekte mit Energieunternehmen mit der staatlichen Teilnahme Russlands daran eingestellt hat, das ist ein erzwungener Schritt. Siemens befindet sich seit 165 Jahren in Russland, das ist ein Schlüsselmarkt für das Unternehmen. Wir sind sehr zufrieden und die russische Regierung ist mit dem Vorgehen von Siemens zufrieden.“**

Das Unternehmen mache „ein phantastisches Geschäft“, so der Wirtschaftsvertreter, der hinzufügte: „Es wäre sehr traurig, wenn dies es stören würde.“ Siemens hatte am vergangenen Freitag erklärt, dass

alle vier Gasturbinen, die für ein Projekt auf der Taman-Halbinsel bestimmt gewesen seien, „rechtswidrig“ auf die Krim gebracht worden seien. Der Konzern schlug vor, den entsprechenden Vertrag zu lösen. Siemens wolle außerdem die Lizenzabkommen mit russischen Unternehmen kündigen, die Lieferungen von Energieausrüstungen an russische Staatsunternehmen aussetzen und neue Kontrollmaßnahmen beschließen, hieß es.

## 1.27. Die EU und ihr See aus trockener Milch (DW)

Deutsche Welle, 27.07.2017, <http://www.dw.com/de/die-eu-und-ihr-see-aus-trockener-milch/av-39863774>

### **Eine Woche vor dem Diesel-Gipfel in Berlin +++ Ein elektrischer Roller aus Taiwan soll Europa erobern +++ Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft droht USA mit Sanktionen +++ Die EU sitzt auf 300.000 Tonnen Milchpulver**

Beim Kartellvorwurf, der gegen die deutschen Autobauer erhoben wird, geht es beileibe nicht nur um Dieselfahrzeuge oder um unlauteres Geschäftsgebaren in diesem oder jenem Fall - inzwischen geht es um's Ganze. In der Woche vor dem sogenannten Diesel-Gipfel in Berlin erklärt der Automobil-Experte Ferdinand Dudenhöffer, was in Berlin wirklich auf die Tagesordnung gehört. Das Fahrzeug, um das es hier gehen soll, wird die deutsche Mobilität nicht revolutionieren. Aber es gehört ins Bild. Denn der Motorroller Gogoro aus Taiwan läuft - elektrisch. Nun setzt das Modell, von dem gerade eine neue Variante vorgestellt wurde, zum Sprung nach Europa an. Gerade machen die USA wieder den Weg frei für weitere Sanktionen gegen Russland, da meldet der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft dies: Für 2017 sei im Handel mit Russland aus deutscher Sicht mit einem Wachstum von 20 Prozent zu rechnen. Und von den USA will sich der Ost-Ausschuss aber mal gar nichts vorschreiben lassen. Ganz im Gegenteil. 300.000 Tonnen Milchpulver hat die EU-Kommission inzwischen angehäuft – angeblich, um notleidenden Milchbauern zu helfen. Aber nun das: Brüssel bekommt die pulverisierte Milch einfach nicht los! Wie kann das sein? Wer ist Schuld? Und: Was passiert jetzt mit dem Milchpulver?

## 1.28. Als Zypries raunte (Kommentar) (Die Welt)

Die Welt, 28.07.2017, [https://www.welt.de/print/die\\_welt/debatte/article167128865/Als-Zypries-raunte.html](https://www.welt.de/print/die_welt/debatte/article167128865/Als-Zypries-raunte.html)

Man könne sich „ein Stück weit“ nicht mehr auf die USA verlassen, befand Angela Merkel neulich. Die Kritik wäre einleuchtender, käme sie von einer Regierung, die sich immer als verlässliche Verbündete Amerikas erwiesen hätte. Dem ist nicht so. Die Reaktion von Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries auf die dem US-Senat vorliegenden Sanktionsbeschlüsse gegen Russland erinnern eher an Trump-Tweets der abstruseren Art. Die Sanktionen könnten das Ziel verfolgen, deutschen Unternehmen zu schaden, die im Gasgeschäft mit Russland tätig sind, und der amerikanischen Fracking-Industrie zu nutzen, raunte die SPD-Ministerin. Eine Verschwörungstheorie, die ihr anscheinend vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft eingeflüstert wurde. Der beklagte, die US-Sanktionen gefährdeten den Bau neuer Pipelines wie etwa Nordstream2, die russisches Gas nach Europa bringen sollen und für die etwa Zypries' Parteifreund Gerhard Schröder Lobbyarbeit macht. Das ist ein durchsichtiger Versuch, den Antiamerikanismus zugunsten von Projekten zu mobilisieren, die bereits innerhalb der Europäischen Union und in der Ukraine auf Widerstand stoßen. Die Osteuropäer sehen Nordstream2 mit Sorge, weil die Pipeline – wie schon Nordstream1 – die Abhängigkeit Deutschlands von russischer Energie erhöht. Da die Rohre sowohl die Ukraine als auch Polen und die baltischen Staaten umgehen, könnte Wladimir Putin das Gas gezielt als Waffe gegen sie benutzen, ohne Deutschland abzuschneiden. So hofft er, die EU-Front gegen Russlands Annexion der

Krim und Aggression in der Ostukraine aufzuweichen und Europas Sanktionsregime zu Fall zu bringen. Weil sich Deutschland mit der Befürwortung von Nord-stream2 in Europa isolierte, galt das Projekt schon vor den neuen US-Sanktionen als politisch tot. Mit den Sanktionen antwortet der Kongress auf die Einmischung Russlands in den Präsidentschaftswahlkampf 2016. Deutschland hätte allen Grund, Amerika zu unterstützen. Auch bei uns versuchen Kreml-Lobbyisten, Medien, Verbände, Parteien und Regierungsmitglieder zu beeinflussen. Hier gilt es zu zeigen, dass sich der Westen nicht auseinanderdividieren lässt und dass sich Amerika nicht nur „ein Stück weit“ auf uns verlassen kann.

## **1.29. Deutsche Wirtschaft wegen Russland-Sanktionen alarmiert (TS)**

Der Tagesspiegel, 27.07.2017, <http://www.tagesspiegel.de/politik/nach-beschluss-des-us-repraesentantenhauses-deutsche-wirtschaft-wegen-russland-sanktionen-alarmiert/20116652.html>

### **Bundesministerin Zypries kritisiert die Pläne der USA für eine Verschärfung der Wirtschaftssanktionen. Der deutsch-russische Handel kommt gerade wieder in Schwung**

Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries hat vor neuen Russland-Sanktionen der USA gewarnt. Diese Sanktionen seien „ein weiterer Punkt in dem ohnehin gerade nicht einfachen Verhältnis, der uns Kummer macht“, sagte Zypries in der ARD. Deutsche Unternehmen mit Investitionen in Russland drohten durch die Sanktionen in Mitleidenschaft gezogen zu werden, erklärte die Ministerin. Zuvor hatte bereits Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) den Gesetzentwurf in den USA massiv kritisiert. Die Bundesregierung befürchtet, dass mit dem neuen Gesetz auch Sanktionen gegen Firmen verhängt werden, die in das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 investieren, das ab 2019 die bestehende Erdgasleitung durch die Ostsee ergänzen und mehr russisches Gas nach Deutschland bringen soll.

### **Zurück im Geschäft**

EU-Kommissionspräsident Jean- Claude Juncker hatte bereits am Mittwoch mögliche Gegenmaßnahmen angekündigt, ohne näher zu erklären, welche gemeint sein könnten. „Wenn unsere Bedenken nicht ausreichend berücksichtigt werden, sind wir bereit, innerhalb von wenigen Tagen zu reagieren“, warnte Juncker. Für die deutsche Wirtschaft kommt das US-Sanktionsgesetz zur Unzeit. Nach Jahren massiven Rückgangs steigt das Handelsvolumen mit Russland wieder kräftig an – und das trotz der Sanktionen. Diese würden „von deutschen Firmen absolut korrekt und transparent beachtet“, versicherte Michael Harms, Geschäftsführer des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, am Donnerstag. In den ersten fünf Monaten 2017 ist im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres ein Wachstum von knapp 32 Prozent zu verzeichnen: von 18,5 auf 24,4 Milliarden Euro.

### **"Wie ein Damoklesschwert"**

Das US-Gesetz schwebt „nun wie ein Damoklesschwert über europäischen Firmen, die sich im Energiesektor engagieren“, sagte Harms. Es gehe um weit mehr als die weitere Nord-Stream-Pipeline, machte er deutlich: „Insgesamt gibt es rund 90 russische Exportpipelines in 13 Länder. Bei vielen dieser Projekte geht es auch um europäische Partner und um europäische Arbeitsplätze.“ Nord Stream 2 sollte „jetzt erst recht umgesetzt werden“, meinte Harms. Die Pipeline werde helfen, die sinkende Förderung innerhalb der EU auszugleichen und die Preise stabil zu halten. Schiefergas, das die USA anbieten, sei wesentlich teurer. Die Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus hatten am Dienstag in ungewöhnlicher Geschlossenheit für einen Gesetzentwurf gestimmt, der Sanktionen gegen den Iran, Russland und Nordkorea ermöglicht. 419 Abgeordnete stimmten für das Gesetz, nur drei dagegen. Der Senat muss den Entwurf noch billigen, seine Zustimmung gilt aber als sicher, weil er einen ersten Entwurf des Gesetzes mit überwältigender Mehrheit gebilligt hatte.

### **Kritik an nationalem Egoismus**

Das Gesetz soll verhindern, dass US-Präsident Donald Trump die von seinem Amtsvorgänger beschlossenen Sanktionen gegen Russland einfach aufhebt und sieht zugleich die Möglichkeit neuer Strafmaßnahmen vor. Im Visier sind dabei Personen, die für Hackerangriffe auf demokratische Institutionen in den USA und im Auftrag der russischen Regierung verantwortlich gemacht werden oder

diejenigen, die Waffen an das syrische Regime liefern. Zum Streitfall zwischen Berlin und Washington wurde jedoch die Tatsache, dass Nord Stream 2 in dem Gesetzentwurf explizit kritisiert wird. Der Ostausschuss verweist darauf, dass in dem US-Gesetzentwurf explizit stehe, die Exporte aus den USA nach Europa sollten angekurbelt, Jobs in den USA geschaffen und die US-Außenpolitik gestärkt werden. „Diese offene Vermischung von politischen Zielen mit eigenen Wirtschaftsinteressen fügt der Akzeptanz der Russland-Sanktionen großen Schaden zu“, erklärte Harms.

### **Kein Automatismus**

Allerdings treten die Sanktionen nicht automatisch in Kraft, sondern es obliegt dem Präsidenten, entsprechende Maßnahmen zu verhängen. Nach massiver Kritik vor allem aus Deutschland und Österreich wurde noch eingefügt, der Präsident möge dies in Absprache mit den Verbündeten entscheiden. Anders als beispielsweise die Bestimmungen über Sanktionen wegen der Hackerangriffe sind die Sanktionen im Energiebereich zudem keine Soll-, sondern nur eine Kann-Bestimmung. Nord Stream 2 ist zu 100 Prozent im Besitz des Energiekonzerns Gazprom, der vom russischen Staat gelenkt wird. Allerdings haben die deutschen Unternehmen Wintershall und Uniper, die österreichische OMV, die französische Engie und der britisch-niederländische Konzern Shell bereits Investitionen in das Projekt zugesagt.

## **1.30. Die USA und Russland auf Kollisionskurs (ND)**

Neues Deutschland, 28.07.2017, <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1058764.die-usa-und-russland-auf-kollisionskurs.html>

### **Vor Sanktion und Reaktion**

Moskau. Die USA und Russland gehen auf Kollisionskurs. In Washington wird nach Medienberichten auf eine rasche Verabschiedung der neuen Sanktionen im Senat gedrängt. Das Gesetz solle noch vor den Augustferien auf dem Tisch des Präsidenten Donald Trump liegen. Wenn er auch seine eigenen Vollmachten einschränkt, weil er dann nur gemeinsam mit dem Kongress vorgehen darf, würde ein Veto glatt überstimmt. Höheres Tempo in Washington dürfte Moskauer Gegenmaßnahmen beschleunigen. Die sollen nach Aussagen einflussreicher Politiker nicht »spiegelbildlich«, aber »schmerzhaft« ausfallen. Noch nicht geäußert haben sich dazu aber weder Russlands Präsident Wladimir Putin noch Außenminister Sergej Lawrow. Das Außenministerium »arbeitet an Antworten«, berichten russische Medien. So könnte bei einer Unterzeichnung des Gesetzes durch Trump die Reaktion auf die Ausweisung 35 russischer Diplomaten und die Blockade ihrer Einrichtungen durch Ex-Präsident Barack Obama erfolgen. Es käme »adäquat« zur Ausweisung von rund 30 US-Diplomaten und zur Schließung einiger US-Einrichtungen in Russland. Auch ließe sich die Zahl der Mitarbeiter diplomatischer Einrichtungen in Russland »bedeutend verringern«. Die kaum verhohlene Empörung in Deutschland über einseitig verhängte Strafmaßnahmen, die auch Westeuropa treffen, hält derweil laut Agenturberichten an. Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries warnte in der ARD vor einem Handelskrieg. LINKE-Vorsitzender Bernd Riexinger nannte eine Verschärfung der US-Sanktionen »außenpolitisch dumm und wirtschaftspolitisch gefährlich«. Die Energieexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Claudia Kemfert, nannte die US-Sanktionen einen »Wirtschaftskrieg der USA gegen Russland und Europa«. Beifall kam von Grünen-Politikern wie Oliver Krischer. Nur »Herr Putin und seine Freunde im Westen« bräuchten die Gasleitung. Die US-Pläne träfen auch internationale Unternehmen, die an Ausbau, Modernisierung oder Erhalt russischer Exportpipelines beteiligt seien, warnte der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft. »Dies wäre ein fundamentaler Eingriff in unsere europäische Energieversorgung und würde zu steigenden Energiepreisen und einer sinkenden Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft führen«, sagte Geschäftsführer Michael Harms. Er hatte zuvor über einen Zuwachs im Russlandgeschäft berichtet.

### **1.31. Schwierige Geschäfte mit Russland (SWP)**

Südwest Presse, 28.07.2017, <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/wirtschaft/schwierige-geschaefte-mit-russland-15500112.html>

Mit großer Sorge verfolgt die deutsche Wirtschaft die Pläne der USA, die Sanktionen gegen Russland zu verschärfen. Deutschen Firmen, die am Bau, der Reparatur oder der Modernisierung russischer Exportpipelines mitwirken, drohen massive Probleme, wenn sie in den USA aktiv werden. Die Folgen der Annexion der Krim sind nur der Aufhänger. Tatsächlich geht es den Amerikanern massiv um wirtschaftliche Interessen zu Lasten der Europäer. Das US-Gesetz habe das erklärte Ziel, die Chancen der USA beim Absatz von Flüssiggas in Europa zu verbessern, obwohl es teurer ist als russisches Pipelinegas, sagte der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, Michael Harms. Durch die umstrittene Fracking-Methode haben die Vereinigten Staaten ihre Gasproduktion massiv ausgeweitet. „Dies wäre ein fundamentaler Eingriff in unsere europäische Energieversorgung und würde zu steigenden Energiepreisen und einer sinkenden Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft führen“, warnte Harms. Nach dem US-Repräsentantenhaus muss noch der Senat dem Gesetz zustimmen. Deutsche Firmen könnten schnell betroffen sein. Denn es geht nicht nur um den Neubau von Pipelines von Russland nach Deutschland wie das Projekt Nord Stream 2 durch die Ostsee, das die USA ausdrücklich verhindern wollen. Vielmehr haben die Russen 90 Öl- und Gaspipelines ins Ausland, und jede Wartungsarbeit könnte Schwierigkeiten bescheren. Harms hofft, dass die Interventionen der Bundesregierung und der EU-Kommission Erfolg haben. Die neuen Probleme kommen für die deutsche Wirtschaft zur Unzeit. Gerade hat sich der Russland-Handel, der nach der Annexion der Krim eingebrochen war, wieder deutlich erholt. Von Januar bis Mai 2017 stiegen die deutschen Exporte nach Russland um 28 Prozent auf 10,5 Milliarden Euro und die Importe sogar um 35 Prozent auf 13,8 Milliarden Euro. Aufgrund der günstigen Entwicklung verdoppelte Harms seine Erwartung für das ganze Jahr: Der Export werde um 20 Prozent zunehmen. Der Ostausschuss steht weiter zu den Sanktionen, auch wenn viele Firmen eine Reduzierung oder Abschaffung fordern. Auch Harms spricht sich für einen schrittweisen Abbau aus, wenn das Minsker Friedensabkommen durch Russland umgesetzt wird. In diesem Punkt ist er sich mit Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) einig. Allerdings bleibt Russland ein schwieriger Partner. Das muss gerade der Elektrokonzern Siemens erfahren: Er hat vier Gasturbinen zur Stromerzeugung in das Land geliefert. Doch das Kraftwerk wurde nie gebaut. Tatsächlich sind sie auf der Krim gelandet, obwohl das vertraglich ausdrücklich ausgeschlossen war. Denn das wäre ein Verstoß gegen das Embargo, was für Siemens massive Folgen hätte. Der Münchner Konzern habe sich „absolut korrekt und transparent verhalten“, betonte Harms. Die russische Regierung müsse sicherstellen, dass die vereinbarten Vertragsbedingungen hundertprozentig eingehalten würden. Andernfalls drohten negative Auswirkungen auf weitere Geschäfte mit Russland.

### **1.32. Neue US-Sanktionen gegen Russland könnten Aufschwung im Ost-Handel bremsen (Top Agrar)**

Top Agrar, 28.07.2017, <https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Neue-US-Sanktionen-gegen-Russland-koennten-Aufschwung-im-Ost-Handel-bremsen-8423855.html>

Der deutsche Ost-Handel erlebte in den ersten fünf Monaten 2017 einen regelrechten Boom: „Das Handelsvolumen mit den 21 Ost-Ausschuss-Ländern kletterte in den ersten fünf Monaten 2017 um gut zehn Milliarden Euro auf insgesamt 52 Milliarden Euro“, teilte der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses Michael Harms in Berlin mit. Dies entspricht einem Zuwachs von 22 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Dabei legten die deutschen Exporte in 21 osteuropäische Länder um 18 Prozent zu, die deutschen Importe aus der Region kletterten sogar um 27 Prozent. „Die deutschen Exporte nach



Osteuropa wachsen derzeit fast dreimal so stark, wie der gesamte deutsche Export. Das sind wirklich spektakuläre Zahlen“, sagte Harms. Erstmals nach einer langen Reihe von Krisenjahren - beginnend mit der Weltwirtschafts- und Finanzkrise 2008 bis hin zum Ukraine-Russland-Konflikt – gebe es wieder eine Lage, in der fast alle 21 Ost-Ausschuss-Länder gleichzeitig Zuwächse verzeichneten. „Osteuropa meldet sich als Wachstumsregion für die deutsche Wirtschaft eindrucksvoll zurück.“ Besonders erfreulich sei die derzeitige Entwicklung im Handel mit der Ukraine, Kasachstan und Russland. Neue Risiken für die Konjunktur gingen hingegen von den Plänen der USA aus, die Sanktionen gegen Russland auszuweiten und damit gleichzeitig auch Geschäfte deutscher und europäischer Unternehmen zu erschweren. „Die neuen US-Sanktionsvorschläge wenden sich beispielsweise gegen alle internationalen Unternehmen, die mit signifikanten Beträgen am Ausbau, der Modernisierung oder dem Erhalt russischer Exportpipelines beteiligt sind. Dies wäre ein fundamentaler Eingriff in unsere europäische Energieversorgung und würde zu steigenden Energiepreisen und einer sinkenden Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft führen“, warnte Harms. „Insgesamt gibt es rund 90 russische Exportpipelines. Bei vielen dieser Projekte geht es auch um europäische Partner und um europäische Arbeitsplätze.“ Ausdrücklich verhindert werden soll laut US-Gesetz das Pipelineprojekt Nordstream 2, an dem unter anderem Firmen aus Deutschland, den Niederlanden, Frankreich und Großbritannien mitwirken. Es könnten aber auch weitere Projekte ins Visier geraten, erklärte Harms. „Die Auswahl der Projekte wird dem US-Präsidenten überlassen. Zwar wurde in der letzten Fassung des Gesetzes hinzugefügt, dass der Präsident Konsultationen mit Verbündeten der USA führen soll. Wie diese Konsultationen aussehen und welche Verbündeten gemeint sind, bleibt aber offen“, kritisierte Harms. „Das Gesetz schwebt nun wie ein Damoklesschwert über europäischen Firmen, die sich im Energiesektor engagieren. Die Verunsicherung ist bereits jetzt mit Händen zu greifen, eines Tages Sanktionen oder zumindest Nachteile auf dem US-Markt zu erleiden.“ Harms begrüßte in diesem Zusammenhang die Ankündigung von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Gegenmaßnahmen zu beschließen, sollten europäische Interessen durch das US-Gesetz verletzt werden. „Niemand kann sich einen Wirtschaftskonflikt zwischen der EU und den USA wünschen. Daher hoffen wir, dass eine exterritoriale Anwendung von US-Sanktionen auf die europäische Wirtschaft verhindert werden kann.“ Scharf kritisierte Harms in diesem Zusammenhang, dass die neuen US-Gesetze den bisherigen Konsens mit den europäischen Partnern in der Sanktionsfrage aufkündigen und dass US-Wirtschaftsinteressen bei deren Gestaltung eine wichtige Rolle spielen. „Die gewünschten Sanktionen gegen Pipelineprojekte sollen dazu dienen, die Energieexporte aus den USA nach Europa anzukurbeln, Jobs in den USA zu schaffen und die US-Außenpolitik zu stärken, das steht im Gesetz. Diese offene Vermischung von politischen Zielen mit eigenen Wirtschaftsinteressen fügt der Akzeptanz der Russland-Sanktionen großen Schaden zu“, so der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses.

#### **Nordstream 2 verbessert Versorgungssicherheit**

Ausdrücklich setzt sich Harms für die Realisierung der neuen Ostseepipeline ein. „Dieses Projekt sollte jetzt erst recht umgesetzt werden. Nordstream 2 wird das Angebot an Erdgas in Europa weiter verbessern und hilft uns, die in den nächsten Jahren sinkende Förderung innerhalb der EU auszugleichen und die Preise stabil zu halten. Wer marktwirtschaftlich denkt, kann nicht gegen Nordstream 2 sein“, betonte Harms. „Versuche, das Projekt zu politisieren, lehnen wir ab und rufen dazu auf, den Genehmigungsprozess fair und entlang geltenden Rechts fortzuführen, so wie dies auch bei Nordstream 1 gemacht wurde.“ Angebliche Risiken für die Gasversorgung in Osteuropa seien nicht zu begründen: „Erdgas aus der Ostsee-Pipeline können Sie heute in jeden Winkel der EU leiten.“

#### **Ost-Ausschuss hebt Prognosen an**

Aufgrund der guten Handelsentwicklung in den ersten fünf Monaten 2017 hebt der Ost-Ausschuss seine Prognose für den deutschen Export nach Russland kräftig an: „Anstelle des zu Jahresbeginn erwarteten Zuwachses von rund zehn Prozent, ist nunmehr auch ein Ergebnis von plus 20 Prozent realistisch“, sagte Harms. Deutlich besser als erhofft, entwickle sich zudem der Export in die Ukraine und nach Kasachstan. Auch hier seien Zuwächse von über 20 Prozent im Gesamtjahr 2017 zu erwarten. Diese Prognosen stünden allerdings unter dem Vorbehalt, dass die neuen US-Sanktionen nicht zu einer neuen Verschärfung des Ost-West-Konfliktes führten.

### 1.33. Deutsche Wirtschaft kritisiert Russland-Sanktionen (Der neue Mann)

Der neue Mann, 27.07.2017, <http://derneuemann.de/2017/07/27/deutsche-wirtschaft-kritisiert-russland-sanktionen/>

Dies entspreche einem Zuwachs von 22 Prozent. Anfang des Jahres hatte die Interessenvereinigung, die deutsche Firmen in 21 Ländern unterstützt, mit zehn Prozent gerechnet. "Die deutschen Exporte nach Osteuropa wachsen derzeit fast dreimal so stark, wie der gesamte deutsche Export. Das sind wirklich spektakuläre Zahlen", sagte Harms. Das Handelsvolumen mit den 21 Ost-Ausschuss-Ländern insgesamt kletterte in den ersten fünf Monaten um gut zehn Milliarden auf 52 Milliarden Euro. Die Russland-Geschäfte der deutschen Unternehmen ziehen trotz der westlichen Sanktionen wieder deutlich an. Besonders erfreulich sei die derzeitige Entwicklung im Handel mit der Ukraine, Kasachstan und Russland. Der Chef des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Wolfgang Büchele, hatte unmittelbar vor dem Votum des US-Repräsentantenhauses gewarnt, dass die gewachsenen deutschen Energiekooperationen mit Russland in Gefahr kommen könnten. "Die neuen US-Sanktionsvorschläge wenden sich beispielsweise gegen alle internationalen Unternehmen, die mit signifikanten Beträgen am Ausbau, der Modernisierung oder dem Erhalt russischer Exportpipelines beteiligt sind". "Dies wäre ein fundamentaler Eingriff in unsere europäische Energieversorgung und würde zu steigenden Energiepreisen und einer sinkenden Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft führen", sagte Harms. Es gebe rund 90 russische Exportpipelines. "Bei vielen dieser Projekte geht es auch um europäische Partner und um europäische Arbeitsplätze". Nordstream 2 soll ab 2019 Erdgas aus Russland über die Ostsee direkt nach Deutschland liefern. Es könnten weitere Projekte ins Visier geraten, warnte Harms. "Wie diese Konsultationen aussehen und welche Verbündeten gemeint sind, bleibt aber offen", kritisierte Harms. "Die Verunsicherung ist bereits jetzt mit Händen zu greifen, eines Tages Sanktionen oder zumindest Nachteile auf dem US-Markt zu erleiden". Treier forderte die EU-Kommission auf, gegenüber den USA für Klarheit zu sorgen. "Daher hoffen wir, dass eine exterritoriale Anwendung von US-Sanktionen auf die europäische Wirtschaft verhindert werden kann". Mit den Sanktionen, die vor allem dem Energiebereich gelten, soll Russland für die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim, die Unterstützung der syrischen Regierung im Bürgerkrieg sowie für mutmaßliche Einflussnahme auf die US-Präsidentenwahl bestraft werden. Das Gesetzesvorhaben (hier das PDF) sei so angelegt, dass sich die Strafmaßnahmen auch auf nicht-amerikanische Firmen auswirken könnten, erklärte der Außenwirtschaftschef des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Volker Treier. Der Ost-Ausschuss plädiert für einen neuen Ansatz in der Sanktionspolitik.

### 1.34. Angst ums Russland-Geschäft (junge Welt)

Junge Welt, 28.07.2017, <https://www.jungewelt.de/artikel/315266.angst-ums-russland-gesch%C3%A4ft.html>

**»Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft« kritisiert US-Sanktionen gegen Energieprojekte, sieht Gegenmaßnahmen aber nur als »letztes Mittel«**

Erst am Mittwoch hatte Wolfgang Büchele, der Vorsitzende des »Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft«, Kritik geübt. Hinter den beabsichtigten neuen US-Sanktionen gegen Firmen, die sich an Erhaltung oder Ausbau russischer Pipelines zum Export von Erdöl bzw. -gas beteiligen, stünden amerikanische Wirtschaftsinteressen. Am Donnerstag weilte Büchele dann ironischerweise wegen eines Großauftrages seines eigenen Unternehmens und somit zur persönlichen Interessenwahrung in eben jenen USA. Somit fehlte er auch bei der Jahrespressekonferenz seines Verbandes in Berlin. Wie der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses, Michael Harms, hier betonte, handele es sich bei Osteuropa nach wie vor um einen »großen Chancenraum für die deutsche Wirtschaft«. Die

Lobbyorganisation existiert seit 1952 und sieht sich als Interessenvertreter des deutschen Kapitals in den Ländern Ost- und Südosteuropas sowie in den ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens. Insofern ist es deren Aufgabe, alle politischen Maßnahmen zu kritisieren, die deutschen Profitinteressen in dem benannten »Chancenraum« abträglich sein könnten. Die Sanktionen gegen Russland beziehungsweise gegen Unternehmen, die dort Geschäfte machen wollen, fallen somit in seinen Zuständigkeitsbereich. Aktiv ist der von 230 Mitgliedsunternehmen getragene Verband nach eigenen Angaben mittlerweile in 21 Staaten. Besonders gut sei die wirtschaftliche Entwicklung in Südosteuropa, die Ökonomie der Ukraine wachse hingegen nur verhalten, und Russland verzeichne trotz der westlichen Strafmaßnahmen ein leichtes Wachstum, fasste Harms zusammen. Russland habe »den Doppelschock aus sinkendem Ölpreis und den Sanktionen gut verkraftet«. Deshalb gehe der Ost-Ausschuss auch von einem verstärkten Gütertausch mit dem Land aus. Insgesamt habe der »deutsche Osthandel« in den ersten fünf Monaten des Jahres einen »regelrechten Boom« erlebt: So sei das Volumen mit den 21 »Ost-Ausschuss-Ländern« um rund zehn Milliarden auf insgesamt 52 Milliarden Euro angewachsen. Verglichen mit dem Vorjahreszeitraum entspreche dies einem Anstieg von rund 22 Prozent, so Harms. Während sich die BRD-Exporte in diese Staaten um 18 Prozent erhöhten, stiegen die Importe aus der Region sogar um knapp 27 Prozent. Derzeit wüchsen die Ausfuhren nach Osteuropa »fast dreimal so stark wie der gesamte deutsche Export«, freute sich der Geschäftsführer. Die Exporte deutscher Unternehmen waren zwischen Januar und Mai im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um sieben Prozent gestiegen. Risiken für die an sich gute Entwicklung gingen jedoch von den Absichten der USA aus, die bestehenden Wirtschaftssanktionen gegen Russland auszuweiten und damit gleichzeitig auch die Geschäfte deutscher und anderer europäischer Firmen zu erschweren. Die neuen Sanktionspläne, die das US-Repräsentantenhaus am Dienstag beschlossen hatte, wenden sich laut Harms »beispielsweise gegen alle internationalen Unternehmen, die mit signifikanten Beträgen am Ausbau, der Modernisierung oder dem Erhalt russischer Exportpipelines beteiligt sind«. Insgesamt gebe es 90 russische Rohrleitungen für die Ausfuhr von Öl und Gas. Die tatsächliche Umsetzung der Sanktionen »wäre ein fundamentaler Eingriff in unsere europäische Energieversorgung und würde zu steigenden Preisen und einer sinkenden Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft führen«, zeigte sich Harms alarmiert. Washington gehe es auch darum, die Chancen für den Export von US-Flüssiggas zu verbessern. Deshalb richteten sich die Maßnahmen auch explizit gegen das Pipelineprojekt »Nord Stream 2«, mit dem russisches Gas durch die Ostsee nach Deutschland geleitet werden soll. Es gehe »um Jobs in den USA auf Kosten von Jobs in Europa«. Dies müsse auf den Widerstand der EU treffen. Durch »Vermischung mit eigenen wirtschaftlichen Interessen« hätten die USA den »Sanktionskonsens« mit den Europäern aufgekündigt, empörte sich der Unternehmensvertreter. Harms beschwerte sich aber auch über »Provokationen«, die man in der derzeitigen Situation nicht gebrauchen könne. Explizit monierte er die Ausrufung von »Kleinrussland« in der Ostukraine in der vergangenen Woche und die auf der Krim gelandeten, ursprünglich auf das russische Festland gelieferten, Siemens-Turbinen (jW berichtete). Im allgemeinen könne es erst ein Ende aller Strafmaßnahmen gegen Russland geben, wenn es zu Fortschritten im Friedensprozess in der Ukraine komme. Sollte das neue US-Sanktionsgesetz tatsächlich beschlossen werden – der Senat muss es noch bestätigen –, seien Gegenmaßnahmen der EU zu prüfen, »um europäische Wirtschaftsinteressen zu sichern«. Nach Harms könne dies aber nur das »letzte Mittel« sein, schließlich wünsche sich niemand einen Wirtschaftskonflikt zwischen der EU und den USA. Das dürfte der gestern zum Geschäftemachen in den USA befindliche Vorsitzende des Ost-Ausschusses vermutlich genauso sehen.

### 1.35. Riesen-Knall wegen Russen-Pipeline! (Bild)

Bild, 27.07.2017, <http://www.bild.de/politik/ausland/staatliche-sanktionen/usa-riskieren-streit-mit-russland-und-eu-52671204.bild.html>

Das US-Repräsentantenhaus verschärft die Sanktionen gegen Russland. Aber nicht nur Moskau protestiert, sondern auch Brüssel und Berlin. Begründung: Die Sanktionen würden zwar russische Energieunternehmen (z. B. Gazprom) treffen, aber eben auch europäische Firmen wie Shell und die deutsche Wintershall AG. Zudem sei jetzt „North Stream II“ gefährdet: die Gas-Pipeline, die Russland durch die Ostsee direkt nach Deutschland legen will, um die osteuropäischen Staaten zu umgehen. Der Chef des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft Wolfgang Büchele (57) argumentiert: „Für Europa bedeutet dies letztlich höhere Energiepreise und wachsende Unsicherheit bei der Energieversorgung.“ Claudia Kemfert (48), Chefin der Energie-Abteilung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), sagte BILD: „Die US-Sanktionen sind Wirtschaftskrieg der USA gegen Russland und Europa. Das kann man so nicht stehen lassen.“ Aber auch Kemfert stellte klar: „Nord Stream II wird für die Versorgung in Deutschland nicht gebraucht.“ Wie groß die Folgen der US-Sanktionen wirklich sind, ist hoch umstritten! Denn der volkswirtschaftliche Nutzen des Pipeline-Projekts wird angezweifelt. Ex-Grünen-Chef Reinhard Bütikofer (64) sagte zu BILD: „Das Projekt ist volkswirtschaftlich nicht sinnvoll. Es widerspricht Kernzielen der europäischen Energiepolitik.“ Bütikofer kritisierte, die Pipeline erhöhe die Gas-Abhängigkeit von Russland und verletze Interessen der östlichen Nachbarn, vor allem Polens. Sein Fazit: „Für die Versorgungssicherheit Deutschlands ist Nord Stream II gerade nicht notwendig.“ Es gebe nicht nur russisches Gas. Hauptnutznießer des Pipeline-Projektes sei der Kreml, meinen Kritiker. Das Projekt wird auf russischer Seite vor allem durch ehemalige russische und ostdeutsche Geheimdienst-Kader beim staatlichen Gazprom-Konzern sowie Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (73, SPD) vertreten.

### 1.36. Ärger über US-Sanktionspolitik (Die Welt)

Die Welt, 27.07.2017, [https://www.welt.de/print/die\\_welt/wirtschaft/article167128880/Aerger-ueber-US-Sanktionspolitik.html](https://www.welt.de/print/die_welt/wirtschaft/article167128880/Aerger-ueber-US-Sanktionspolitik.html)

Zwischen Europa und den USA knirscht es. Und das nicht nur, weil Präsident Donald Trump auf dem „alten Kontinent“ grundsätzlich eher unbeliebt ist. Mit ihrer geplanten Sanktionspolitik gegenüber Russland geraten die Amerikaner derzeit zunehmend in den Verdacht, in erster Linie die Interessen der eigenen Energiebranche verteidigen zu wollen. Kein Wunder, dass die Reaktionen aus Deutschland mittlerweile recht harsch ausfallen. Die Bundeswirtschaftsministerin etwa droht mit einem Handelskrieg, sollten deutsche Firmen bei der Auseinandersetzung Schaden nehmen. „Es gibt die Möglichkeit von Gegensanktionen, das sieht die Welthandelsorganisation so vor“, sagte Brigitte Zypries (SPD) der ARD. Notfalls werde man es den Amerikanern eben mit gleicher Münze heimzahlen. Für Verbündete sind das harte Töne. Schuld daran ist ein Gesetzentwurf, den das amerikanische Repräsentantenhaus am Dienstag verabschiedet hat und das verschärfte Strafen gegen Russland vorsieht. Wegen der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim, der Unterstützung von Präsident Baschar al-Assad im syrischen Bürgerkrieg und der mutmaßlichen Einflussnahme auf die US-Wahl. Weil die Maßnahmen aber vor allem den Energiebereich treffen, in dem die Konkurrenz zwischen beiden Ländern groß ist, hegt man in Europa den Verdacht, dass die USA nicht zuletzt einen wirtschaftlichen Nutzen aus ihrer Sanktionspolitik ziehen wollen. Selbst Beobachter in den USA weisen darauf hin, dass die Pläne erstens den Eindruck erwecken, als wollten die Abgeordneten ihrem Präsidenten bei seiner befürchteten Russland-freundlichen Politik die Hände binden. Dass es jedoch zugleich so erscheint, als würden sie die Interessen ihrer eigenen Öl- und Gasindustrie fördern – zulasten europäischer Firmen.

Deutsche Unternehmen und Politiker werfen den USA vor, die Sanktionen zu nutzen, um mehr amerikanisches Öl und Gas nach Europa exportieren zu können. „Völkerrechtswidrig“ seien solche extraterritorialen Sanktionen, sagte etwa der Koordinator der Bundesregierung für die transatlantischen Beziehungen, Jürgen Hardt. Deutschland könne nicht hinnehmen, dass die USA über Sanktionen Einfluss auf Europas und nicht zuletzt Deutschlands Energiepolitik nähmen. Hiesige Firmen fürchten angesichts der drohenden Maßnahmen um ihre Investments. Das geplante Gesetz könnte beispielsweise das Gaspipeline-Projekt Nord Stream 2 in der Ostsee gefährden, das der russische Gazprom-Konzern mit europäischen Unternehmen plant. „Die gewünschten Sanktionen gegen Pipelineprojekte sollen dazu dienen, die Energieexporte aus den USA nach Europa anzukurbeln, Jobs in den USA zu schaffen und die US-Außenpolitik zu stärken“, sagte Michael Harms, der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft. Das Gesetz bedrohe internationale Firmen, die am Ausbau, der Modernisierung und dem Erhalt russischer Energieleitungen beteiligt seien, sagte Harms. BASF-Chef Kurt Bock sprach ebenfalls von Sanktionen zulasten Dritter, nämlich Europas. Der Vorstandschef des Chemiekonzerns hofft allerdings, dass der Gesetzentwurf – so wie er jetzt steht – nicht Realität wird.

### **1.37. AHK: „US-Sanktionen gefährden Energiesicherheit Europas und Wirtschaft Deutschlands“ (Sputnik)**

Sputnik, 27.07.2017, <https://de.sputniknews.com/wirtschaft/20170727316776391-ahk-usa-sanktionen-europa-deutschland-wirtschaft/>

Die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer (AHK) hat am Donnerstag in einer Pressemitteilung die neuen US-Sanktionen gegen Russland heftig kritisiert. Sie gefährden demnach die deutsche Wirtschaft vor Ort und sorgen für neue Konfliktfelder. „Es ist nicht nachvollziehbar, warum die USA erstmals unilateral die Grundlage für neue Sanktionen schaffen wollen“, so Rainer Seele, Präsident der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer. Er fügte hinzu: „Die geplanten US-Sanktionen gefährden die Energiesicherheit Europas, das auch in Zukunft Gaslieferungen aus Russland brauchen wird, und die deutsche Wirtschaft in Russland.“ Dadurch werde der Technologietransfer untergraben und die Unternehmen verunsichert, sagte Seele, auch CEO des OMV-Energiekonzerns, der am Nord Stream 2-Projekt von europäischer Seite teilnimmt. „Die Sanktionen treiben den Protektionismus voran und schaffen neue Konfliktfelder“, sagte er. Wie aus einer gemeinsamen Geschäftsklima-Umfrage der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer und des Ost-Ausschusses hervorgeht, sind 91 Prozent der 190 befragten deutschen Unternehmen in Russland gegen die Sanktionen. „Die neuen Sanktionen aus Washington spitzen die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen weiter zu“, so AHK-Vorstandsvorsitzender Matthias Schepp. Er erläuterte: „Die europäische Politik ist jetzt gefragt, zu verhindern, dass US-Sanktionen über ihre extraterritoriale Wirkung europäische und deutsche Unternehmen in ihrem Russland-Geschäft beeinträchtigen.“ Zuvor hatte das Repräsentantenhaus des US-Kongresses dem Gesetzentwurf über Sanktionen gegen Russland, den Iran und Nordkorea zugestimmt. Er wurde mit 419 gegen drei Stimmen angenommen. Die Ergebnisse zeigen, dass das Unterhaus ein Veto des US-Präsidenten leicht überwinden würde, sollte er sich weigern, das Dokument nach dessen Bestätigung durch den Senat zu unterzeichnen. Das Weiße Haus gab zu verstehen, es unterstütze im Großen und Ganzen das Dokument, das eine wesentliche Einschränkung der Vollmachten des Staatsoberhauptes bei der Verabschiedung von Sanktionen bzw. bei deren Abschaffung vorsieht. Der Kreml beurteilte die neuen Sanktionen bereits „äußerst negativ“.

### 1.38. Sorge vor Handelskrieg mit Russland (RP Online)

RP Online, 28.07.2017, <http://www.rp-online.de/wirtschaft/sorge-vor-handelskrieg-mit-russland-aid-1.6976138>

#### **Die USA wollen die Sanktionen gegen Russland verschärfen. Uniper und IHK sind besorgt.**

Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries warnt angesichts der US-Pläne für schärfere Sanktionen gegen Russland vor einem Handelskrieg. "Das wäre ganz schlecht", sagte die SPD-Politikerin. Sie mahnte ein gemeinsames Vorgehen von Europa und den USA an. "Das wäre auf alle Fälle richtiger, als wenn jetzt die Amerikaner einen isolierten Weg gehen." Das US-Repräsentantenhaus hatte mit großer Mehrheit einen Gesetzentwurf zu neuen Sanktionen gegen Russland wegen der Ukraine-Krise verabschiedet. Der US-Senat muss noch zustimmen. Die US-Pläne orientierten sich einseitig an US-Interessen und trafen internationale Unternehmen, die an russischen Pipelines beteiligt seien, warnte der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft. "Dies wäre ein fundamentaler Eingriff in unsere europäische Energieversorgung und würde zu steigenden Energiepreisen und einer sinkenden Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft führen", sagte Geschäftsführer Michael Harms. Es gebe 90 russische Pipelines. Ausdrücklich verhindern wollen die USA dem Ost-Ausschuss zufolge die Ostsee-Pipeline Nordstream 2 zur Erdgasversorgung Europas, bei dem auch die Düsseldorfer Uniper sowie die Konzerne Engie, OMV, Shell und Wintershall engagiert sind. Diese fünf haben im April vereinbart, dass sie die Hälfte der Kosten von insgesamt fast zehn Milliarden Euro übernehmen. In der Düsseldorfer Zentrale verfolgt man besorgt die Nachrichten aus den USA. Auch die IHK Düsseldorf ist alarmiert: "Erst seit wenigen Monaten verspüren wir wieder einen Aufwärtstrend in den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen. Dieses zarte Pflänzchen der Wiederbelebung droht nun Schaden zu nehmen", warnte Gerhard Eschenbaum, Außenwirtschafts-Chef der IHK. Von 2012 bis 2016 habe sich der deutsche Export nach Russland fast halbiert. 5300 deutsche Unternehmen sind in Russland mit einer Niederlassung oder Repräsentanz aktiv. Allein im Bezirk der IHK Düsseldorf haben rund 500 Unternehmen Geschäftsbeziehungen mit Russland. Der Grünen-Politiker Oliver Krischer dagegen nannte US-Sanktionen im Energiebereich gegenüber Russland richtig. "Niemand braucht eine zusätzliche Gaspipeline durch die Ostsee außer Herr Putin und seine Freunde im Westen."

### 1.39. Europa gegen Trump (SZ)

Süddeutsche Zeitung, 27.07.2017, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/sanktionen-europa-gegen-trump-1.3605576>

#### **Kaum ist der Streit um Stahlimporte in die USA entschärft, droht ein neuer Handelskrieg - um Energie. Die Sorgen der Europäer und allen voran der Deutschen sind so groß, dass alle diplomatische Vorsicht inzwischen abgelegt ist.**

Auf dem G-20-Gipfeltreffen in Hamburg war es den Europäern mühsam gelungen, die USA von empfindlichen Strafmaßnahmen wie Einfuhrzöllen auf Stahlimporte aus Europa abzubringen. Jetzt droht der nächste Handelskonflikt zu eskalieren, dieses Mal geht es um Energie. Die Europäer werfen den USA vor, dass sie über die geplanten Sanktionen gegen Russland die europäische Energieversorgung kontrollieren wollen. Sie fürchten, dass die Sanktionen europäische Unternehmen treffen könnten. Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) droht damit, einseitige Einschränkungen für deutsche Unternehmen nicht hinnehmen zu wollen. "Es gibt die Möglichkeit von Gegensanktionen, das sieht die Welthandelsorganisation so vor", sagte Zypries am Donnerstag. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft warf den USA Interessenpolitik vor. Es sei zwar das Allerletzte, was man sich wünsche, sagte der Geschäftsführer des Verbandes, Michael Harms, in Berlin. Aber man müsse sich die Möglichkeit von Gegensanktionen offenhalten. Zuvor hatte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Washington gewarnt, einseitige Sanktionen gegen Moskau zu erlassen, die auch Unternehmen

aus unbeteiligten Drittstaaten in Europa schädigen könnten. Wie beim G-20 in Hamburg, drohte Juncker, die Europäische Union sei auf Gegenmaßnahmen eingestellt. Dem Vernehmen nach könnten neben deutschen Firmen auch welche aus Österreich und Italien betroffen sein.

#### **Amerika schießt mit Sanktionen gegen Russland, könnte aber auch Europa treffen**

Der US-Kongress hatte das Sanktionsgesetz gegen Russland in einer erster Fassung mit überwältigender Mehrheit gebilligt. Im Senat votierten 98 von 100 Senatoren dafür, im Repräsentantenhaus waren es 419 von 422 anwesenden Abgeordneten. Zwar geht das Gesetz jetzt noch einmal in den Senat, weil Änderungen am Entwurf vorgenommen worden waren, an einer Zustimmung besteht aber kein Zweifel. "Russland ist unser Gegner, nicht unser Alliiertes", sagte der republikanische Abgeordnete Will Hurd dem Fernsehsender CNN. Präsident Donald Trump, der auf bessere Beziehungen zu Russland setzt, würde dem Antrag gern seine Unterschrift verweigern. Laut US-Medien ist man sich im Weißen Haus aber darüber im Klaren, dass Trump angesichts der parteiübergreifenden Mehrheiten in beiden Parlamentskammern kaum anders kann, als das Gesetz durchzuwinken. Inzwischen überlege Trump offenbar sogar, die Sanktionen gegen Russland noch schärfer auszulegen. Deutschland und die EU werfen den USA vor, die Sanktionen zu nutzen, um selbst mehr Öl und Gas nach Europa zu verkaufen. Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Harms sagte, die USA zielten darauf ab, das Gaspipeline-Projekt Nord Stream 2 in der Ostsee zu verhindern, das der russische Gazprom-Konzern mit europäischen Unternehmen plant.

#### **1.40. Germany Ponders Tit-for-Tat (HB Global)**

Handelsblatt Global, 27.07.2017, <https://global.handelsblatt.com/companies-markets/germany-ponders-tit-for-tat-804265>

#### **American plans for new sanctions against Russia may wreak damages on Europe's eastward-minded companies. In Germany, calls are growing to retaliate.**

In the latest round of escalating tensions, German political and business leaders accused the US of using sanctions to boost their own economic interests in Europe – to channel more oil and gas into the European market. "In our opinion, such extraterritorial effects of such sanctions are contrary to international law," said Jürgen Hardt, Germany's coordinator of transatlantic relations, on Thursday. Mr. Hardt told German broadcaster SWR that it was not acceptable for the US to impact Europe's energy policy through sanctions. The US government now has the power to scotch the blueprints for Nord Stream II, a pipeline to supply natural gas from Russia directly to Germany via the Baltic Sea. Construction is due to start in 2018, with completion in 2019. What makes the situation so threatening for the EU, is the US now has, in the form of sanctions on Russia, the instrument to torpedo this energy project. The penalties would sweep European and German energy companies in their net, and Europe's economy would take a hit. In the worst case, America's desire to punish Russia for cyber-attacks – and to rap President Trump on the knuckles for currying favor with Russian premier Vladimir Putin – could unleash a trans-Atlantic clash. Germany's economics minister, Brigitte Zypries, warned that the US measures could spark a trade war with the European Union. "There is the possibility of retaliation, and the World Trade Organization sees it this way," Ms. Zypries said in an interview with German TV broadcaster ARD. "Our companies could suffer damages." Her comments echoed those of European officials in the immediate aftermath of the US vote. "We could take countermeasures against US agricultural imports to Europe," said Elmar Brok, an EU parliamentarian who represents German Chancellor Angela Merkel's conservative bloc. On Tuesday, the US House of Representatives passed a draft bill that bolsters economic sanctions against Russia – ones that were imposed after Moscow annexed Crimea, supported President Bashar al-Assad in Syria, and presumably interfered in the US presidential election. The House and the Senate must first align their versions of the legislation before submitting it for President Trump's signature. According to Gernot Erlen, Germany's commissioner for Russian affairs, the sanctions could even disrupt Europe's energy supply. The draft bill not only rejects

Nord Stream II, but also threatens any European-Russian cooperation on energy, "right down to repair work on the pipelines the EU's energy supply depends on," Mr. Erler told newspaper Neue Osnabrücker Zeitung. Mr. Erler also criticized the US government, saying its primary aim was to use its own energy resources to create US jobs and strengthen the country's foreign policy. Chemicals giant BASF, which has long cooperated with Russian partners through its energy unit Wintershall, was one of the first big German companies to criticize the US sanctions. BASF's boss, Kurt Bock, complained: "To impose fines on a third party, at the expense of Europe, and at the same time to promote the American economy according to the motto 'buy American gas' – this is remarkable." The German Committee on Eastern European Economic Relations, a parliamentary group, said sanctions against the US should be used as a last resort. "I have to say this is, of course, the very last thing we want," said Michael Harms, the committee's director, on Thursday in Berlin. Oddly, these uncertainties overshadow the profits Germany's eastward-focused industries are poised to reap from expanded US sanctions. Mr. Harms' committee forecast German exports to Russia will rise an estimated 20 percent this year, more than twice its earlier estimate. In the first five months of 2017, these exports soared by 28 percent. At the same time, the risks are growing. If the US wants to partake in the expansion, modernization or maintenance of Russian export pipelines, the sanctions "would be a fundamental intervention in European energy supply, and would lead to rising energy prices and declining competitiveness in Europe's economy," said Mr. Harms. Moreover, apart from Nord Stream II, the Americans could target other projects in future sanctions. The draft bill now hovered like a Damocles sword over European companies. "This is 'America first' in a new dimension," Mr. Harms said.

#### **1.41. German-Ukrainian trade turnover increases by 22% - German statistics (Ukrinform)**

Ukrinform, 27.07.2017, <https://www.ukrinform.net/rubric-economy/2274425-germanukrainian-trade-turnover-increases-by-22-german-statistics.html>

During the first five months of this year, the trade turnover between the Federal Republic of Germany and Ukraine increased by almost 22%. Such data were made public on Thursday by Michael Harms, Managing Director of the German Committee on Eastern European Economic Relations, an Ukrinform correspondent reports from Germany. "In January-May, the trade turnover between Germany and Ukraine reached EUR 2.635 billion with growth of 21.9%," he said. At the same time, the imports to Germany from Ukraine amounted to EUR 818.4 million with an increase of 10.5%, while German exports to Ukraine soared by 27.8% to EUR 1.816 billion. Harms described Ukraine an important partner and welcomed the growth of Ukrainian exports to the EU countries. At the same time, he noted that Ukraine should be more active in entering the European markets.

#### **1.42. German manufacturers against politisation of North Stream 2 (Construction)**

Construction, 27.07.2017, <http://russianconstruction.com/news-1/28455-german-manufacturers-against-politisation-of-north-stream-2.html>

Michael Harms, Executive Director of the German Committee on Eastern European Economic Relations, stressed that the North stream 2 project will provide for the compensation of the decreasing rates of natural gas output in Europe, TASS reports. German manufactures argue against politisation of the North Stream2 project. Michael Harms, Executive Director of the German Committee on Eastern European Economic Relations, told journalists about it in Berlin. The project will help to recompense the decreasing rates of natural gas production in Europe, he said. The construction of the North Stream 2 main is to start in 2018 and complete in the end of 2019. The 1220-



km-long pipeline will be laid on the bottom of the Baltic Sea from the Russian to the German coast. The capacity of each of the two lines is 27.5bln cubic meters a year. The new pipeline will double the capacity of the first North Stream. The main will connect the Russian resource basis with European consumers directly.

### **1.43. German industrialists oppose politicizing Nord Stream-2 project (Tass)**

Tass, 27.07.2017, <http://tass.com/economy/957942>

German industrialists are in favor of making sure that the Nord Stream-2 project is not politicized, Executive Director of the German Committee on Eastern European Economic Relations Michael Harms told reporters in Berlin on Thursday. "Nord Stream-2 will help compensate for the declining production rates in Europe," he told the committee's annual news conference. "We reject any attempts to politicize the project." The Nord Stream 2 pipeline is expected to come into service at the end of 2019. The pipeline is set to run from the Russian coast along the Baltic Sea bed to the German shore. Each of the pipeline's two stretches will have annual capacity of 27.5 billion cubic meters.

### **1.44. The Sanctions Blowback From the EU Begins (The American Interest)**

The American Interest, 28.07.2017, <https://www.the-american-interest.com/2017/07/28/sanctions-blowback-eu-begins/>

Yesterday, the Senate voted 98-2 to impose punitive sanctions on Russia and limit the President's ability to remove them without Congressional review. That vote—the culmination of a lengthy process that saw the sanctions initially approved in the Senate, then held up in the House, and later rewritten after substantial objections—now clears the way for the bill to proceed to the President's desk. If all goes as planned, President Trump is expected to grit his teeth and sign the bill; even in the unlikely event of a veto, the strong bipartisan support for the sanctions should be enough to override it into law anyway. In other words, the sanctions are effectively a done deal, even if they are not official law just yet. Opponents of the bill can read the writing on the wall—and they are already making moves to retaliate. On Friday morning, Moscow pulled the trigger on what it hinted could be the first of many retaliatory measures. From the NYT:

Russia took its first steps on Friday to retaliate against proposed American sanctions for Moscow's suspected meddling in the 2016 election, seizing two American diplomatic properties and ordering the United States Embassy to reduce staff by September. [...]

Referring to the vote by Congress to toughen the sanctions, the Russian Foreign Ministry said in a statement: "This yet again attests to the extreme aggressiveness of the United States when it comes to international affairs." Moscow's reaction here is predictable enough; the Russians have been threatening a version of this move ever since the Obama administration kicked out Russian diplomats and seized Russian diplomatic compounds back in December. With the Trump administration unable or unwilling to release those facilities, and a new slate of sanctions on the way, the time was clearly ripe for the Russians to express their displeasure with Washington. But it's not just the Russians who are upset with the sanctions. As we wrote last month, Germany and Austria have fumed that the sanctions threaten European energy interests, by targeting (among other European-Russian ventures) the Gazprom co-financed Nord Stream 2 pipeline between Russia and Germany. For the bill's European enemies—among them the Netherlands and France, who have been quieter in their opposition than Germany—the sanctions are a thinly veiled excuse to promote American LNG exports and meddle in the European energy market. And top German business leaders are already mulling retaliation, as Reuters reports:

The head of the German Committee on East European Economic Relations said potential damage to European energy sector companies with business interests in Russia could justify counter-sanctions. "It's the last thing we want, but we must keep the option open," **Michael Harms** told a news conference in Berlin. "The sanctions they want against pipeline projects seem designed to boost U.S. energy exports to Europe, create U.S. jobs and strengthen U.S. foreign policy."

The European consensus on Russia sanctions has always been somewhat fragile, resting on the tacit understanding that any sanctions stricter than the existing ones would not hold. By unilaterally imposing tough new sanctions that could hobble European business interests, Congress paradoxically seems more likely to unite Europeans against Washington than against Moscow—especially given the terrible image President Trump has among European electorates. Ironically, American attempts to hurt Nord Stream 2 could also give it new life, turning the controversial pipeline into a cause célèbre among a public that only half-understands the bigger picture surrounding the issue. Angela Merkel in particular may see a golden opportunity before the German election to rally business to her side by embracing Nord Stream 2, railing against Trump, and fighting Washington's interference in the project. She already decried an earlier version of the sanctions bill, after all, and has taken a hard line against outside countries interfering in Nord Stream 2. It is still too soon to tell how serious the U.S.-European split over sanctions will be, or what measures the Europeans might take in retaliation. European Commission President Jean-Claude Juncker said recently that he hoped to resolve the dispute through diplomatic channels, but that the EU would take unilateral action "within a matter of days" if necessary. However this shakes out, though, the whole episode is a powerful illustration of the law of unintended consequences. The new sanctions bill may well achieve Congress's goals of imposing costs on Moscow and limiting Trump's flexibility on Russia. Still, it perversely could have given Putin some common ground with Europeans, and could lead to bigger headaches down the road than anyone bargained for.

#### **1.45. In Europe, U.S. sanctions bill creates worries about a controversial Russian pipeline (Latimes)**

Los Angeles Times, 31.07.2017, <http://www.latimes.com/world/europe/la-fg-nord-stream-europe-20170728-story.html>

The U.S. sanctions bill approved this week in the House of Representatives has European leaders worried about how the bill could affect continental divisions over dependence on Russian oil and gas. If President Trump signs the bill, it would put into law sanctions approved by President Obama, which were largely created in collaboration with European consultation. But the new bill would expand the list of targeted Russian companies and individuals, particularly in the energy sector. That could subject European companies to U.S. sanctions for doing business with Russian companies on the list, specifically jeopardizing a controversial \$10-billion gas pipeline project called Nord Stream 2. **What is Nord Stream 2?** The Nord Stream 2 pipeline project follows the first Nord Stream project, which was built in 2011 to pump gas from Russia's Baltic coast to Germany. The second phase would expand the supply of Russian gas exports to Europe.

The \$10-billion pipeline project is the pride of the Kremlin-controlled gas supply company, Gazprom, and was scheduled to be completed and pumping gas directly to Europe by 2019.

The pipeline project is financed partially by a consortium of European investment partners.

The route bypasses Ukraine, where previous disputes between Moscow and Kiev over natural gas prices and transit fees have led to Gazprom shutting down supplies. This has caused stress in Europe, which depends on gas supplies from Russia via Ukraine's pipelines.

The Nord Stream 2 project has created rifts among the European Union's 28 members, some of whom fear the completion of the pipeline acts against the EU's goal of diversifying its energy sector away from Moscow's exports. Russia currently supplies a third of Europe's natural gas. With the Nord Stream 2 pipeline, that could increase to more than 40%. Critics of Nord Stream projects say they will allow

Gazprom to increase its dominance of Europe's energy supply, making energy a geopolitical tool and putting the Kremlin in greater control than some European leaders would prefer. "The pipeline pits the interests of Germany and Austria against Central and Eastern European countries, fracturing the EU at a moment when the bloc is finally gaining traction as a geopolitical actor," wrote Kristine Berzina, a senior fellow at the German Marshall Fund, on Thursday. "But by threatening to end the Nord Stream 2 project, the United States is depriving the EU of the opportunity to mature as an energy security actor."

#### **How has Moscow reacted?**

The Kremlin was quick to point out that the U.S. sanctions would harm not just Russia, but "third parties." Moscow responded by seizing two diplomatic properties and booting several members of the U.S. Embassy staff out of the country. "It goes without saying that we and our European partners attach great importance to finishing these projects, and we will work towards this," Kremlin spokesman Dmitry Peskov said this week. "That is why discussions about sanctions, which could potentially obstruct these projects, are a cause of concern for us." Last week, the chairman of Gazprom's board suggested that the U.S. sanctions could threaten Europe's Russian gas supply if Nord Stream 2 were not completed. "In Europe, the region's gas supply is being threatened. Washington pursues purely economic interests by lobbying for American energy companies in Europe," the Gazprom board chairman, Viktor Zubkov, said at a business forum in Vienna last week. The Kremlin's suggestion that Europe's supply of Russian gas is under threat because of the U.S. sanctions bill is "either empty bluff or dangerous miscalculation," wrote Agnia Grigas, a senior fellow at the Atlantic Council, in a paper for Yale University's Yale Global Online. Grigas is a specialist on energy and security issues in Europe and post-Soviet states. "At the end of the day, the global natural gas markets have transformed with much greater supply and liquidity from booming U.S. natural gas production and rising U.S. liquefied natural gas exports," Grigas said. On Thursday, the **German Committee on Eastern European Economic Relations** accused the U.S. of using the sanctions bill to stimulate U.S. energy exports to Europe.

#### **How else would the new sanctions bill affect Russia's energy sector?**

Russia's economy is dominated by revenue from its oil and gas sector. Since the breakup of the Soviet Union, economists have warned Russia that if it didn't diversify its economy and distance itself from being a petro state, its economy would falter. Indeed, in 2014 Russia's economy was hit by two major factors: a decrease in world oil prices and a package of sanctions placed on Russian companies and individuals in retaliation for Moscow's annexation of Crimea and interference in eastern Ukraine. The 50% drop in global prices of oil, Russia's most lucrative export, pushed the economy into recession, from which it has slowly emerged this year. The harshest sanctions made it difficult for Russian companies to get long-term loans from international lenders. With very few ways to borrow capital for investment, many large infrastructure projects were put on hold while development in other sectors stalled. Russia responded stoically, saying the self-reliance on its homegrown products would only make it stronger. Major state-controlled energy companies such as Gazprom, Lukoil and Rosneft said they would turn to domestic investors and rely on in-house technology instead of foreign experts. The new sanctions bill would increase the number of Russian companies and individuals affected, especially targeting the energy sector. The bill would also restrict U.S. investors from buying or facilitating the purchase of Russian assets worth more than \$10 million as part of any Russian privatization schemes.

### **1.46. Furious German businesses call for EU to threaten US after Russia sanctions (Express)**

Express, 27.07.2017, <http://www.express.co.uk/finance/city/833824/US-Russia-sanctions-latest-trump-Germany-relations-business-list-EU>

THE European Union should slap the United States with punitive sanctions in response to Washington hitting Moscow with financial restrictions, a leading German business group has declared. Washington is set to hit Russia with tougher financial restrictions after it allegedly meddled in last year's presidential

election. But the measures have left political and business figures in the eurozone's largest economy fuming. Germans fear the US actions will hit its firms trying to do business with the former Soviet state. The German Committee on East European Economic Relations (EEER) has now lashed out at the US and accused it of trying to boost energy exports to Europe with the Russian sanctions. The business group said the move by the US threatens pipeline projects essential to Germany's energy security. As anger boiled over, the industry association said the EU should consider retaliation. German businesses say measures passed by the US House of Representatives could threaten energy supply to Europe from Russia, as well as hitting business deals between the EU and Russia. Russia is a crucial business partner for Germany. Damage to companies with business interests in the country could justify counter-sanctions against the United States, according to the head of the German Committee on EEER, Michael Harms. He said: "That is naturally the very last thing we want. "But we must keep the option open." The threat comes after Germany's economy minister said Washington had abandoned the common line it had with Europe over Russia. And chief economist from the German business lobby DIHK Volker Treier, urged the Brussels club to step in. He said: "The European Commission now must make efforts to shed light on the current situation, as well as resist the extraterritorial effect of new US penalties. "We get the impression the US pursues their own economic interests. "If German firms are banned from participating in gas pipeline enterprises, very important projects in the energy supply security sector can be halted."In that case, the German economy will be discernibly influence."

#### **1.47. Russia sanctions bill exposes Trump's legislative tug of war (CTV News)**

CTV News, 27.07.2017, <http://www.ctvnews.ca/world/russia-sanctions-bill-exposes-trump-s-legislative-tug-of-war-1.3521322>

U.S. President Donald Trump is likely to sign a tough new sanctions bill that includes proposed measures targeting Russia -- a remarkable concession that the president has yet to sell his party on his hopes for forging a warmer relationship with Moscow. Trump's vow to extend a hand of co-operation to Russian President Vladimir Putin has been met with resistance as skeptical lawmakers look to limit the executive power's leeway to go easy on Moscow over its meddling in the 2016 presidential election. The Senate voted decisively on Thursday to approve the new package of financial sanctions against Russia, Iran and North Korea two days after the House pushed the measure through by an overwhelming margin. Sen. Bob Corker, R-Tenn., had said he wanted to re-examine the bill's North Korea portion, potentially delaying it before legislators take their August recess. But late Wednesday he announced that he sees "a path forward on legislation to sanction Iran, Russia and North Korea" following "very productive discussions." The proposed measures target Russia's energy sector as part of legislation that prevents Trump from easing sanctions on Moscow without congressional approval. Two administration officials say that Trump is likely to sign the bill, despite last-minute wrangling over language and bureaucracy. Faced with near-unanimous bipartisan support for the bill in both the House and Senate, the president finds his hands are tied, according to two administration officials and two advisers with knowledge of the discussions. The officials added that the president has been reluctant to proceed with the bill, even after it was revised last week to include some changes that American and European companies sought to ensure that business deals were not stifled by new sanctions. Trump has privately expressed frustration over Congress' ability to limit or override the power of the White House on national security matters, saying that it is complicating efforts to co-ordinate with allies -- particularly those in Europe that have taken a different approach to sanctions. The administration officials and advisers demanded anonymity to discuss the private sanctions deliberations. Trump's new communications director, Anthony Scaramucci, hedged the inevitability that Trump will sign, telling CNN's New Day on Thursday that the president "may sign the sanctions exactly the way they are or he may veto the sanctions and negotiate an even tougher deal against the Russians." "There is a tremendous and unprecedented effort by Congress to assert its influence on Russia and foreign policy

because it does not trust the president," said Elizabeth Rosenberg, senior fellow at the Center for a New American Security and a former senior adviser at the Treasury Department. "Lawmakers are so distrustful of the administration that they are imposing requirements to conduct congressional review of attempts by the president to roll back sanctions, and in some instances prevent him from doing so," Rosenberg said. Lawmakers have been keen to implement a sturdy clampdown on North Korea's confrontational actions -- most recently after its first test of an intercontinental ballistic missile. They've also traditionally favoured a policy that keeps Moscow in check for its own aggressive measures in Eastern Europe and Syria, as well as its efforts to disrupt elections in the U.S. and across Europe. "The message coming from Congress on a bipartisan basis is these are hostile regimes and sanctions are warranted -- sanctions are called for," Ryan told reporters Thursday. "And we want to make sure that they're tough sanctions and that they're durable sanctions. It took us a while to figure this out and come together to get the policy right . . . and we all agreed we believe these tough hostile regimes deserve sanctions and this is the bipartisan compromise that produces that."

Trump hasn't threatened to reject the bill even though Secretary of State Rex Tillerson and other senior administration officials had objected to a mandated congressional review should the president attempt to ease or lift the sanctions on Russia. They've argued it would infringe on the president's executive authority and tie his hands as he explores avenues of communication and co-operation between the two former Cold War foes. Russia's ambitions to be on equal footing with the U.S. suffered a setback in 2014 when the Obama administration authorized sanctions against sectors of the Russian economy, including financial services, energy, mining and defence. The administration also sanctioned people in Putin's inner circle accused of undermining peace in Ukraine. Add to that falling oil prices and a weak ruble, and Russia's economy was shackled. Sanctions relief is important to Russia's broader objective of superpower status, shown by its bullish Syria policy. Syria's Russian-backed military made major gains in rebel-held eastern Aleppo in recent days and rebel resistance appeared to be crumbling. While Moscow and Washington are continuously at odds over Syria, the Obama administration did not impose any Syria-related sanctions. Trump's positions on Russia are generally hard to assess because he's often stepped away from his more controversial proposals. In his meeting this month with Putin on the sidelines of the Group of 20 leading rich and developing nations summit in Germany, Trump said he repeatedly addressed the topic of Russia's meddling in the U.S. election. But he never directly answered questions about whether he believed Putin's claims that Russia had nothing to do with it. "There is a bipartisan consensus to confront Russia across the board -- from its actions in Ukraine, Syria, cyber, its election meddling -- you name it," said Boris Zilberman, a Russia sanctions expert with the Foundation for Defence of Democracies. "Russia is the driving force in the sanctions bill," he added. "So we see the legislative branch now trying to send a clear message to the executive branch on where they stand on the issue."

#### **1.48. EU must retaliate if hurt by U.S. sanctions on Russia: German business group (Reuters)**

Reuters, 27.06.2017, <https://www.reuters.com/article/us-usa-trump-russia-germany-zypries-idUSKBN1AC0MV>

Europe must be prepared to respond in kind if the United States' proposed new sanctions against Russia end up hurting its companies, an influential German industry association said on Thursday. U.S. lawmakers reached an agreement on Wednesday paving the way for the U.S. Senate to pass a bill as early as this week to impose the new sanctions on Russia and bar President Donald Trump from easing them without Congress' approval.

The European Union fears the new U.S. restrictions could be an obstacle to its companies doing business with Russia and threaten the bloc's energy supply lines, but the 28-country bloc is divided over how to respond.

The head of the German Committee on East European Economic Relations said potential damage to European energy sector companies with business interests in Russia could justify counter-sanctions. "It's the last thing we want, but we must keep the option open," Michael Harms told a news conference in Berlin.

"The sanctions they want against pipeline projects seem designed to boost U.S. energy exports to Europe, create U.S. jobs and strengthen U.S. foreign policy."

Unlike the United States, whose growing production of shale gas has slashed its reliance on energy imports, much of Central Europe depends on imports of Russian gas through a vast latticework of pipelines.

"Imposing sanctions that hit a third party, namely Europe, and at the same time promoting the American economy with the slogan 'buy American gas' - that's pretty striking," said Kurt Bock, chief executive of Germans chemicals giant BASF, which drills for gas in Russia.

The EU has imposed its own sanctions against Russia over its role in the Ukraine crisis, and Germany has taken a particularly tough stance towards Moscow.

Last week Reuters reported that Germany was urging Brussels to add four more Russian nationals and companies to its blacklist over Siemens gas turbines delivered to Ukraine's Crimea region, annexed by Moscow in 2014.

German economy minister Brigitte Zypries complained on Thursday that Washington had abandoned the "common line" it has maintained with Europe over Russia.

But despite the EU sanctions and Europe's criticism of Moscow on other fronts as well as Ukraine - including allegations that Russian spies are meddling in Western elections - Russia remains a crucial business partner for Germany.

On Thursday, the Committee raised to 20 percent its forecast for growth in German exports to Russia in 2017, compared to 10 percent in its previous forecast.

#### **1.49. EU warns US over sanctions bill targeting Russia (TRT World)**

TRT World, 27.07.2017, <http://www.trtworld.com/europe/eu-warns-us-over-sanctions-bill-targeting-russia-409969>

**EU is ready to act if the new sanctions against Moscow undermine the bloc's energy security, says European Commission President Jean-Claude Juncker. Meanwhile, a German business lobby has called for counter-sanctions if German firms are hit.**

The European Union (EU) is ready to act "within a matter of days" if it felt the new US sanctions against Russia undermined the bloc's energy security, the European Commission (EC) said on Wednesday.

"If our concerns are not taken into account sufficiently, we stand ready to act appropriately within a matter of days. America first cannot mean that Europe's interests come last," EC President Jean-Claude Juncker said. The sanctions against Russia, Iran, and North Korea were approved in a landslide on Tuesday by the US House of Representatives.

The bill also bars US President Donald Trump from easing sanctions on Moscow without Congress' approval.

#### **Sanctions could target EU firms**

Brussels fears the new sanctions will damage European firms and oil and gas projects on which the EU is dependent. The Commission said a number of EU concerns had been taken into account in the most recent version of the bill, but said it could lead to sanctions on any company, including European, that worked on Russian energy export pipelines. "The US bill could have unintended unilateral effects that impact the EU's energy security interests," Juncker said, adding that there should be unity among Western allies on sanctions. To date, anti-Russia sanctions have been coordinated on both sides of the Atlantic in a common Western front, reminiscent of the Cold War. Depending on its implementation, the Commission observed, this could affect infrastructure transporting energy resources

to Europe. An example would be the maintenance and upgrade of pipelines in Russia that feed the Ukraine gas transit system."It could also have an impact on projects crucial to the EU's diversification objectives such as the Baltic Liquefied Natural Gas project," the EC said in a statement.

An EU document prepared for the commissioners also laid out the EU's plans to seek "demonstrable reassurances" that the White House would not use the bill to target the bloc's interests.

The new sanctions target the disputed Nord Stream 2 project for a new pipeline running from Russia to Germany under the Baltic Sea. But the EU note says, "The impact would, in reality, be much wider." The EC said that it plans to file a complaint at the World Trade Organization if diplomacy fails.

#### **European counter-sanctions?**

A German economic committee said on Thursday that the option of European counter-sanctions must be kept open as "a very last option" if the US sanctions hit companies in Germany.

The Committee on East European Economic Relations revised upward to 20 percent its forecast for growth in German exports to Russia this year, from 10 percent growth expected previously.

On Thursday, Germany's economy minister Brigitte Zypries said that the new sanctions could harm German companies and add another difficulty to Berlin's relationship with Washington.

"The US has left the common line it had with Europe for sanctions against Russia," Zypries said, adding that by not coordinating with Europe on the matter, there was a risk that German companies would be harmed.

#### **Sanctions at odds with international law**

France's foreign ministry on Wednesday said the new US sanctions against Iran, Russia, and North Korea appeared at odds with international law due to their extra-territorial reach.

French and European laws would need to be adjusted in response and added that discussions would be necessary at the EU level because of the potential impact on European citizens and firms, the foreign ministry said in a statement.

#### **Russia and Iran vow response**

Russia said that the new US sanctions against Moscow would take already battered ties into uncharted waters. "The attitude to this (law) will be formed on the basis of a thorough analysis, and the decision (on how to respond) will certainly be taken by the head of state, President Putin," said Kremlin spokesman Dmitry Peskov. Iran will reciprocate if the US imposes new sanctions on it, President Hassan Rouhani said on Wednesday. "We will also take any other steps we deem necessary for the development of our country and the prosperity of our country, regardless of their (US) sanctions and their policies, we will pursue our path," Rouhani said.

### **1.50. Власти ФРГ заявляют о возможных негативных последствиях антироссийских санкций для немецкого бизнеса (1 TV)**

Pervij Kanal, 27.07.2017, [https://www.1tv.ru/news/2017-07-27/329607-vlasti\\_frg\\_zayavlyayut\\_o\\_vozmozhnyh\\_negativnyh\\_posledstviyah\\_antirossijskih\\_sanktsiy\\_dlya\\_nemetskogo\\_biznesa](https://www.1tv.ru/news/2017-07-27/329607-vlasti_frg_zayavlyayut_o_vozmozhnyh_negativnyh_posledstviyah_antirossijskih_sanktsiy_dlya_nemetskogo_biznesa)

В Европе все громче звучат резкие заявления по поводу новых антироссийских санкций США. Министерство экономики ФРГ сегодня предупредило, что принятый законопроект стал еще одним трудным моментом в отношениях Берлина и Вашингтона. Могут пострадать немецкие компании. Их представители говорят об очень серьезных рисках. Речь идет об оценке потерь – немецких предпринимателей, что неудивительно, волнуют деньги. Съёмочная группа Первого канала побывала на пресс-конференции Восточного комитета немецкой экономики. Эта структура объединяет крупнейших германских промышленников, которые работают с Восточной Европой. Там называют новый законопроект о новых американских санкциях в отношении России «дамкловым мечом, занесенным над немецкими компаниями». Американцев упрекают в желании создать рабочие места у себя дома за счет рабочих мест в Европе и в частности, в

Германии. Речь идет не только о строительстве газопровода «Северный поток-2», который в американском законопроекте прописан отдельно, сколько о девяти десятках экспортных российских трубопроводах, в том числе, с участием европейских концернов. При этом в случае принятия законопроекта в нынешнем виде может потерять далеко не только Германия, но и другие страны. «Нас очень беспокоит та часть законопроекта, которая касается возможных санкций против любых энергетических трубопроводных систем, идущих из России. Потому что это касается не только «Северного потока-2», который упомянут. В России есть, по нашим подсчетам, 90 экспортных трубопроводных энергетических систем. И есть много проектов не только в Европе, а, скажем, «Сахалин-1», «Сахалин-2». Есть проекты, которые идут из Азербайджана, в Азербайджан, в Казахстан, то есть, на третьих рынках, которые потенциально могут быть затронуты», - говорит исполнительный директор Восточного комитета немецкой экономики Михаэль Хармс. Во время пресс-конференции Михаэль Хармс несколько раз произносил слово «неприемлемо». В первую очередь, неприемлемы действия США по энергообеспечению Европы – желание продвинуть собственный товар с помощью экономических санкций. В данном случае, немецкие промышленники рассчитывают на реакцию Брюсселя, если президент Дональд Трамп подпишет скандальный закон. «Там написано, что это будет способствовать экспорту энергоресурсов из Соединенных Штатов. И если мы посмотрим, то конечно, единственная возможность такого экспорта — это сжиженный газ. И конечно, американцы очень на это рассчитывают. И мы считаем, что такое смешение санкционного режима для достижения внешнеполитических целей и поддержка собственного бизнеса абсолютно неприемлемы. В конце концов, если это будет так принято, и главное - так осуществлено, то я не исключаю ответных торговых мер со стороны Евросоюза», - заявил Михаэль Хармс. Возможность торговой войны между ЕС и США сегодня также прокомментировала министр экономики ФРГ Бригитта Циприс: «Это не будет хорошо ни для кого». Судя по заявлениям из Брюсселя, перечень общеевропейских ответных мер на действия США будет обнародован в ближайшие дни.

### **1.51. В Европе все громче звучат резкие заявления по поводу новых антироссийских санкций США (1 TV)**

Pervij Kanal, 27.07.2017, <https://www.1tv.ru/news/2017-07-27/329644-v-evrope-vse-gromche-zvuchat-rezkie-zayavleniya-po-povodu-novyh-antirossiyskih-sanktsiy-ssha>

В Европе одной из главных тем остается принятый нижней палатой американского конгресса закон о новых антироссийских санкциях. Резких оценок с каждым часом все больше. Сегодня свое негативное мнение высказала влиятельная Ассоциация европейского бизнеса. Там обеспокоены, что могут пострадать интересы компаний и государств Европы, связанных с нашей страной, например, в энергетике. Преобладающее мнение — документ создает немалые трудности в отношениях между Вашингтоном и столицами Старого Света. За спиной исполнительного директора Восточного комитета германской экономики - он объединяет немецких промышленников, работающих с Восточной Европой, - карта с надписями на русском языке. Синими ниточками трубы тянутся на запад. Целая кровеносная система. Многолетний бизнес, в том числе, с участием немецких компаний. Над ними сейчас занесен дамоклов меч. «Нас очень беспокоит та часть законопроекта, которая касается возможных санкций против любых энергетических трубопроводных систем, идущих из России. Потому что это касается не только «Северного потока-2», который упомянут. В России есть, по нашим подсчетам, 90 экспортных трубопроводных энергетических систем. Многие идут в 13 стран. Из них пять европейских стран, не считая даже транзитные страны», - говорит исполнительный директор Восточного комитета немецкой экономики Михаэль Хармс. Хармс говорит, что под санкции может попасть не только строительство новых трубопроводов, таких как «Северный



поток-2», но и обслуживание уже существующих. «Это касается и польских, и латвийских проектов, потому что у них есть совместные трубопроводы, которыми владеют совместно с этими фирмами», - поясняет он. Речь идет о фирмах, которые инвестировали в трубопроводы, идущие из России на Запад. Получается, под ударом могут оказаться, в том числе, те страны, которые в Европе активнее прочих выступали за антироссийские санкции. Но далеко не только они. «Если посмотреть в целом по пулу проектов, которые могут быть затронуты, то есть это интересы Германии, Австрии, Италии, Франции, Нидерландов, Великобритании, Швеции. Финляндия там есть. Это основная часть таких вот крупных европейских держав. Это действительно серьезный удар по европейскому бизнесу», — отмечает заведующий Центром изучения мировых энергетических рынков Института энергетики Высшей школы экономики Вячеслав Кулагин. Что же касается немецкого бизнеса, то в крупнейшей добывающей компании Германии «Винтерсхаль» американские санкции называют ни много ни мало «угрозой энергетической безопасности для всего континента». «Санкции не должны использоваться, как элемент продвижения собственных экономических интересов, например, для сбыта американского СПГ. Кажется, теперь геэкономика устанавливает правила игры, а мы, компании, чьи интересы и проекты она затрагивает, служим лишь мячиком для пинг-понга в ней», - говорится в заявлении председателя правления компании Марио Мерена. Ну а что же официальный Берлин? Да, встревожены. Да, осуждаем. Но кто об этом говорит? Представитель правительства и пресс-секретарь МИД. Сам министр иностранных дел Зигмар Габриэль, который непривычно жестко высказался в отношении законопроекта еще месяц назад, в этот раз почему-то решил промолчать. Издание «Шпигель-онлайн» полагает: «Берлин надеется на переговоры с американцами. Текст законопроекта уже был частично изменен. Так, в 232 параграфе - текст размещен на сайте Конгресса США - возможно, содержится лазейка для неприменения санкций против европейских компаний». «Президент в координации с союзниками Соединенных Штатов может наложить пять или более санкций, описанных в разделе 235», - говорится в законе. Может, но не обязан. Да еще и в координации с союзниками. Однако, если дальнейший торг с американцами в отношении санкций потерпит фиаско, что тогда? «В конце концов, если это будет так принято, и главное - так осуществлено, то я не исключаю ответных торговых мер со стороны Евросоюза. "Торговая война" — немножко очень сильный термин, но ответные меры возможны», - заявил Михаэль Хармс. Между тем именно об опасности «торговой войны» сегодня говорила министр экономики Германии Бригитте Циприс. Законопроект еще не принят. Как будут применяться санкции, понять сложно, если вообще сейчас возможно. Однако неопределенность обычно пугает инвесторов. Возможно, инициаторы санкций, в том числе, рассчитывают на это. Впрочем, сегодня стала известна любопытная статистика. Вопреки всем санкциям, экспорт Германии в Россию растет: за первые пять месяцев 2017 года на 20 процентов по сравнению с прошлым годом.

## 1.52. Скандалы разъедают администрацию Дональда Трампа (Vesti)

Vesti, 27.07.2017, <https://www.vesti.ru/doc.html?id=2914739>

Евросоюз оценивает масштаб ущерба от будущих антироссийских санкций. Ассоциация европейского бизнеса заявляет, что они приведут к серьезному сокращению производства. Восточный комитет немецкой экономики призывает не политизировать проект "Северный поток-2", который в Германии считают единственным рентабельным решением энергетических проблем Европы. Концерн Shell подтвердил, что готов выполнять свои обязательства по российским проектам, хотя и с учетом расширения санкций.

В Брюсселе думают, как защитить стратегические инвестиции своего бизнеса. А в Вашингтоне, похоже, уже все для себя решили. Сенаторы обещают положить документ на стол Трампу еще до конца этой недели. До принятия пакета антироссийских санкций осталось два формальных шага. Решение Сената и подпись Дональда Трампа. В его случае все непредсказуемо.

Президент США может наложить на закон вето, но с окончательным решением он все еще не определился. "Трамп может подписать законопроект о санкциях в том виде, в котором он есть, может наложить вето, а может даже обсудить введение более жестких мер о санкциях против россиян. Он может решить занять более жесткую позицию по россиянам, чем Конгресс", — считает Энтони Скарамуччи, директор по коммуникациям в аппарате Белого дома.

Какие именно ужесточения имеет в виду Трамп, со слов Скарамуччи неясно. Но о том, что их общий шеф еще колеблется, говорит и пресс-секретарь Белого дома. "Существует возможность того, что может произойти больше изменений. Так что мы сначала посмотрим, как будет выглядеть законопроект, и после примем свое решение. Но я могу сказать вам, что Белый дом, президент и вся администрация, как мы уже заявляли ранее, решительно поддерживаем санкции против России, Ирана и Северной Кореи", — рассказала Сара Сандерс. Одним из поводов для принятия Палатой представителей нового законопроекта об экономических ограничениях послужила давно раскрытая в Америке история про якобы вмешательство России в президентские выборы. Чтобы выглядело убедительнее теперь подтягивают и исторический параллели. Журнал Atlantic публикует воспоминания политолога Яна Лодала. В 1975 году он, будучи членом совета по национальной безопасности США, участвовал в переговорах с Советским Союзом по стратегическим наступательным вооружениям. Лодалу, словно шпиону, удалось тогда добраться до содержимого пепельницы, которой пользовался Брежнев. Туда советский генсек якобы бросил обрывки записки, что зафиксировала содержание его беседы с американским президентом Фордом. Лодал утверждает, что склеил и вот 42 года спустя предъявил доказательства предыдущего сговора с русскими. "Хочу вам доверительно и совершенно откровенно сказать, что мы в советском руководстве сторонники вашего избрания президентом на новый срок и будем со своей стороны делать все возможное, чтобы так было", — якобы сообщил Брежнев. На что якобы Форд ответил: "Благодарю вас за это. Я рассчитываю быть избранным и думаю, что это отвечает интересам дальнейшего развития советско-американских отношений, дела упрочения разрядки". О разрядке поначалу мечтал и Трамп. Но сейчас скандалы разъедают его администрацию и изнутри. Всю неделю президент США в своем твиттере пишет, как недоволен генпрокурором Сешнсом. Конфликт у него и с Госдепом. Там по-прежнему засилье кадров времен Обамы. Встречу с главой МИДа Катара госсекретарь Тиллерсон использует, чтобы развеять у журналистов слухи о своей отставке. "Я не собираюсь никуда уходить. — Как долго вы еще будете занимать свою должность? — Столько сколько мне позволит президент. — Какие у вас отношения с президентом прямо сейчас? — Все хорошо". В полку тех, кто недоволен Трампом, тем временем прибыло. После того как президент США накануне в своем твиттере написал, что принял решение не допускать до службы в армии трансгендеров, манифестации зашагали по улицам американских городов. Под радужными флагами стоят в Сан-Франциско и у трамповской башни в Нью-Йорке. Подключился и шоу-бизнес. В авангарде недовольных певица леди Гага. Пока Трамп еще думает по поводу антироссийских санкций, в Сенате, похоже, обо всем уже договорились. Глава комитета по международным делам Боб Коркер объявил, что проштамповать решение нижней палаты Конгресса он и его коллеги готовы уже на этой неделе.

### **1.53. В Германии предложили выкупить турбины Siemens у РФ (Vestifinance)**

Vestifinance, 27.07.2017, <http://www.vestifinance.ru/articles/88866>

**В компании Siemens предложили выкупить поставленные в Крым турбины, однако Россия выступает против.**

Если Россия согласится на предложение Siemens выкупить поставленные в Крым турбины, в таком случае, несмотря на негативный общественный резонанс, проблема будет "легально решена". Об этом в комментариях журналистам заявил управляющий директор Восточного комитета немецкой экономики (Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft) Михаэль Хармс. "Siemens находится уже 165 лет в России, это ключевой для компании рынок. Мы очень довольны, и российское правительство довольно компанией Siemens. Компания делает фантастический бизнес. Было бы очень жалко, если бы данная ситуация помешало этому. Все еще действует предложение Siemens выкупить турбины обратно, и я не совсем понимаю, почему российская сторона пока отказалась от такого простого, выгодного всем сторонам решения". Министр энергетики РФ Александр Новак ранее заявил о том, что строящиеся в Крыму ТЭС вступят в строй вне зависимости от ситуации, которая развернулась вокруг газотурбинных установок, которые были приобретены "Технопромэкспортом", дочерней компанией госкорпорации "Ростех", у компании Siemens. "Проект будет реализован в любом случае, потому что там необходимо строительство генерации. Компания реализует, я считаю, в соответствии с теми техническими решениями, которые были приняты, и в соответствии с действующим законодательством. Насколько сегодня мы знаем о дате и графике – I квартал 2018 г., уже могут быть запущены первые блоки".

### **1.54. Евросоюз готовит контрмеры против санкций США (Politksal)**

Politksal, 27.07.2017, <http://poliksal.ru/raznoe/243665-evrosoyuz-gotovit-kontrmery-protiv-sankciy-ssha.html>

Согласованные Конгрессом США новые антироссийские санкции с большой долей вероятности будут подписаны президентом Дональдом Трампом. Чиновники ЕС видят в новых мерах прямую угрозу европейским интересам и уже готовят возможный ответ, о чем оповестил глава Еврокомиссии Жан-Клод Юнкер. Что может предпринять Брюссель? Глава Еврокомиссии Жан-Клод Юнкер призвал срочно обсудить возможный ответ Евросоюза на не согласованные с Брюсселем американские санкции против России. Заседание ЕК должно состояться в среду. Как сообщает The Financial Times, ЕС, возможно, придется реагировать «в ближайшие дни». Чем пригрозили в Брюсселе В качестве обсуждаемых мер Брюссель рассматривает признание антироссийских санкций США недействительными на территории Евросоюза, поскольку они нарушают европейские интересы. Не исключено также, что Брюссель попросит у Белого дома «публичного или письменного заверения», что санкции против России не ударят по интересам ЕС. Также Евросоюз обдумывает введение контрмер согласно нормам ВТО. В минувшую субботу Конгресс США преодолел многомесячные процессуальные препоны и содержательные противоречия. Было достигнуто согласие по законопроекту о новых санкциях против России и Ирана, а также – возможно – Северной Кореи. Ориентировочно 25 июля по проекту будет проведено голосование, затем его должен будет подписать президент Дональд Трамп. Законопроект изначально встретил жесткую критику не только в Москве, но и в Брюсселе. Так, на прошлой неделе в Еврокомиссии указывали: односторонние действия Вашингтона создают угрозу, прежде всего, проекту «Северный поток – 2». Между тем, как ранее сообщалось, новый

законопроект бьет и по американскому президенту, поскольку резко ограничивает его возможности отменять санкции или приостанавливать их действие. Трамп может оказаться перед трудным выбором. «Следуйте тому, что говорит Сара» В Сенате, судя по всему, уверены, что Трампу придется подписать законопроект. Эту уверенность подкрепило воскресное заявление пресс-секретаря Белого дома Сары Сандерс: администрация Трампа «поддерживает жесткость в отношении России и введение этих санкций, в частности». Позже в воскресенье новый директор по связям с общественностью Белого дома Энтони Скарамуччи сделал прямо противоположное заявление. Он сообщил: Трамп не уверен в том, что за «вмешательством» в выборы в США стоит Москва. В воскресном заявлении позиция Трампа по законопроекту была представлена неверно, и президенту еще предстоит принять решение, сообщил Скарамуччи. Однако некоторое время спустя он забрал свои слова обратно. «Моя ошибка», – сказал Скарамуччи газете The New York Times, отвечая на запрос, какому сообщению все-таки верить. «Следуйте тому, что говорит Сара (Сандерс)», – подчеркнул директор по коммуникациям. Между тем Скарамуччи является начальником Сандерс, а не наоборот, отметила NYT. Судя по итогу этой «запутанной истории», вероятность того, что Дональд Трамп все же поставит подпись под санкционным законом, весьма велика. Каким может быть эффект от санкций для России «Новые санкции в основном касаются ряда российских банков (которые и так уже находятся под санкциями) и ряда нефтегазовых компаний», – пояснила замдиректора аналитического департамента «Альпари» Анна Кокорева. «Для нефтегазовых компаний здесь никаких существенных угроз нет», – подчеркнула собеседница. Кокорева отметила, что уже побеседовала с представителями некоторых наших нефтегазовых компаний. Они заявили, что с момента введения первых санкций осуществляют краткосрочное и среднесрочное заимствование в банках западных стран и имеют возможность кредитоваться как в России, так и в Азии и Латинской Америке. С банками ситуация другая. «Здесь данные санкции могут спровоцировать рост спроса на валюту на внутреннем рынке. Это приведет к ослаблению российского рубля в среднесрочной перспективе. Мы уже сегодня видим, что реакция рублевых пар негативная. Однако можно сказать, что рынок был к этому готов, потому что всплески менее резкие, чем ожидалось изначально, и даже основные российские фондовые индексы также реагируют очень умеренно» – подчеркнула эксперт. Европейская реакция вызывает удивление. Обычно Европа поддерживает действия США, хотя уже действующие санкции наносят урон торговым отношениям партнеров. Поэтому нынешняя реакция Еврокомиссии и других брюссельских структур вызывает удивление, отмечает Кокорева. Но причина очевидна: европейский бизнес, особенно в Германии, страдает от этих санкций. Потери стран, которые ввели санкции, составляют более 100 млрд долларов – согласно докладу, который в апреле представил Идрис Джазаири, спецдокладчик ООН по вопросу о негативном воздействии односторонних принудительных мер на права человека. При этом же расчете общие потери России оцениваются в наполовину меньшую сумму – 52–55 млрд долларов. По оценке Восточного комитета германской экономики (Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft), которую приводит издание Handelsblatt, «уменьшение объемов экспорта из стран-ограничителей в РФ связано на 43% с санкциями и только на 20% – с экономическим кризисом в стране после 2013 года». Жан-Клод Юнкер и другие представители европейских структур исходят из позиции, что «материальные потери ЕС при ухудшении торговых взаимоотношений между Евросоюзом и Россией могут увеличиться», – отметила Кокорева. Если санкции будут поддержаны, то и банковский «сектор ЕС понесет определенный ущерб», – резюмировала эксперт. «В итальянских интересах – получать российский газ» «Санкции не в наших интересах», – подчеркнул в своем комментарии депутат парламента Италии от партии «Лига Севера» Паоло Гримольди. Американская дипломатия в течение 10 лет призывает итальянские правительства, итальянских политиков из разных партий не строить «Южный поток», рассказал депутат. «А ведь в чьих интересах этот проект? В итальянских и в российских – иметь возможность продавать и получать газ», – подчеркнул парламентарий. Почему же американцы так заинтересованы во введении санкций? Чтобы создать возможность покупки газа у США».

Как ранее отмечалось, объявленное Белым домом намерение зарабатывать миллиарды долларов на торговле сжиженным природным газом (СПГ) неизбежно приведет к столкновению американских компаний с Газпромом. Европейцы также, заметим, не в восторге от заокеанской газовой экспансии. Так, в мае прошлого года Франция неожиданно выступила против США, пытающихся завоевать место на европейском газовом рынке. «Когда видишь такое поведение (США), то понимаешь, что кошмар США – если Россия и ЕС начнут работать вместе», – подчеркнул Паоло Гримольди. Поэтому они используют свою экономическую и политическую мощь, дипломатию и так далее, чтобы держать на большом расстоянии друг от друга Европу и Россию, указал собеседник. «Иногда они находят кого-то очень удобного для США, например Ангелу Меркель», – отметил депутат. Но иногда они сталкиваются с тем, что европейская политика сильно отличается от американской, добавил он. Вашингтон пытается «дисциплинировать Германию» «Ситуация просто безобразная. Американский Конгресс внаглую пытаются провести свою личную повестку дня и убить сразу нескольких зайцев», – заявил германский политолог Александр Рар. – Они хотят ослабить своего собственного президента, разрушить его попытки установить хорошие отношения с Россией, а также ослабить или даже попытаться разрушить российскую энергетическую политику в Европе». Напомним, ранее эксперт Германского института экономических исследований Клаудия Кемферт отмечала в комментарии изданию Passauer Neue Presse: планы США по санкциям на поставки углеводородов в Европу снижают экономические возможности Германии. Санкции США направлены на то, чтобы пропустить на европейский рынок свои собственные, американские компании, а также «дисциплинировать такие страны, как Германия, которые по-прежнему выступают за близкие энергетические отношения с Россией», – указал Александр Рар. Если американцам, а точнее их истеблишменту и системе, которая за всем этим стоит, удастся все сделать, как они хотят, «тогда они фактически поставят Европу на колени», – подчеркнул Рар. В связи с чем политолог выразил надежду, что европейцы возьмут наконец инициативу в свои руки и смогут показать свою стойкость и упорство – пойдут против США в вопросе санкций. Тем не менее эксперт опасается, «что Европа, к сожалению, на это не способна». Хотя если бы ЕС снял часть барьеров в отношении торговли с Россией, они могли бы показать, что заинтересованы в плодотворном сотрудничестве с Россией и выходе из кризисной ситуации, которая сложилась на Украине, добавил собеседник. Марина Балтачева, Никита Коваленко, "Взгляд"

## **1.55. Войны до конца года точно не будет (NG)**

Nezavisimaja Gazeta, 31.07.2017, [http://www.ng.ru/world/2017-07-30/100\\_war.html](http://www.ng.ru/world/2017-07-30/100_war.html)

Тот факт, что антироссийские санкции приобретают конкретные очертания, беспокоит широкие круги общественности, причем не только в России. Поэтому вопрос ответных действий Кремля остается основной темой сегодня на всех уровнях. Был он задан и президенту Владимиру Путину на итоговой пресс-конференции по итогам визита российского главы государства в Финляндию. Как и следовало ожидать, Путин ушел от ответа, сославшись на то, что окончательный текст законопроекта пока ему не известен. Действительно, доклад, касающийся санкций, в открытом доступе должен быть опубликован частично, а в полном будет носить гриф секретно. Пока мы можем ссылаться лишь на утечки - в той или иной форме. Впрочем, буквально на следующий день российский ответ был опубликован и, хотя он увязывается с нынешними санкциями, фактически это ответ на ограничения деятельности российских дипломатов в США, введенных еще президентом Обамой. Понятно, что Москве не хотелось добавлять проблем новому президенту США, но в условиях его очевидной беспомощности перед сплоченными на антироссийских позициях конгрессменами и сенаторами, другого выхода у Кремля очевидно не было. Более свободно на эту тему рассуждали в прошедший четверг на круглом столе по теме

«Новые санкции США против России: какими будут последствия?», состоявшемся в пресс-центре МИА «Россия сегодня». Среди участников дискуссии были: Андрей Сидоров, заведующий кафедрой международных организаций и мировых политических процессов МГУ имени М.В. Ломоносова, Николай Платошкин, заведующий кафедрой международных отношений и дипломатии Московского гуманитарного университета, Вячеслав Кулагин, заведующий отделом энергетического комплекса мира и России Института энергетических исследований РАН, Андрей Корнеев, руководитель Центра проблем энергетической безопасности Института США и Канады РАН, Алексей Громов, директор по энергетическому направлению, руководитель Энергетического департамента Фонда «Институт энергетики и финансов».

Участники круглого стола считают, что у России имеются возможности для достаточно болезненного ответа американцам, которые бьют нас, по образному выражению Николая Платошкина, по «больным местам». Ведь санкции США, впервые, кстати, принятые без особых консультаций, а тем более детального согласования с союзниками по НАТО, нацелены на то, чтобы максимально усложнить России реализацию тех мер, которые она считает необходимыми для укрепления своего суверенитета. Но, наверное, не стоит рассматривать варианты контрсанкций, которые также нанесут ущерб и российской экономике. В их числе участники круглого стола предлагали и отказ от сотрудничества в космосе, включая поставки российских ракетных двигателей или прекращение продаж нашего титана американским авиакомпаниям. Такие меры выйдут, понятно, себе дороже, потому что ударят по российским производителям. Более реалистичным показалось предложение забрать российские средства, вложенные в американские ценные бумаги. Как известно, львиную долю международных резервов Россия хранит в долларах на счетах либо в виде американских долговых бумаг. Причем Россия в данном случае занимает только 14-е место (на первом месте – Япония, на втором – Китай). Это связано с тем, что размещение резервов в американских активах является обычной практикой для большинства государств, поскольку предполагается нулевой риск дефолта по долговым обязательствам США. Однако, считает аналитик IFC Markets Дмитрий Лукашов, даже частичная распродажа долларовых активов столь крупным держателем как Россия может существенно подорвать стабильность темпов восстановления американской экономики». Впрочем, это палка о двух концах, если вспомнить о заморозке всех иранских активов в США после исламской революции с отключением Ирана от системы SWIFT. Другими словами, американцам будет чем ответить. Тем более, что и в США и даже в Европе (лидеры немецких «зеленых») имеются желающие отключить Москву от SWIFT за какие-либо прегрешения. Так что в плане ответа на американские санкции российской стороной был выбран наиболее реальный вариант. Другой вопрос, действия против так называемых информантов с российской стороны. Ведь, как отмечала НГ, «различного рода разоблачения, которыми давно занимается оппозиция в отношении представителей власти, теперь, похоже, могут повлечь за собой включение их фигурантов в санкционные списки США. Ведь перечень оснований для введения тех или иных ограничений в антироссийском законопроекте заложен крайне широкий, а направлены они могут быть не только против представителей правящей элиты страны, но и любых связанных с ними людей или компаний». Теперь, американские санкции открывают широкий простор для судебных исков как организаций, так и частных лиц против представителей российской оппозиции. Можно предположить, что власть как раз этим и воспользуется.

Что реально потеряет Россия в результате санкций

С точки зрения экспертов, опрошенных британской информационной службой Би-би-си, сам пакет представляет собой большой объем документов, который объединяет и дополняет уже действующие санкции. Журналисты Би-би-си опросили директора программы "Экономическая политика" Московского Центра Карнеги Андрея Мовчана и главного экономиста банка "Уралсиб" Алексея Девятова о главных нововведениях нового пакета санкций. По их мнению, новый документ расширяет ограничения на поставку товаров, услуг и технологий, которые нужны для реализации новых проектов по разработке глубоководных месторождений нефти, а также месторождений в Арктике и добыче из сланцев. Раньше такие ограничения касались проектов

пяти российских компаний, которые считаются лидерами нефтяной отрасли, - это "Роснефть", "Газпром", "Газпром нефть", "Лукойл" и "Сургутнефтегаз". Для этих компаний ограничено сотрудничество с иностранными партнерами, а также возможности по покупке западного оборудования и технологий. Однако крупные инвестиции в добычу нефти и разработку новых месторождений многие компании сделали еще до принятия санкций, что позволило им наращивать добычу в последние годы, несмотря на введение странами Запада ограничений и падение цен. Новые ограничения могут коснуться совместных проектов: американские компании рискуют потерять возможность участвовать в проектах, где доля российских компаний превышает 33%. Они не смогут продавать оборудование и технологии для таких проектов или участвовать в них. Однако таких проектов почти нет, говорит Мовчан: сланцевую и глубоководную нефть российские компании почти не добывают. Есть известные разработки на шельфе, где участвуют российские компании в партнерстве с иностранцами. Например, "Лукойл" участвует в разработке шельфового газоконденсатного месторождения Шах-Дениз в Азербайджане, но владеет всего 10% акций, что меньше установленной проектом нормы. Эта мера направлена против проектов, которые "имеют потенциал по добыче нефти", объясняется в законопроекте. "Очень многие места звучат грозно, но на практике они неприменимы", - говорит о них Мовчан. Документ также предусматривает ограничения на поставку технологий и услуг, необходимых для строительства трубопроводов. Ограничения распространяются на ситуацию, когда отдельный товар стоит 1 млн долларов или больше или за последние 12 месяцев товаров было поставлено на 5 млн долларов и больше. Таким образом американские конгрессмены хотят ограничить возможности России по созданию инфраструктуры для экспорта энергоресурсов, говорится в законопроекте. Эти предложения, по мнению Мовчана, ставят под угрозу реализацию "Турецкого потока" и других проектов. Санкции могут угрожать таким проектам, как "Северный поток" и "Сахалин-2", писала британская Financial Times, ссылаясь на данные Еврокомиссии. В долгосрочной перспективе это может отразиться негативно на российских проектах, считает Девятков. "Некоторые проекты, которые могли бы быть реализованы, либо совсем не будут реализованы, либо будут реализованы с существенной задержкой", - полагает он. Однако в документе также сказано, что для введения ограничений на эти проекты должны быть согласованы с "местными экономическими партнерами". "Эти согласования, я думаю, будет очень тяжело получить, потому что европейцы заинтересованы в этих проектах", - полагает Мовчан. На этот же момент обратили внимание и участники круглого стола в «России сегодня». Еще один комплекс ограничений касается приватизации госкомпаний. Президент США может ввести санкции против американских компаний или граждан в случае, если они инвестируют более 10 млн долларов в активы в рамках приватизации госсобственности в России и если от этого выигрывают какие-то российские чиновники или члены их семей. Это же касается суммарных инвестиций в 10 млн долларов за период в 12 месяцев. Не совсем понятно, как будет работать механизм, который определит, выиграли ли от приватизации чиновники, отмечает Девятков. "Здесь, наверное, имеется в виду условие, если цены продаваемых активов заметно отличаются от рыночных и справедливых", - поясняет он. Именно в таких ситуациях обычно есть подозрения на то, что кто-то на этом зарабатывает, продолжает экономист. Процесс приватизации в России идет неактивно, а шансов на новую большую программу приватизации в стране немного, согласен Мовчан. Американские банки не смогут выдать организации или человеку из санкционного списка более 10 млн долларов за 12 месяцев. США, согласно законопроекту, могут ограничить финансирование российских проектов международными фондами, если от такой помощи, по мнению властей, выиграют компании или люди из санкционного списка. Документ также предполагает и другие финансовые ограничения в США для физических лиц и компаний из санкционного списка: им может быть отказано в банковских операциях, операциях с недвижимостью, на рынке ценных бумаг и другие. По словам Мовчана, российские компании и экономика в целом несильно зависят от финансирования со стороны американских банков или международных организаций. Эксперт отмечает, что для компаний доступно финансирование из других стран, например, некоторые компании все еще

могут занимать у европейских банков даже в долларах. При этом экономисты и ранее говорили, что за время санкций российские компании серьезно сократили свою внешнюю задолженность, им нужно меньше денег на погашение кредитов. По данным ЦБ, российские компании сейчас должны иностранцам около 351 млрд долларов. В основном это банковские кредиты, а также обязательства перед различными инвесторами. В законопроекте также содержится рекомендация казначейству США обсудить с госдепартаментом и представителями разведки возможность введения ограничений на покупку российского госдолга. По данным ЦБ, внешний госдолг России на 1 июля этого года составил 47,2 млрд долларов. В основном это ценные бумаги в иностранной и российской валюте, которые торгуются на рынке.

"Если иностранцам запретят держать наши суверенные облигации, это может быть неприятно", - признает Девятков. Это может усилить отток капитала, замедлить рост экономики на 0,7-0,8 п.п. и привести к ослаблению рубля, прогнозирует экономист. Это также может негативно сказаться на бюджете России, предполагает он. Влияние на бюджет будет, скорее всего, умеренным, продолжает экономист. Российский бюджет дефицитен и, по прогнозу российского Минфина, останется таким в ближайшие годы. Однако для финансирования дефицита власти не планируют прибегать к внешним заимствованиям - вплоть до 2020 года основными источниками финансирования дефицита, по прогнозу Минфина, будут заимствования на внутреннем рынке, а также средства Резервного фонда и Фонда национального благосостояния. Девятков поясняет, что проблемы отдельных физических лиц, даже очень богатых, вряд ли могут создать проблемы для экономики России в целом. В документе прописана возможность широким образом применять санкции, в нем "очень много прав и в общем никаких обязанностей", очень много сдержек и противовесов, резюмирует Мовчан. Интересна в этой связи реакция рынков. Как отмечает агентство Bloomberg, российские акции показали самое резкое падение за шесть недель, а рубль растерял рост после того, как Москва предложила ряду американских дипломатов вернуться домой в ответ на ужесточение санкций, одобренное в четверг Сенатом США. Хотя некоторые инвесторы отметили, что решение подтверждает статус России как государства-изгоя, и санкции могут остаться в силе на десятки лет, другие, в том числе Ян Ден из Ashmore Group Plc, видят в новом витке напряженности инвестиционную возможность. Эрик Ванраес, инвестменеджер по облигационным фондам El Sturdza Investment Funds в Женеве, который участвует в управлении активами примерно на 3 миллиарда долларов полагает: «Это очевидно негативно для российских бондов. В начале недели мы сократили вложения в корпоративные облигации РФ с 16 процентов до 8 процентов. Это явно неблагоприятный фактор, и сейчас я настроен уменьшить вес этих бумаг с 8 процентов на случай появления новых негативных новостей» Ян Ден считает, что происходящие события " просто отражают тот факт, что Трамп маргинализируется, что Конгресс ненавидит Россию и что отношения еще какое-то время будут оставаться прохладными. Это не способствует улучшению настроений. Но, делает вывод он, «негативные настроения - ваши помощники, если вы настроены на выгодные покупки на долгом рынке. Именно за такими событиями стоит следить, желая заработать на рынках облигаций". Далее Bloomberg приводит мнение аналитиков Goldman Sachs Group Inc (цитируется по finanzen.ru): «Законопроект не дает оснований для изменения рыночных прогнозов, так как в основном закрепляет нынешние ограничения на работу с РФ. В случае принятия законопроект "кодифицирует" существующие санкции, и для их снятия президенту потребуется одобрение Конгресса США. Как показывает опыт, отмена кодифицированных санкций - очень сложная задача, отмечает главный экономист Goldman по России Клеменс Графе. Однако оценки банка "основывались на предположении, что международные санкции не будут сняты на рассматриваемом горизонте, и с учетом этого мы не ожидаем изменений в прогнозах из-за санкционного законопроекта", сообщил Графе. Аналитики же инвестбанков, от Commerzbank AG до Nomura International Plc, расходятся во мнениях относительно возможного эффекта для рынков: часть полагает, что санкции уже заложены в ожидания инвесторов, а другие прогнозируют давление на курс рубля и биржевые индексы РФ. В одной лодке с ЕС



Из вышеизложенного следует вывод, что наиболее остро санкции могут повлиять на такие инфраструктурные проекты как «Северный поток-2» и «Турецкий поток». Это связано и с вопросами финансирования этих проектов и с отсутствием у России собственных компаний, способных выполнять морскую трубоукладку. Поэтому представляется вполне понятной негативная реакция немецких (и не только немецких) нефтегазовых компаний, участвующих в этих и других проектах с российской стороны. Как известно, против ограничения участия американских компаний в совместных проектах выступает нефтяное лобби США, в частности ExxonMobil и Chevron, сообщила в начале июля газета Wall Street Journal. В Exxon, в частности, беспокоились, что ограничения могут подорвать конкурентные позиции компании в мире. Довольно резко выступил против этих санкций Маттиас Шепп, председатель правления Российско-Германской внешнеторговой палаты. Он официально заявил, что «меры, продвигаемые Вашингтоном, обостряют конфронтацию Запада с Россией. Кроме того, законопроект не учитывает интересы Германии и Европейского Союза. Европейские политики должны исключить возможность, при которой экстерриториальное воздействие санкций США могло бы ограничивать европейские и немецкие компании на российском рынке».

Райнер Зееле, президент Российско-Германской ВТП, глава энергетического концерна OMV, отвечающего за проект Северный поток-2 с европейской стороны отмечает : «Не совсем понятно, почему Соединенные Штаты в одностороннем порядке пытаются создать базу для новых санкций. Это ставит под угрозу не только энергетическую безопасность Европы, которая и в будущем будет нуждаться в поставках российского газа, но и бизнес германских компаний в России. Вне всякого сомнения, вопросы энергетической безопасности и энергоснабжения Европы лежат исключительно в зоне ответственности Европейского Союза». Влиятельный Восточный комитет германской промышленности выступил со специальным заявлением, в котором отмечается, что новые американские санкции означают «новые риски для конъюнктуры» поскольку они расширяют ограничения, накладываемые на Россию и вместе с тем, затрудняют бизнес немецких и европейских фирм». Восточный комитет называет действия США «фундаментальной атакой на реализацию Европой своего энергоснабжения и приведет к росту цен на энергоносители и снижению конкурентоспособности европейской экономики. Поэтому реальнее всего предположить, что Кремль попытается избежать обострения ситуации и не станет вводить какие-либо вызывающие антисанкции, а попытается организовать с заинтересованными противниками американских санкций (и не только в Европе) единый фронт. Тем более, что, как отмечает немецкая экономическая газета Handelsblatt, в Европе наблюдается явное недовольство вводимыми санкциями. Немецкие фирмы и немецкие политики упрекают США в стремлении продавить собственные экономические интересы в Европе, в частности, что касается поставок американских углеводородов. Координатор правительства ФРГ по вопросам трансатлантического партнерства Юрген Хардт полагает, что экстерриториальное воздействие подобных санкций противоречит международному праву. Об этом, цитирует газета, он заявил на выступлении в берлинском Фонде «Наука и политика» (SWR). Последний опрос института по изучению общественного мнения Forsa, проведенный по заказу компании Wintershall с 7 по 11 июля, участвующей в строительстве газопровода «Северный поток— 2», как сообщает немецкий журнал Spiegel, свидетельствует, что 83% жителей Германии выступают против новых санкций, которые США собираются ввести против России. При этом 77% полагают, что в действительности США с помощью санкций преследуют собственные экономические интересы . 6 процентов считают их правильными, а 10 процентов исходят из того, что причиной введения санкций явилось воздействие России на президентские выборы в США в 2016 году. Несомненно, что в преддверии федеральных выборов это мнение немецких избирателей окажет решающее влияние на позицию правительства ФРГ. И в этом как раз и заключается шанс для Кремля преодолеть новые санкции.

## **1.56. Санкции США подорвут торговлю между Россией и Германией (RG)**

Rossiskaja Gazeta, 27.07.2017, <https://rg.ru/2017/07/27/prognoz-sankcii-ssha-podorvut-torgovliu-mezhdu-rossiej-i-germaniej.html>

За первые пять месяцев текущего года торговый оборот между Россией и Германией увеличился в 1,3 раза и достиг 24,4 миллиарда долларов. В прошлом году этот показатель составлял 18,5 миллиарда долларов. По итогам года ожидается рост германского экспорта в РФ на 20 процентов. Однако прогнозы могут не сбыться из-за американских санкций и нового обострения конфликта между Востоком и Западом, считает Восточный комитет немецкой экономики. По оценкам экспертов, стремление Вашингтона расширить санкции против России несет серьезные риски для развития деловой конъюнктуры. "Планы США преследовать международные компании, занятые строительством модернизацией и обслуживанием российских экспортных трубопроводов, являются фундаментальным вмешательством в энергообеспечение Европы, и приведут к росту цен на энергоносители и снижению конкурентоспособности европейской экономики", - заявил исполнительный директор Комитета Михаэль Хармс. По его словам, особой мишенью США стал газопровод "Северный поток-2", в строительство которого участвуют фирмы из Германии, Нидерландов, Франции и Великобритании. "Законопроект Конгресса висит как дамоклов меч над европейскими компаниями из энергетического сектора, - беспокоится деятель Комитета, - они чувствуют неуверенность, что однажды столкнутся с ограничениями или, по крайней мере, с неприятностями на американском рынке". Деловые круги Германии поддерживают планы Еврокомиссии принять ответные меры в случае нанесения вреда европейскими интересам, заключил исполнительный директор Восточного комитета.

## **1.57. Германия сообщила данные об уровне торговли с Украиной (NP)**

Narodnaja Pravda, 28.07.2017, <https://ru.narodna-pravda.ua/2017/07/28/germanyua-soobshhyla-dannye-ob-urovne-torgovly-s-ukraynoj/>

За пять месяцев 2017 года наблюдался рост торговых операций Германии с Украиной. В течение января-мая 2017 года немецкий экспорт вырос почти на 28 процентов по сравнению с аналогичным периодом 2016 года, достигнув в абсолютных цифрах 1,81 млрд. евро. В то же время импорт товаров из Украины вырос почти на 11 процентов — до 818 млн. евро. Данные о состоянии торговых отношений с Украиной предоставил в своем отчете Восточный комитет немецкой экономики, передает «Народная Правда» со ссылкой на сообщение Deutsche Welle. Всего за пять месяцев текущего года товарооборот между двумя странами превысил 2,63 млрд. евро. За соответствующий период 2016 года этот показатель немного превышал 2,16 млрд. евро. Рост составил почти 21,9 процента. По показателю товарооборота Украины заняла четвертое место в списке торговых партнеров Германии из Восточной Европы, Балкан, Центральной Азии и Кавказа, уступив России, Румынии и Болгарии. По словам представителя Восточного комитета немецкой экономики Михаэля Хармса, Украина начала проводить «фантастические» реформы. Впрочем, учитывая «размеры и экономическое значение, которое Украина могла бы иметь», стране следует еще многое догнать.

## **1.58. В Германии нашли выход из тупика с поставкой турбин Siemens (Rosbalt)**

Rosbalt, 27.07.2017, <http://www.rosbalt.ru/world/2017/07/27/1634067.html>

Восточный комитет немецкой экономики настроен против того, чтобы компания Siemens покидала российский рынок. Об этом заявил управляющий директор комитета Михаэль Хармс. Выходом из скандала с поставкой оборудования в Крым в обход санкций за Украину, могло бы стать возвращение турбин компании, полагает он. «Конечно, мы это (уход с рынка РФ) не поддерживаем. Мы понимаем, что Siemens сейчас приостановил все проекты с энергетическими компаниями с государственным участием в России, это вынужденный шаг. Siemens находится уже 165 лет в России, это ключевой для компании рынок», — цитирует его РИА Новости. По словам Хармса, и вверенная ему организация, и российское правительство довольно действиями немецкого концерна. «Компания делает фантастический бизнес там, и было бы очень жалко, если бы это помешало ему», — подчеркнул функционер. Он отметил, что скандал негативно скажется на сделках других компаний с Россией. В то же время, по заявлению Хармса, все еще в силе находится предложение Siemens о выкупе турбин. Хармс признался, что «не совсем понимает, почему российская сторона пока отказалась от такого простого, выгодного всем сторонам решения», которое к тому же абсолютно легально. Ранее в Siemens заявили о том, что две из четырех турбин производства компании могли быть поставлены в Крым против ее воли. 11 июля концерн Siemens подал иск к «Технопромэкспорт», которого германский концерн обвиняет в незаконном перемещении газотурбинных установок. 26 июля Евросоюз согласовал санкции против России в связи со скандалом.

## **1.59. Восточный комитет немецкой экономики призвал Россию вернуть турбины Siemens (Primechaniya)**

Primechaniya, 27.07.2017,  
[http://primechaniya.ru/home/news/iyul\\_2017/vostochnyj\\_komitet\\_nemeckoj\\_ekonomiki\\_prizval\\_rossiyu\\_vernut\\_turbiny\\_siemens/](http://primechaniya.ru/home/news/iyul_2017/vostochnyj_komitet_nemeckoj_ekonomiki_prizval_rossiyu_vernut_turbiny_siemens/)

**Если Россия согласится вернуть Siemens поставленные в Крым турбины, проблема будет «легально решена», заявил управляющий директор Восточного комитета германской экономики Михаэль Хармс.**

«Все еще действует предложение Siemens выкупить турбины обратно, и я не совсем понимаю, почему российская сторона пока отказалась от такого простого, выгодного всем сторонам решения», — сказал Хармс журналистам. По его мнению, это стало бы легальным решением проблемы, хотя из-за большого общественного резонанса «определенного негативного эффекта избежать не удастся». Хармс также отметил, что скандал с турбинами негативно скажется на сделках других компаний с Россией. При этом он подчеркнул, что комитет выступает против возможного выхода Siemens с российского рынка. "Siemens находится уже 165 лет в России, это ключевой для компании рынок. Мы очень довольны, и российское правительство довольно действиями Siemens... Компания делает фантастический бизнес там, и было бы очень жалко, если бы это помешало ему", — заявил глава комитета. В начале июля Siemens заявил, что четыре турбины, предназначенные для проекта в Тамани, незаконно поставили в Крым. Концерн предложил аннулировать контракт и выкупить оборудование. Также немецкий концерн намерен разорвать лицензионные соглашения с российскими компаниями и приостановить поставки по контрактам с подконтрольными государству фирмами. При этом в "Технопромэкспорте" подчеркнули, что приобрели турбины на вторичном рынке и их модернизировали российские специалисты. По словам министра энергетики Александра Новака, оборудование немецкого

концерна можно заменить продукцией других компаний. Позднее стало известно, что МИД Германии готовит общеевропейский ответ на скандал с поставками турбин. В среду постпреды стран-членов ЕС согласовали расширение списка индивидуальных санкций в отношении России. По данным СМИ, ограничения коснутся сотрудников министерства энергетики и компании, которая перевозила турбины.

### **1.60. Восточный комитет немецкой экономики выступил против ухода Siemens с рынка России (Gazeta)**

Gazeta, 27.07.2017, [https://www.gazeta.ru/business/news/2017/07/27/n\\_10359008.shtml](https://www.gazeta.ru/business/news/2017/07/27/n_10359008.shtml)

Управляющий директор восточного комитета немецкой экономики Михаэль Хармс заявил, что бизнес-объединение выступает против ухода концерна Siemens с рынка России из-за ситуации с турбинами, передает РИА «Новости».

«Конечно, мы это не поддерживаем. Мы понимаем, что Siemens сейчас приостановил все проекты с энергетическими компаниями с государственным участием в России, это вынужденный шаг. Siemens находится уже 165 лет в России, это ключевой для компании рынок. Мы очень довольны, и российское правительство довольно действиями Siemens... Компания делает фантастический бизнес там, и было бы очень жалко, если бы это помешало ему», — заявил Хармс журналистам. Ранее сообщалось, что МИД ФРГ готовит общеевропейский ответ на скандал с поставками газотурбин компании Siemens в Крым.

Позднее стало известно, что постпреды стран — членов ЕС достигли соглашения о введении новых санкций против России в связи с разгоревшимся в июле этого года скандалом.

### **1.61. В Германии предложили решение конфликта Siemens с Россией (TVC)**

TVC, 27.07.2017, <https://www.tvc.ru/news/show/id/120807>

Восточный комитет немецкой экономики не поддерживает возможный выход компании Siemens с рынка России из-за ситуации с турбинами. Если Москва согласится вернуть немецкой компании поставленные в Крым турбины, проблема будет "легально решена", считает управляющий директор комитета Михаэль Хармс. Немецкий бизнес предложил выход из ситуации с турбинами Siemens, передает РИА Новости. "Все еще действует предложение Siemens выкупить турбины обратно, и я не совсем понимаю, почему российская сторона пока отказалась от такого простого, выгодного всем сторонам решения", - сказал управляющий директор Восточного комитета германской экономики Михаэль Хармс. По его мнению, это стало бы легальным решением проблемы, хотя из-за большого общественного резонанса негативного эффекта избежать не получится. Восточный комитет немецкой экономики также не поддерживает возможный выход компании Siemens с рынка России из-за ситуации с турбинами. Ранее комитет постоянных представителей стран - членов ЕС в Брюсселе согласовал введение персональных санкций против ряда физических и юридических лиц из России на фоне скандала вокруг поставки в Крым турбин производства Siemens. 21 июля концерн объявил о начале процесса разрыва лицензионного соглашения на поставку оборудования для электростанций. Решение объяснили тем, что компания получила "достоверную информацию" о том, что именно ее газовые турбины вопреки условиям договора "незаконно перемещены в Крым". Siemens подал против "Технопромэкспорта" иск в Московский арбитражный суд, который должен рассмотреть его 21 августа.

## **1.62. Немецкий бизнес предложил решение проблемы с турбинами Siemens (NTV)**

NTV, 27.07.2017, <http://www.ntv.ru/novosti/1872658/>

### **Восточный комитет германской экономики назвал условия, при которых проблему с поставками газовых турбин в Крым можно решить.**

Siemens оставил в силе предложение выкупить газовые турбины, якобы попавшие в Крым, и если Россия на это согласится, проблема будет «легально решена», заявил управляющий директор Восточного комитета германской экономики Михаэль Хармс. Компании Siemens невыгодно уходить с российского рынка, считает он. Михаэль Хармс, управляющий директор Восточного комитета германской экономики: «Siemens находится уже 165 лет в России, это ключевой для компании рынок. Мы очень довольны, и российское правительство довольно действиями Siemens... Компания делает фантастический бизнес там, и было бы очень жалко, если бы это помешало ему». Хармс уверен, что выкупить турбины проще и выгоднее всего, и не понимает, почему Россия от этого отказывается, передает РИА Новости. Напомним, в Кремле заявили, что турбины, которые были перевезены в Крым, сделаны в России. Конфликт между Siemens и ее дочерней компанией, а также компанией «Технопромэкспорт» разгорелся после сообщений СМИ о немецких газовых турбинах для электростанций, поставленных в Крым, несмотря на антироссийские санкции. Компания Siemens объявила о прекращении сотрудничества с российскими госкомпаниями в области энергетики. ФРГ пригрозила России ухудшением отношений. В среду послы стран Евросоюза расширили санкции против российских компаний в связи с инцидентом.

## **1.63. Немцы предложили России выход из ситуации с турбинами Siemens (Lenta)**

Lenta, 27.07.2017, [https://lenta.ru/news/2017/07/27/siemensturbines\\_germanybusiness/](https://lenta.ru/news/2017/07/27/siemensturbines_germanybusiness/)

Управляющий директор Восточного комитета германской экономики Михаэль Хармс предложил способ легального решения проблемы с поставкой турбин Siemens в Крым в обход санкций, передает РИА Новости. «Все еще действует предложение Siemens выкупить турбины обратно, и я не совсем понимаю, почему российская сторона пока отказалась от такого простого, выгодного всем сторонам решения», — заявил он. Хармс добавил, что даже в этом случае России не удастся избежать «определенного негативного эффекта». Он отметил, что скандал с поставкой оборудования Siemens в Крым негативно скажется на сделках других компаний с Россией. Вместе с тем, возглавляемый им комитет выступает против возможного ухода немецкого концерна из России. 26 июля послы членов Евросоюза согласовали расширение антироссийских санкций из-за скандала вокруг поставки оборудования немецкого концерна Siemens в Крым, присоединение которого к России в ЕС и США считают незаконным. 21 июля немецкий концерн объявил, что получил достоверную информацию о модернизации и перемещении в Крым четырех турбин, которые были поставлены летом 2016 года для проекта в Тамани (Краснодарский край). В Siemens утверждают, что это было сделано в нарушение контрактных обязательств. Компания намерена добиться возвращения оборудования в Тамань и предотвратить новые поставки в Крым. Концерн также готов выкупить все оборудование и аннулировать контракт. Кроме того, Siemens заявил о разрыве лицензионного соглашения с российскими партнерами по поставкам оборудования для электростанций. В Москве между тем настаивают, что поставленные на полуостров турбины — отечественного происхождения. Восточный комитет германской экономики является учреждением, объединяющим ассоциации немецких предприятий, а также старейшим региональным проектом немецкой экономики.

Организация была создана в 1952 году и выполняет функции представителя интересов немецких компаний на рынках России, Белоруссии, Украины, Средней Азии, Кавказа и Юго-Восточной Европы.

## **2. Video**

### **2.1. Ost-Ausschuss notfalls für Sanktionen gegen USA (Stern)**

Stern, 27.07.2017, <http://www.stern.de/video-ost-ausschuss-notfalls-fuer-sanktionen-gegen-usa-7555942.html>

### **2.2. Michael Harms, Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft, zum Handelsstreit (Tagesschau)**

Tagesschau, 27.07.2017, <http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-312487.html>

### **2.3. В Европе все громче звучат резкие заявления по поводу новых антироссийских санкций США (1 TV)**

Pervij Kanal, 27.07.2017, <https://www.1tv.ru/news/2017-07-27/329644-v-evrope-vse-gromche-zvuchat-rezkie-zayavleniya-po-povodu-novyh-antirossijskih-sanktsiy-ssha>

### **2.4. Власти ФРГ заявляют о возможных негативных последствиях антироссийских санкций для немецкого бизнеса (1 TV)**

Pervij Kanal, 27.07.2017, <https://www.1tv.ru/news/2017-07-27/329607-vlasti-frg-zayavlyayut-o-vozmozhnyh-negativnyh-posledstviyah-antirossijskih-sanktsiy-dlya-nemetskogo-biznesa>

## **3. Audio**

### **3.1. Interview Michael Harms, Ostausschuss zu Sanktionen gegen Russland (ARD, Deutschlandfunk)**

ARD, 27.07.2017, <http://www.ardmediathek.de/radio/Das-war-der-Tag-Deutschlandfunk/Interview-Michael-Harms-CDU-Ostauschu/Deutschlandfunk/Audio-Podcast?bcastId=21648930&documentId=44772134>